

Ein halbes Jahr Berliner Magistrat

Der Magistrat gibt Rechenschaft

Die Reden

des Oberbürgermeisters **Dr. Arthur Werner** und des ersten stellvertretenden Oberbürgermeisters **Karl Maron**

auf der Kundgebung
in der Deutschen Staatsoper
am 19. November 1945

Berichte der Stadträte

Herausgegeben im Auftrage des Magistrats der Stadt Berlin

Druck und Vertrieb:
Magistratsdruckerei, Berlin N 4, Linienstr. 139—140. (Kenn-Nr. 37)

Vorwort

Am 19. November 1945 war der nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes eingesetzte Berliner Magistrat ein halbes Jahr im Amt. Diese sechs Monate wiegen in ihrer Schwere Jahre normaler Zeitläute auf, denn Berlin stand vor einem halben Jahre vor dem Nichts. Es gab kein Wasser, kein Licht, kein Gas, keine Verkehrsmittel, keine Lebensmittel. Wie es gelang, das von Hitler hinterlassene Chaos zu überwinden und den Berlinern wieder eine Lebensmöglichkeit zu geben, welche Riesenarbeit geleistet werden mußte, ist schwer zu schildern. Um dies der Einwohnerschaft Berlins in großen Zügen vor Augen zu führen und gleichzeitig Rechenschaft zu geben, wie er sich der ihm von Generaloberst Bersarin übertragenen Aufgabe, Berlin wieder zum Leben zu erwecken, im verflossenen halben Jahr entledigte, veranstaltete der Magistrat Berlins am 19. November in der Deutschen Staatsoper eine Kundgebung, in der er vor den Repräsentanten aller Bevölkerungsschichten Berlins einen Bericht über seine bisherige Tätigkeit ablegte.

Das gesprochene Wort ist flüchtig. Die Schnelligkeit des heutigen Lebens fördert die Vergeßlichkeit. Der Magistrat der Stadt Berlin hält es daher für angezeigt, allen denen, die am Wiederaufbau Berlins interessiert sind, die ihre Heimatstadt lieben und sich ihren Anteil am Wiederaufbau Berlins nicht nehmen lassen wollen, den Rechenschaftsbericht hiermit auch schriftlich und in erweiterter Form vorzulegen.

Ansprache

des Oberbürgermeisters Dr. Arthur Werner

aus Anlaß der öffentlichen Kundgebung:

„Ein halbes Jahr Magistrat — Der Magistrat gibt Rechenschaft"

am 19. November 1945 in der Staatsoper (Admiralspalast)

Meine hochverehrten Herren Offiziere von den alliierten Besatzungsmächten!

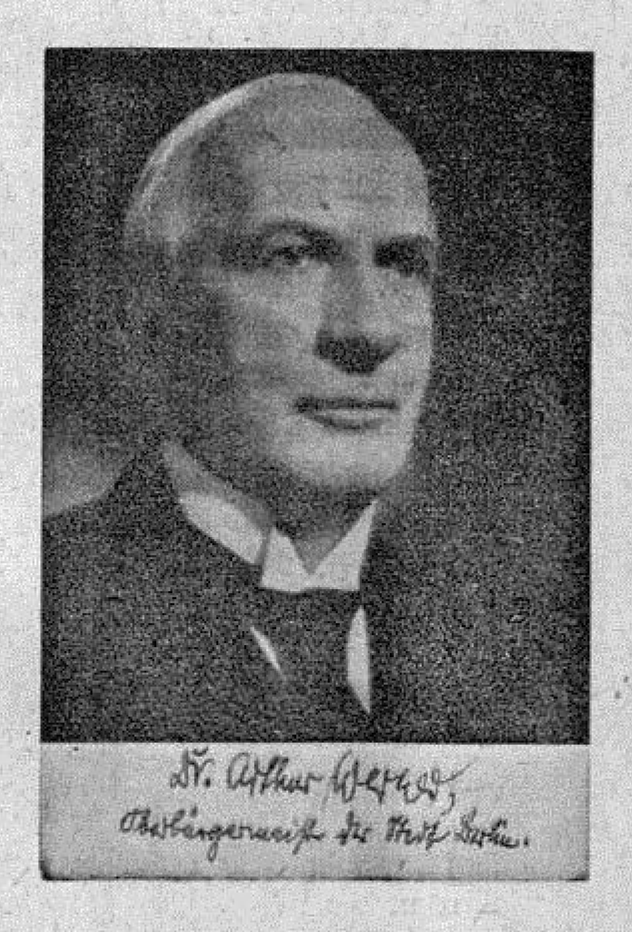
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die heutige Veranstaltung ist ein eindrucksvolles Zeichen der neuen demokratischen Zeit, die seit dem Zusammenbruch des Hitlerreiches auch in Berlin ihren Einzug gehalten hat. Der Magistrat der Stadt Berlin wird hier in aller Öffentlichkeit über das



Der Magistrat der Stadt Berlin gibt Rechenschaft
(am Rednerpult: Erster stellv. Oberbürgermeister Karl Maron)

erste halbe Jahr seiner Verwaltungsarbeit Rechenschaft ablegen. Wann wäre je in den 12 Jahren der Naziherrschaft ein vergleichbarer Vorgang zu verzeichnen gewesen! Im sogenannten „Dritten Reich" galt das Volk als eine urteilslose, politisch unmündige Masse, die lediglich als Objekt der Regierungs- und Verwaltungsmaßnahmen angesehen wurde. Man beleidigte das Selbstbewußtsein aller reifen und urteilsfähigen Männer und Frauen fortgesetzt



durch eine anonyme Handhabung der Regierungs- und Verwaltungsgeschäfte, die hinter einem dichten Vorhang beraten und beschlossen wurden, ohne daß dem Hauptinteressenten aller Politik, nämlich der Masse des Volkes, irgendein Einfluß auf die Zielsetzung und auf die praktische Handhabung der Regierungsgeschäfte eingeräumt wurde.

Der Sinn dieser anonymen Verschleierungstaktik der Machthaber des „Dritten Reiches" liegt jetzt offen zutage. Das „Dritte Reich" war beherrscht von einer korrupten Clique, die in schamloser Weise auf persönliche Bereicherung bedacht und in ihrer politischen Zielsetzung zur Entfesselung eines Angriffskrieges entschlossen war. Beide Ziele — das der persönlichen Bereicherung wie auch das der Entfesselung und Schürung eines neuen Weltkrieges — mußten notwendigerweise das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Deshalb brach das „Dritte Reich" alsbald mit der alten

demokratischen Tradition der Offenlegung aller Regierungsgeschäfte, insbesondere auch des Reichshaushaltes sowie der Haushalte der unter dem Reich stehenden Körperschaften, damit die nationalsozialistischen Machthaber um so ungestörter ihre unsauberen Geschäfte machen konnten.

Man kann sich in der Tat keine größere Herausforderung eines Volkes denken als die grundsätzliche Verweigerung der öffentlichen Kontrolle der Staatsgeschäfte und Staatsausgaben. Denn nur wer der Öffentlichkeit das Recht auf Kenntnis vom Gang und von den Kosten der Staatsgeschäfte einräumt und sich damit der Kontrolle und der Kritik der Öffentlichkeit unterwirft, erkennt das Volk als das eigentliche Subjekt, d. h. als den bestimmenden und maßgeblichen Faktor der Regierungs- und Verwaltungsarbeit an. Die Verweigerung der Offenlegung der Staatsgeschäfte und staatlichen Ausgaben ist eine Erniedrigung des Volkes zum bloßen Objekt. Wenn daher der Magistrat der Stadt Berlin die Öffentlichkeit eingeladen hat, heute von ihm einen Rechenschaftsbericht über das erste halbe Jahr seiner Verwaltungstätigkeit entgegenzunehmen, so handelt es sich hierbei um mehr als um eine nüchterne kaufmännische Rechnungslegung. Die heutige Veranstaltung soll also kein bloßer Parademarsch von Zahlen sein, sondern ist eine eindrucksvolle Demonstration unseres neuen demokratischen Geistes. Wir wollen die jahrtausendealte Weisheit wieder in das allgemeine Bewußtsein zurückrufen, daß Politik und öffentliche Verwaltung **ureigenste Sache jedes Bürgers** sind oder — wie die alten Römer es gesagt haben — „Tua res agitur!"

Die Aktivierung des Bürgersinnes durch Offenlegung der behördlichen Verwaltungsarbeit ist gerade in unserer Zeit des allgemeinen Wiederaufbaues dringend geboten. Leider ist ja das deutsche Volk nicht erst seit dem „Dritten Reich", sondern schon seit Jahrhunderten, nämlich seit der Entstehung des Absolutismus, zu sehr daran gewöhnt worden, daß die Verwaltungsarbeit nicht von ihm, sondern von einer über dem Volke stehenden Obrigkeit instruiert wurde. Der Gedanke, daß es eigentlich persönliche Sache jedes mündigen Bürgers ist, sich für die Gemeinschaftsaufgaben zu interessieren, war dem deutschen Volke unter der Verfassungsform des Obrigkeitsstaates völlig entschwunden. Jetzt erst haben wir diesen Obrigkeitsstaat endgültig überwunden, dessen Behörden dem Volk mit kühlem Abstand gegenüberstanden und es lediglich als Experimentierobjekt ihrer oft genug völlig dilettantischen Verwaltungspraktiken betrachtet haben.

An die Stelle dieses mit der Selbstachtung und Würde eines Volkes unvereinbaren Obrigkeitsstaates ist jetzt eine Verwaltungsform getreten, die auf der Achtung vor den unveräußerlichen Persönlichkeitsrechten aller Bürger beruht, und in den öffentlichen

Behörden nur Treuhänder der allgemeinen Volksinteressen erblickt. Der demokratische Geist, der dieser Staatsform entspricht, muß in unserem Volke sorgfältig gehegt und gepflegt werden, damit die Demokratie über die Bedeutung einer formalen Stimmzettelgleichheit hinauswächst und mehr und mehr eine echte Demokratie des aktiven Verantwortungsbewußtseins und Bürgersinnes wird. Gerade in den politischen Keimzellen der modernen Staaten, nämlich in den Gemeinden, muß dieser demokratische Bürgersinn, der sich in der **verantwortungsbewußten** Anteilnahme an den öffentlichen Aufgaben der Gemeinschaft äußert, gefördert werden. Denn die Gemeinde ist die wahre politische Heimat des Bürgers. Sie ist auch für den sogenannten „Mann aus dem Volke" ein noch leicht überschaubarer Lebensraum, in dem alle öffentlichen Vorgänge für ihn noch konkrete Anschaulichkeit und Lebensnähe besitzen. Hier verschwimmen die Verhältnisse für ihn noch nicht zu blassen Abstraktionen, sondern bleiben erkenntnisnah und wirklichkeitsverbunden.

Die Kommunalpolitik ist daher nicht nur die erste Tribüne der Demokratie, sondern auch die am meisten geeignete Erziehungsschule zu staatspolitisch-demokratischem Denken. Da es aber eine unserer wichtigsten politischen Aufgaben ist, den demokratischen Geist in der Seele des deutschen Volkes zu verankern, müssen wir gerade im engen Raum der Gemeinden ein Beispiel und ein Vorbild volksverbundener, **demokratischer Verwaltungs- und Regierungsweise** geben. Diese Überlegung ist einer der wichtigsten Gründe, der die heutige Veranstaltung veranlaßt hat. Die Stadt Berlin will durch die öffentliche Ablegung des Rechenschaftsberichtes über das erste halbe Jahr ihrer Verwaltungstätigkeit ein Beispiel demokratischer Regierungs- und Verwaltungspraxis geben. In diesem Sinne erkläre ich hiermit die heutige Sitzung für eröffnet.

Aus dem Rechenschaftsbericht „Ein halbes Jahr Berliner Magistrat" des ersten stellvertretenden Oberbürgermeisters Karl Maron am 19. November im Admiralspalast

Sechs Monate sind normalerweise keine Frist für die Erstattung eines Rechenschaftsberichtes der verantwortlichen Behörde einer Stadt wie Berlin. Aber das nun hinter uns liegende halbe Jahr ist nicht mit gewöhnlichen Maßstäben zu messen. Wenn schon Kriegs-



Karl Maron
Erster stellv. Oberbürgermeister
der Stadt Berlin

jahre nach allgemeiner Auffassung doppelt zählen, so zählen die letzten sechs Monate dreifach und vierfach. Es kommt uns im Übermaß der Arbeit und des Erlebens deshalb auch oft so vor, als wenn schon Jahre seit dem endgültigen Zusammenbruch des verfluchten

Hitlerregimes und dem Beginn des Wiederaufbaus unserer zertrümmerten und todwunden Heimatstadt vergangen sind und der zurückgelegte Weg im Verhältnis zu dieser Zeitspanne eigentlich ungenügend sei.

Nicht nur bewußte Schädlinge und Saboteure versuchen diese Auffassungen zu verbreiten; nicht nur berufsmäßige Nörgler, denen niemals etwas recht gemacht werden kann, behaupten so etwas, auch durchaus nüchtern und klar denkende Menschen neigen oft dazu. Es ist durchaus verständlich, daß es vielen zu langsam vorwärtsgeht, daß sie schneller die noch immer ungeheure Not überwinden möchten und manchmal ungeduldig werden. Wenn sie sich aber ruhig und an Hand der wirklichen Umstände überlegen, wo wir vor einem halben Jahr standen und wo wir heute stehen, so müssen sie unweigerlich zu dem Ergebnis kommen, daß inzwischen schon ein langes Stück des Weges zurückgelegt wurde, der uns aus der von Hitler zurückgelassenen Not herausführen soll und wird, daß eigentlich mehr erreicht worden ist, als nach menschlichem Ermessen erwartet werden konnte.

Dafür nur ein Beispiel: Als am 19. Mai dieses Jahres — heute vor sechs Monaten — der erste Stadtkommandant von Berlin, der leider so vorzeitig verstorbene russische Generaloberst Bersarin, die neu eingesetzte Berliner Stadtverwaltung zum erstenmal der Öffentlichkeit vorstellte, da geschah dies in einem halbzerstörten Saal des Gebäudes der Feuersozietät in der Parochialstraße, dessen Wände geborsten, dessen Fenster ohne Fensterkreuze und Glas waren, dessen Schäden nur mühsam mit Transparenten und Wandbehängen verdeckt werden konnten, zu dem man nur über Schutthaufen und halbzerstörte Treppen nach stundenlangem Fußmarsch oder Lastwagenfahrt über Ruinenhaufen und Trümmerberge gelangen konnte. Und doch war es damals der besterhaltene Saal in der ganzen Innenstadt. Vergleichen Sie damit den heutigen Rahmen, in dem der Magistrat zum zweiten Male vor die breite Öffentlichkeit tritt, vergleichen Sie den Weg hierher mit dem damaligen, und Sie haben einen kleinen Ausschnitt für den Fortschritt, der inzwischen erzielt wurde.

Ähnlich war die Entwicklung auf allen Gebieten. In jenen ersten Maitagen schien die letzte Stunde Berlins geschlagen zu haben. Hitler war es wirklich gelungen, bis „fünf Minuten nach zwölf" zu kämpfen und Berlin in einer hoffnungslos erscheinenden Lage zurückzulassen. Nicht nur die Kriegsmaschine Hitlers war völlig zerschlagen, auch der Verwaltungsapparat war vollkommen zertrümmert, der Verkehr lahmgelegt, das Wirtschaftsleben erloschen, alle staatlichen und gesellschaftlichen Funktionen hatten ausgesetzt. Die sinnlos mit unzureichenden Mitteln verteidigten Städte waren zum großen Teil Trümmerhaufen, Berlin eine einzige Ruinenstadt. Hunger und Seuchen standen vor den

Toren. Auf den umliegenden Feldern lagen die Saaten zerstampft und vernichtet. Auf allen Straßen irrten Flüchtlinge umher und wußten nicht wohin. In diese Situation wurden die Männer des neuen Magistrats gestellt.

Ohne die großmütige Hilfe des von Hitler hinterhältig überfallenen und so schwer geschädigten Sowjetvolkes und seiner Roten Armee wäre Berlin wahrscheinlich doch nicht zu retten gewesen. Welche Veranlassung hatten diese „Russen", diese „asiatischen Steppenwölfe", wie sie die Goebbelsmeute nannte, eigentlich, Berlin in seiner schwersten Stunde zu helfen? Sie hatten wirklich keinen Grund dafür, und sie halfen doch mit allen Mitteln, die ihnen selbst zur Verfügung standen. Das war eine „Vergeltung", wie sie die Weltgeschichte noch nicht kannte.

Trotz dieser großmütigen und umfangreichen Hilfe war es noch unendlich schwer, das zerbombte, zertrümmerte, aus tausend Wunden verblutende Berlin wieder auf die Beine zu bringen. Der Magistrat und die in den Bezirken eingesetzten Verwaltungen standen buchstäblich mit leeren Händen vor einem Nichts. Sie mußten nicht nur die Aufgabe der Normalisierung des Lebens vorantreiben, sondern gleichzeitig und daneben erst die Voraussetzungen dafür schaffen: einen neuen Verwaltungsapparat, da der alte nicht mehr bestand oder nicht zu gebrauchen war. Man wußte wirklich nicht, wo zuerst anpacken, was zuerst tun? Es mußten zumeist völlig neue Wege gebahnt werden, die alten eingefahrenen Geleise waren unbenutzbar.

Dazu kam, daß der weitaus größte Teil der neuen Mitglieder des Magistrats keine sogenannten Fachleute waren, d. h. Berufsbeamte mit jahrelanger Verwaltungspraxis, wie sie heute von bestimmter Seite so sehr in den Vordergrund gerückt werden. Die im Mai in die leitenden Verwaltungsfunktionen gesetzten Männer waren nach anderen Gesichtspunkten ausgewählt worden. Sie kamen zum Teil direkt aus den Konzentrationslagern und den Hitlergefängnissen, wo sie jahrelang gesessen hatten, in diese Arbeit. Sie mußten in erster Linie bewährte und erprobte Antifaschisten und Demokraten sein — darüber hinaus wahre Pioniere mit Härte, Ausdauer, Zukunftsglauben, Wendigkeit und Erfindungsgabe.

Wenn wir heute zurückblicken, so dürfte der Beweis auf der Hand liegen, daß die Auswahl nach diesen Gesichtspunkten richtig war. Mit guten Reitern auf den Amtsschimmeln wäre damals wenig getan gewesen.

Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen und dazu gehörte in den letzten sechs Monaten manchmal nicht wenig Mut. In der ersten Zeit konnte nur improvisiert werden. Es mußten oft schnelle Entschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt werden, auch auf die Gefahr hin, alte Verwaltungsbegriffe, die

unantastbar schienen, über den Haufen zu werfen und ein bedenkliches Kopfschütteln der alten Verwaltungslöwen hervorzurufen.

Selbstverständlich kann und will die neue Selbstverwaltung nicht auf die Arbeit der Fachleute verzichten. Ihre Arbeit wird aber erst dann wirklich fruchtbar werden, wenn sie der richtigen politischen Führung untergeordnet sind. Es ist in Berlin in den letzten sechs Monaten sehr viel geleistet und geschaffen worden, das nach Ansicht der Fachleute „völlig undurchführbar" schien. Hätte man sich nur nach ihrem Rat gerichtet, wäre vieles ungeschehen geblieben. Der gerade in Deutschland so häufige Glaube an die Wunderkraft der Fachleute hat dadurch einen starken Stoß erhalten.

Ein Faktor, der bei der Einschätzung der geleisteten Arbeit und des zurückgelegten Weges nicht hoch genug gewertet werden kann, war der schon im Juni erlassene Befehl des Marschalls Shukow, der die antifaschistisch-demokratischen Parteien und die Gewerkschaften zuließ. Wider Erwarten früh wurden dem deutschen Volk Freiheiten gegeben, die es eigentlich für längere Zeit nicht hätte erwarten dürfen. Diese Tat half uns außerordentlich weiter. Die Aktivität und Initiative der Massen wurden geweckt, die politische Erziehungsarbeit und Aufklärung vorangetrieben, in der Ausrottung der nazistischen Ideologie und des militaristisch-imperialistischen Geistes ein großer Schritt getan. Ohne diese Grundlagen, auf denen der Magistrat bauen konnte, wären wir bei weitem nicht so weit, wie wir schon sind. Die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte, wie sie im Aktionsausschuß der vier Parteien zum Ausdruck kommt und auch in der Zusammensetzung und Politik des Magistrats und der Bezirksverwaltungen ihren Niederschlag findet, ist dabei der Motor der weiteren Entwicklung.

In diesem Zusammenhang ein Wort über eine viel kritisierte Einstellung des Magistrats. Als der Marschall Shukow seinen Befehl auf Zulassung der Parteien in der Sowjetzone erließ und dabei anordnete, daß sich die Parteien auch bei den Selbstverwaltungsorganen anzumelden und zu registrieren haben, faßte der Magistrat den Beschluß, vorläufig nur die vier großen, aus der Vorhitlerzeit bekannten antifaschistisch-demokratischen Parteien zuzulassen. Natürlich konnte er dies den Besatzungsbehörden nur empfehlen, die Entscheidung fiel dort. Dieser Beschluß wurde gefaßt, um die aus der Zeit der Weimarer Republik bekannte unheilvolle Zersplitterung des politischen Lebens zu verhindern, die es Hitler möglich machte, zur Macht zu kommen, und die jetzt nur den Wiederaufbau hemmen würde.

Der Magistrat ist wegen dieser Haltung sehr angefeindet und als antidemokratisch bezeichnet worden. Viele Leute haben ja

überhaupt sonderbare Ansichten von Demokratie. Sie glauben, heute sei alles erlaubt und jede Schranke gefallen. Auffallenderweise sind es dabei zumeist nazistische Elemente, die sich hinter dem Schutzschild der Demokratie zu verkriechen suchen und unter dem Hinweis auf den demokratischen Geist völlige Straflosigkeit und Freiheit für sich verlangen. Diese Herren mögen sich nicht täuschen. Die Demokratie, die wir errichten, unterscheidet sich grundsätzlich von derjenigen, die ihnen einst erlaubte, unter ihren Fittichen ihr blutiges Spiel zu beginnen, dessen furchtbare Folgen wir heute ausbaden müssen.

Wenn der Magistrat nicht seinen Beschluß bezüglich der Zulassung der Parteien gefaßt hätte, hätten wir heute nicht vier, sondern wahrscheinlich schon wieder zwei Dutzend Parteien und Parteichen. So viele Anmeldungen liefen jedenfalls beim Magistrat ein. Teilweise gab es deswegen einen ziemlich erregten Briefwechsel. Ich stehe heute mehr noch als je zuvor auf dem Standpunkt, daß der Beschluß des Magistrats richtig war.

Die Besatzungsbehörden haben sich ihm ebenfalls angeschlossen, denn es wurden inzwischen in Berlin nicht mehr Parteien zugelassen. Ich glaube auch, daß die übergroße Mehrheit der Berliner unsere Meinung teilt und ebenfalls keine politische Zersplitterung und das frühere Vereinsunwesen will, um alle Kräfte auf den Wiederaufbau zu konzentrieren.

Zur Frage der Demokratie wäre noch zu sagen, daß manche Leute anscheinend glauben, sie falle als Geschenk vom Himmel. Wir hatten früher genügend Gelegenheit, uns die Demokratie zu bewahren. Wir vermochten sie nicht gegen ihre Feinde zu schützen und verloren sie. Jetzt müssen wir sie uns aufs neue erarbeiten und erwerben. Das ist kein leichter, schmerzloser Prozeß, indem wir einfach sagen, jetzt ist die Demokratie da, da habt ihr sie, und nun könnt ihr machen, was ihr wollt. Wir betrachten als das A und O der Demokratie auch nicht die Möglichkeit, daß jeder in bestimmten Zeitabständen einen Stimmzettel für diese oder jene Partei abgeben kann und damit glaubt, seinen Beitrag zur Demokratie geleistet zu haben, von der er dann nur noch Geschenke zu erwarten hat. So ist es nicht. Nur derjenige hat Anrecht auf die Wohltaten der Demokratie, der täglich und stündlich mit allen Kräften am Wiederaufbau, an der Wiedergutmachung der Hitlerverbrechen und an der Schaffung eines friedlichen, arbeitsamen, demokratischen Deutschlands mitwirkt. Hier gilt das Wort: Erwirb sie, um sie zu besitzen.

Bericht der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung

Der Zusammenbruch des Naziregimes im April dieses Jahres hinterließ auf allen Gebieten der Verwaltung ein völliges Chaos, das die Nazis noch mit voller Absicht dadurch verschlimmert haben, indem sie die wichtigsten Dokumente, Bücher, Sammlungen, Belege,



Arthur Pieck, Stadtrat,
Leiter der Abteilung für Peronalfragen und Verwaltung

Archive, Personalakten u. a. m. kurz vor dem Zusammenbruch vernichteten.

Die neue Berliner Stadtverwaltung stand auch auf dem Gebiete der V e r w a l t u n g buchstäblich vor dem Nichts. Fast alle Verwaltungsgebäude waren mit nur wenigen Ausnahmen zerbombt,

gesprengt oder ausgebrannt, Akten und Bücher verschleppt oder vernichtet, Einrichtungsgegenstände und Möbel zertrümmert oder verbrannt. Dazu gab es keine Post, keinen Botendienst und infolgedessen fast keine Verbindung der entstehenden Dienststellen untereinander.

Die städtischen Angestellten waren evakuiert oder geflüchtet. Die wenigen noch in Berlin anwesenden Angestellten, die sich dem Wiederaufbau zur Verfügung stellen wollten, konnten häufig infolge der Verkehrsschwierigkeiten ihre Dienststellen nicht aufsuchen. Die große Schar der großen und kleinen Pgs aber versuchte, sich als harmlos zu tarnen und so ihre Posten wieder zu besetzen. Besonders war dies in den vielen Reichsbehörden und in solchen Dienststellen der Fall, die nicht unmittelbar im Brennpunkt des allgemeinen Interesses standen. Hier versuchten allerlei zweifelhafte Existenzen und vor allem die vielen Pgs, ihr Drohnendasein zu fristen, wobei ihre Arbeit hauptsächlich in dem gegenseitigen Ausschreiben und Unterstempeln von allen möglichen Ausweisen und Bescheinigungen bestand. In diesem allgemeinen Durcheinander fehlte zunächst jede Übersicht, was überhaupt an Behörden und Dienststellen in Berlin existierte.

Die sowjetische Besatzungsbehörde hatte bereits Ende April und in den ersten Maitagen wenigstens insofern versucht, eine gewisse Ordnung in dieses Chaos zu bringen, indem sie in den einzelnen Berliner Verwaltungsbezirken Bürgermeister einsetzte. Da es jedoch eine zentrale Leitung zunächst noch nicht gab, mußte jeder Bürgermeister notgedrungen auf seine Weise mit den vielen Verwaltungsproblemen fertig werden, wodurch andererseits der Aufbau eines einheitlichen Verwaltungsapparates leiden mußte.

Als am 19. Mai dann als eine der 14 Abteilungen des neugeschaffenen Berliner Magistrats auch die „Abteilung für Personalfragen und Verwaltung" geschaffen wurde, waren es zwei große Aufgaben, die als dringendste und wichtigste vor allen anderen gelöst werden mußten:

1. Träger der gesamten Arbeit des Magistrats mußte ein neuer Angestelltenstab sein, der sich aus überzeugten Antifaschisten zusammensetzte. Mitglieder der Nazipartei hatten in der Verwaltung grundsätzlich keinen Platz.
2. Das Chaos in der Verwaltung war schnellstens zu liquidieren, wobei gleichzeitig ein neuer demokratischer Verwaltungsapparat aufgebaut werden mußte.

Es ist einleuchtend, daß diese beiden Hauptaufgaben nicht von heute auf morgen restlos zu erfüllen waren. Wie weit sie in diesen sechs Monaten erfüllt wurden, darüber soll hier Rechenschaft gegeben werden.

1. Säuberung und Normalisierung des Verwaltungsapparates

Bei der Einstellung von Angestellten wird eine eingehende Kontrolle durchgeführt, die jeden Bewerber daraufhin prüft, daß er nicht nur die fachlichen Kenntnisse für seine Arbeit mitbringt, sondern auch in keiner organisatorischen Bindung zur Nazipartei stand. Opfer des Faschismus, Häftlinge der Konzentrationslager, Antifaschisten und von den Nazis gemaßregelte frühere Beamte werden prinzipiell bevorzugt. Diese Menschen, die ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus in den schwersten Tagen unter den größten persönlichen Opfern unter Beweis gestellt haben, müssen Garanten und Stützpfeiler des neuen Verwaltungsapparates sein. Fehlte es manchem von ihnen auch in der ersten Zeit an der notwendigen Erfahrung, so haben doch diese sechs Monate gezeigt, daß die Not ein guter Lehrmeister ist. Wie oft mußten völlig neue Wege beschritten oder Maßnahmen durchgeführt werden, die so weit abseits von aller Bürokratie und eingefahrenen Geleisen lagen, daß es häufig gerade die alten „routinierten" Beamten waren, die hilflos den Problemen gegenüberstanden, während der Neuling, d. h. der überzeugte Antifaschist, mit beiden Fäusten zupackte und die Schwierigkeiten meisterte. Gewiß braucht jede Verwaltung auch den „Berufsbeamten", d. h. den Fachmann im besten Sinne des Wortes. Aber es müssen neue, antifaschistische „Berufsbeamte" sein! Antifaschisten haben in den schwersten Monaten die Arbeit gemeistert, sie haben gelernt und lernen täglich Neues hinzu — sie sind die wahrhaft Berufenen.

Der Verwaltungsapparat muß gesäubert werden von allen Überresten des Hitlerismus. Für aktive Nazis ist in der öffentlichen Verwaltung kein Platz, und die sonstigen Mitglieder der Nazipartei und ihrer Gliederungen können nur dann ausnahmsweise beschäftigt werden, wenn es für den betreffenden Posten keinen anderen Bewerber gibt.

Nach diesem Prinzip wurde sofort mit der Säuberung des Verwaltungsapparates begonnen. Am 31. Mai und am 9. Juni verfügte der Magistrat, daß „ehemalige Mitglieder der NSDAP in keinem Fall als Dienststellenleiter, Hauptdienststellenleiter, Dezernenten u. dgl. eingesetzt werden dürfen". Ausnahmen waren nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Personalabteilung zugelassen, wobei für die Nazis ein Höchstgehalt von monatlich 250 RM festgesetzt wurde.

Hierbei sei gleichzeitig erwähnt, daß mit einer Verfügung vom 8. Juni „alle von der Naziregierung oder während der Naziregierung an Beamte und Angestellte der Stadtverwaltung verliehenen Amtsbezeichnungen, Titel, Orden und Ehrenzeichen sowie Anerkennungen und Diplome und ähnliche Auszeichnungen" mit sofortiger Wirkung abgeschafft wurden.

Im Verlauf eines Monats — vom 9. Juni bis zum 9. Juli 1945 — wurden aus den Diensten der Stadtverwaltung Berlin **15 795 Mitglieder der NSDAP entlassen.** Am 23. Juli 1945 war die Säuberungsaktion im großen und ganzen abgeschlossen. Die **Gesamtziffer der entlassenen Pgs** beläuft sich danach auf **25 740 Personen.** Davon entfallen 6161 Pgs auf die 20 Berliner Verwaltungbezirke und 19 579 auf die Hauptverwaltung und die städtischen Betriebe. Wir können heute mit Stolz feststellen, daß der Verwaltungsapparat des Berliner Magistrats im wesentlichen von Nazis gesäubert ist.

Noch einige Worte über die sogenannten Rehabilitierungen oder Unbedenklichkeitserklärungen von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP oder ihrer Gliederungen. Der Magistrat wie auch die einzelnen Bezirksverwaltungen wurden in den ersten Monaten mit solchen Anträgen von ehemaligen Pgs geradezu überschwemmt. Der Magistrat hat hierzu Mitte Juni eine Verfügung erlassen, daß die Ausstellung solcher Erklärungen oder Bescheinigungen unzulässig ist. Lediglich der Magistrat hat durch seine Abteilung für Personalfragen und Verwaltung in einigen wenigen, streng untersuchten Fällen sich das Recht vorbehalten, Ausnahmen zuzulassen. Von diesem Recht wurde bisher in etwa 15 Fällen Gebrauch gemacht.

Beim Aufbau des neuen Berliner Verwaltungsapparates war von vornherein größte Sparsamkeit geboten. Trotz der vielen neuanfallenden Aufgaben und durch den Notstand bedingten Mehrarbeiten ist es dem Magistrat gelungen, in der Gesamtzahl der beim Magistrat beschäftigten Angestellten u n t e r der Beschäftigtenzahl der Nazizeit zu bleiben, wobei zu berücksichtigen ist, daß dieser Apparat in den letzten Kriegsmonaten durch rigorose Einberufung zur Wehrmacht, zum Volkssturm und Hilfsdienst bereits bis zum letzten ausgekämmt war.

Nach ungefähren Ziffern waren im April 1945 in den Verwaltungsbezirken etwa 31 144 Angestellte beschäftigt. Heute sind es 28 020 Personen, wobei wir der Ansicht sind, daß sich diese Zahl noch stark herabsetzen lassen wird. Das gleiche trifft für die Hauptverwaltung zu. Hier waren es im April 1945 etwa 8599 Angestellte, heute sind es 7880 Angestellte, darunter Angestellte einiger Reichsinstitute, die früher nicht zur Stadt Berlin gehörten und die jetzt treuhänderisch von der Stadt verwaltet werden. Hierzu kommen noch ewa 18 000 Postangestellte und etwa 14 000 Angestellte der Polizei, die früher ebenfalls staatlich finanziert wurden. Insgesamt beläuft sich die Zahl der städtischen Angestellten und Arbeiter auf rund 85 000 Personen.

Sehr kompliziert war die Regelung der Gehaltsfrage für die städtischen Angestellten. Hier zwang die katastrophale Finanzlage der Stadt zunächst zu einer provisorischen Regelung. Nachdem im Mai überhaupt keine Gehälter ausgezahlt worden waren, beschloß

der Magistrat, für die Monate Juni und Juli vier Gehaltsstufen einzuführen, nach denen alle Angestellten der Stadt, vom Oberbürgermeister bis zur Bürohilfskraft, entlohnt wurden. Die unterste Stufe bezifferte sich auf 150 RM, dann folgten 250 und 350 RM, und der Höchstsatz betrug 450 RM.

Diese Regelung konnte nur eine einstweilige sein und sollte zugleich den Spielraum für die Schaffung eines neuen Gehaltstarifs geben.

Gemeinsam mit den zuständigen Gewerkschaften wurde eine neue Gehaltsordnung geschaffen, die dann Ende Juli der alliierten Kommandantur zur Genehmigung vorgelegt wurde. Die vom Magistrat vorgeschlagene neue Gehaltsordnung für sämtliche Angestellte der Stadt Berlin basierte im wesentlichen auf der ehemaligen TOA (Tarifordnung für Angestellte), stellte jedoch zugleich eine starke Vereinfachung dar. Insgesamt wurden 12 Stufen geschaffen, wobei die unteren Stufen im Verhältnis zur TOA erhöht wurden, während bei den höheren Gehältern starke Kürzungen vorgenommen wurden. Die Nachteile dieser neuen Gehaltsordnung lagen darin, daß sie keine Rücksicht nahm auf Dienstalter oder Berufsjahre und infolgedessen keine Differenzierung in den einzelnen Vergütungsgruppen vorsah. Andererseits aber gab sie sofort die Möglichkeit, die gesamten Angestellten der Stadt nach ihrer Tätigkeit in die einzelnen Vergütungsgruppen einzugruppieren. Diese gewaltige Arbeit wurde im Verlauf weniger Wochen durchgeführt.

Auf Befehl der alliierten Kommandantur vom 25. August wurden dann endgültig die vor der Besetzung Deutschlands gültigen Tarife wieder eingeführt, also für die Magistratsangestellten die Tarifordnung für Angestellte im öffentlichen Dienst, nach der jetzt die Gehälter gezahlt werden.

Bei der Bildung der neuen Stadtverwaltung hat der Magistrat den Standpunkt vertreten und ihm auch durch Magistratsbeschluß Ausdruck verliehen, daß Verpflichtungen irgendwelcher Art aus Rechtsverhältnissen der früheren Zeit nicht übernommen werden können. Aus diesem Grunde sind bei der Bildung der neuen Stadtverwaltung nur Neueinstellungen erfolgt. Auf Grund der Unsicherheit der Finanzlage und anderer wesentlicher Gründe konnte mit sämtlichen Angestellten nur ein vorläufiges Angestelltenverhältnis eingegangen werden, daß den Magistrat berechtigte, jederzeit Gehaltseinstufungen zu ändern, Versetzungen vorzunehmen oder das Angestelltenverhältnis überhaupt zu lösen.

Nachdem die Stadtverwaltung sich in den letzten Monaten stabilisiert hat und eine gewisse Auslese der Angestellten bereits durchgeführt worden ist, soll nun eine Normalisierung des Angestelltenverhältnisses erstrebt werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der Magistrat der Stadt Berlin heute eine Angestellten- und Arbeiterschaft hat, die im großen und ganzen sowohl über die politischen als auch fachlichen Voraussetzungen verfügt, die an die Mitarbeiter einer demokratischen, antifaschistischen Verwaltungskörperschaft im neuen Deutschland von der Bevölkerung gestellt werden können.

2. Beseitigung des Chaos in der Verwaltung und Aufbau eines neuen demokratischen Verwaltungsapparates

Die völlig neuen und schweren Aufgaben, die nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands auch vor dem Berliner Magistrat standen, die Verpflichtung, nach den Jahren des Terrors und der Unterdrückung eine neue Verwaltungsform zu finden, die den Berliner Bürger mitbeteiligt an der öffentlichen Arbeit und dadurch den Verwaltungsapparat zu demokratisieren, die allgemeine Notlage und die komplizierten Verhältnisse, die durch die Besetzung Berlins von vier Siegermächten entstanden — das alles mußte sich im Aufbau der Berliner Verwaltung widerspiegeln. Organisationsform und -aufbau stehen bekanntlich nicht im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Je besser sie sind, desto weniger spürt man sie. Dem Berliner Einwohner kam es aber vor allem darauf an, im Privat- und Berufsleben, im Verkehr und in der Versorgung zu spüren, daß seine Stadtverwaltung *an der Arbeit* ist.

Es wurde bereits erwähnt, welch schlimmes Verwaltungserbe der Berliner Magistrat anzutreten hatte. Vor allem galt es, im organisatorischen Aufbau so schnell wie möglich den Vorsprung einzuholen, den die früher geschaffenen Verwaltungsbezirke vor der Hauptverwaltung hatten. Das stieß zunächst auf die große Schwierigkeit, daß es in Stadtmitte nicht einmal genügend Büroräume für den Magistrat gab. Die meisten Stadtgebäude waren zerstört oder so stark demoliert, daß erst langwierige Reparaturen notwendig waren. Heute sind alle Abteilungen der Hauptverwaltung untergebracht, wenn auch häufig noch sehr mangelhaft.

Neben dem äußeren Chaos gab es auch ein inneres Durcheinander, das als Ursache die mangelhafte Verbindung der einzelnen Dienststellen zueinander hatte. Auch hier wurde vieles erreicht, Abteilungen und Dienststellen, Hauptämter und Ämter geschaffen, Kompetenzen festgelegt, Aufgaben verteilt usw., so daß wir heute schon von einer gewissen Ordnung im Verwaltungsapparat sprechen können. Die Verhältnisse bringen es mit sich, daß wir hier einstweilen zu keinem endgültigen Abschluß kommen können.

Ein wichtiger Erfolg bei der Normalisierung und Demokratisierung des Verwaltungsapparates war die Schaffung eines **Bezirksverwaltungsstatuts,** das von der alliierten Kommandantur am

12. September 1945 endgültig genehmigt wurde. Damit war sowohl im Interesse einer einheitlichen Führung der städtischen Verwaltungsgeschäfte als auch aus Gründen der gebotenen Sparsamkeit in der Ebene der Verwaltungsbezirke die **Einheitlichkeit der Verwaltungsorganisation** hergestellt worden. Gleichzeitig bedeutet diese Verfassung eine starke Demokratisierung der Verwaltung. An Stelle des bisher allein verantwortlichen und mit allen im Rahmen der Besatzung möglichen Vollmachten ausgestatteten Bezirksbürgermeisters trat ein kollegiales Bezirksamt, das sich aus dem Bezirksbürgermeister, seinen beiden Stellvertretern und neun Bezirksräten zusammensetzt. Die Bezirksämter sind die untere Verwaltungsbehörde der Stadt Berlin. Sie sind ausführende Organe des Magistrats und haben nach den vom Magistrat aufgestellten Grundsätzen die Geschäfte zu führen, die der Magistrat ihnen zuweist. Sie unterstehen der Kontrolle des Magistrats. Die Beschlüsse der Bezirksämter werden mit Stimmenmehrheit gefaßt.

Diese kurzen Auszüge zeigen schon, daß bei der Schaffung des Statuts besonderes Augenmerk auf die Demokratisierung der Verwaltung gerichtet war.

Aber noch eine zweite wichtige Frage wurde mit diesem Statut geklärt: die Zuständigkeit der alliierten Kommandantur, der Besatzungsbehörden in den einzelnen Verwaltungsbezirken, des Magistrats und der Bezirksämter bei der Anstellung und Entlassung von Angestellten und leitenden Funktionären in den Bezirksämtern.

Nach der Schaffung des Bezirksverwaltungsstatuts steht jetzt die Aufgabe, für die gesamte Verwaltung der Stadt Berlin eine richtunggebende Verfassung zu schaffen. Diese Arbeit wurde bereits in Angriff genommen. Auch hierbei ist oberster Leitsatz, die Verwaltung der Stadt in normale Bahnen zu lenken und auf breitester demokratischer Basis aufzubauen. Bis dahin muß die Heranziehung der Berliner Einwohner an die Verwaltungsaufgaben, ihre Beteiligung an der Verwaltung und ihr Einfluß auf die Führung der Geschäfte und Durchführung der beschlossenen Maßnahmen mit Hilfe der Gewerkschaften, der antifaschistischen Parteien und der öffentlichen Kritik und Stellungnahme gewährleistet werden.

Zum Abschluß noch einige Angaben über den Aufbau der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung beim Magistrat der Stadt Berlin. Die Abteilung gliedert sich in drei Hauptämter: das Hauptpersonalamt, das Hauptprüfungsamt und das Hauptverwaltungsamt. Hinzu kommen einzelne Ämter, wie das Standesamt, das Nachrichten-technische Amt, das Beschaffungsamt mit der Verwaltungsdruckerei sowie die Magistratsdruckerei, und zahlreiche andere Dienststellen. Zeitweilig existierte auch ein Rechtsbüro, das jetzt in das Rechtsamt umgewandelt wurde.

Die Abteilung zeichnet verantwortlich für das Verordnungsblatt der Stadt Berlin. Außerdem ist jetzt ein Amtsblatt in Vorbereitung, das dem Erfahrungsaustausch und der antifaschistisch-demokratischen Schulung und Erziehung der Angestelltenschaft dienen soll.

Wenn wir auf die geleistete Arbeit dieser sechs Monate zurückblicken, so können wir sagen, daß sie nicht gering war. Wir sind ein ganzes Stück vorwärtsgekommen, aber wir sind noch lange nicht über den Berg! Unser Rechenschaftsbericht gibt uns Klarheit über das geleistete Werk, aber er soll zugleich auch ein Ansporn sein zur weiteren Arbeit. Nur mit einem gut funktionierenden Verwaltungsapparat und mit einer zielsicheren antifaschistischen Personalpolitik kann der Magistrat die Aufgaben bewältigen, die uns die kommenden Monate bescheren.

Der Leiter der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung

Arthur Pieck, Stadtrat

Bericht der Abteilung für Finanzen

Der neue Kurs der Stadtverwaltung, die angesichts der schweren Finanzlage äußerste Sparsamkeit auf ihre Fahnen geschrieben hat, geht auch deutlich aus dem Halbjahresbericht des Stadtkämmerers hervor. Das Ergebnis der bisherigen Arbeit unserer Finanzabteilung wird durch Zahlenvergleiche gekennzeichnet:

Der erste Haushaltsplan für die vier Monate Juni bis September wies im Voranschlag bei einer Ausgabe von 338 Millionen Reichs-



Dr. Erich Siebert, Stadtkämmerer,
Leiter der Abteilung für Finanzen

mark und einer Einnahme von 151 Millionen Reichsmark ein Defizit von 187 Millionen Reichsmark aus. Die planmäßige Überwachung der Stadtwirtschaft hat aber zu dem erfreulichen Ergebnis geführt, daß die tatsächlichen Ausgaben die tatsächlichen Einnahmen am Schluß der ersten Etatzeit nur um 117 Millionen Reichsmark überstiegen haben, so daß wir also in den ersten vier Monaten um rund 70 Millionen Reichsmark sparsamer als vorgesehen gewirtschaftet haben. Der neue Voranschlag für die drei Monate von Oktober bis Dezember weist bei einer Einnahme von 187 Millionen Reichsmark und einer Ausgabe von 267 Millionen Reichsmark ein Defizit von rund 80 Millionen Reichsmark auf. Wir hoffen,

auch dieses veranschlagte Defizit noch bedeutend durch äußerste Sparsamkeit herunterdrücken zu können.

Einen weiteren guten Maßstab für die sparsame und wirtschaftliche Arbeit des Magistrats bietet der Vergleich zu den Ausgaben der Vorjahre. Während die Gesamtausgaben des Magistrats in dem jetzt laufenden Vierteljahresetat rund 267 Millionen Reichsmark betragen, betrugen sie 1942 für das gleiche Aufgabengebiet rund 500 Millionen Reichsmark. Das bedeutet praktisch, daß wir heute um etwa 50 % sparsamer wirtschaften. Diese günstige Folgerung wird auch bestätigt durch den Vergleich der bei der Stadt beschäftigten Kräfte jetzt und während der Vorjahre. Denn die etwa um das Doppelte erweiterte Arbeit der Stadtverwaltung wird heute mit dem ungefähr gleichen Personalbestand geleistet.

Über die Arbeit und die Prinzipien der Finanzabteilung läßt sich in Kürze noch folgendes sagen: Die jetzige Finanzabteilung des Magistrats ist nicht nur die frühere Stadtkämmerei, denn sie ist durch die Eingliederung der Staatssteuerverwaltung, durch die Kontrolle über das frühere Staatsvermögen und durch die Haushaltsführung über die jetzt von der Stadt verwalteten, für den Raum Berlin notwendigen früheren Staatseinrichtungen, wie Polizei, Post, Gericht, wesentlich erweitert. Sie ist auch nicht mehr eine rein kameralistische, sich auf förmliche Anordnungen beschränkende Verwaltungsabteilung, sondern sie sieht ihre Aufgaben darin:

Wirtschafter der großen Gemeinwirtschaft zu sein.

Für diese Arbeit brauchen wir nicht bürokratische Revisoren, sondern wir bemühen uns, Mitarbeiter einzusetzen, die mit der Gewissenhaftigkeit und dem Ordnungssinn von Wirtschaftsprüfern die Fachkenntnis von Finanz- und Steuerspezialisten und die verständige Einsicht in alle Gebiete des öffentlichen Lebens verbinden.

Dem neuen Arbeitsbereich entspricht die neue Organisation der Finanzabteilung. Der Aufgabenkreis gliedert sich in großen Umrissen in sechs große Säulen. Den Kern der Finanzwirtschaft der Stadt bildet naturgemäß nach wie vor die Haushaltswirtschaft, d. h. die Etatgestaltung und Kontrolle.

Die zweite Säule ist die Steuerverwaltung, d. h. die hauptsächliche Einnahmequelle.

Die dritte Säule ist die Vermögensverwaltung der Stadt, d. h. die Bewirtschaftung des Kapitalvermögens und des Grundvermögens der Stadt.

Die vierte Säule ist die Überwachung des allgemeinen Geldwertstandards in Berlin auf der Grundlage der Löhne, Preise und Mieten.

Die fünfte Säule ist die Kontrolle des Bank- und Versicherungswesens und die Bewirtschaftung von Banken und Versicherungen.

Die sechste Säule ist die Regelung der außerordentlichen, durch den Kriegsausgang und die Besatzung bedingten Aufwendungen.

Den Anfang der Tätigkeit unserer Finanzabteilung kennzeichnet die Verordnung über den Beginn des Zahlungsverkehrs vom 22. Mai 1945, die als eine Art Grundgesetz die Starre der Katastrophe auflockerte und den Geld- und Wirtschaftsverkehr allmählich in Fluß brachte.

Es folgen die Merksteine:

Die Neuorganisation der Berliner Stadtbank und der Stadtsparkasse,
die Finanzierung der Lebensmittellieferungen der Sowjetarmee,
die Ingangsetzung der Steuern,
die Einführung eines ordentlichen Vierteljahreshaushalts,
die Durchführung eines förmlichen Kassen- und Rechnungswesens in den Bezirken und beim Magistrat,
die Einführung einer Gebäudeinstandsetzungsabgabe für die Finanzierung des Wiederaufbaues des zerstörten Wohn- und Gewerberaums in Berlin,
der Erlaß der Verordnung über die Beschlagnahme des Nazivermögens,
die Stundung des Hypothekendienstes,
die Vorlagen für die grundsätzliche Neuordnung der gesamten Steuern,
die Neuordnung der Bewirtschaftung der städtischen Güter und Forsten,
die Finanzierung der großen privaten und öffentlichen Wirtschaftsbetriebe,
die Mitarbeit an der Neuordnung der Sozialversicherung,
die Neuordnung des privaten Versicherungswesens,
die Finanzierung der Lebensmittel- und Warenversorgung der Stadt Berlin.

Dazwischen läuft wie ein roter Faden die ständige planmäßige Arbeit zur Verbesserung der Ordnung der Finanzwirtschaft und in noch stärkerem Maße unser stetiges Bemühen um eine gerechte und gute Finanzwirtschaft. Wir glauben, daß wir auch bezüglich der Finanzen einen verheißungsvollen Weg heraus aus dem Nichts, dem Chaos gefunden haben, aber wir sind uns bewußt, daß die bisherige Arbeit erst ein Anfang war.

Der Rückblick auf die hinter uns liegenden sechs Arbeitsmonate macht uns nicht satt oder stolz, sondern er verpflichtet unsere Finanzleute, alle begonnenen Aufgaben mit ungebrochenem Arbeitseifer vorwärtszutreiben als

gute und ordentliche Wirtschafter der neuen Stadt Berlin.

Der Leiter der Abteilung für Finanzen
Dr. Erich Siebert, Stadtkämmerer

Bericht der Abteilung für Ernährung

Zu den wichtigsten, aber auch schwierigsten Aufgaben der neuen Berliner Stadtverwaltung gehörte es zweifellos, die Ernährung der Großstadt, die im Mai noch immer 2½ Millionen Einwohner aufwies, sicherzustellen. Die hierfür erforderliche behördliche Organisation mußte aus dem Nichts geschaffen werden. Es fehlte nicht nur an Fachkräften, sondern auch an den nötigsten technischen Hilfsmitteln.



Gustav Klimpel, Stadrat
Leiter der Abteilung für Ernährung

Es gab nicht einmal mehr Einwohnerkarteien; denn alle statistischen Unterlagen der früheren Kartenstellen waren vernichtet worden. So stieß der Aufbau der Ernährungsabteilung auf ungeheure Schwierigkeiten. Daß verhältnismäßig schnell eine geregelte Lebensmittelversorgung in Gang kam, ist dem guten Willen der Männer und Frauen zu danken, die sich damals in den Dienst der Sache stellten. Vor allem aber ist es dem **Wohlwollen und dem Eingreifen der Roten Armee und später auch der amerikanischen und englischen Besatzungsmächte** zu danken, daß der neuen Organisa-

tion ausreichende Mengen an Lebensmitteln für die Verteilung zur Verfügung standen.

Welche Schwierigkeiten schon rein mengenmäßig zu überwinden waren, ergibt sich daraus, daß für die Versorgung der 2½ Millionen Einwohner die Berlin damals zählte, monatlich allein an Brotmehl 24 000 t und an Nährmitteln 2 700 t notwendig waren. Die Deckung dieses Bedarfs war schon allein deswegen unendlich schwierig, weil die Berliner Mühlen und sonstigen getreideverarbeitenden Betriebe fast restlos zerstört, die wenigen vorhandenen Maschinen ohne Treibriemen, die Kesselanlagen ohne Kohlen, die Motoren ohne Öl und Treibstoffe und ohne elektrischen Antrieb waren und die Facharbeiter kilometerweit über die aller Verkehrsmittel beraubten Stadt verstreut waren Das praktische Zupacken einiger tatkräftiger Männer brachte trotzdem die Betriebe nach und nach in Gang. Jetzt nach 6 Monaten sind bereits 6 Mühlen in vollem Betrieb, die 13 000 t Mehl monatlich ermahlen können, daneben 18 Behelfsmühlen mit einer monatlichen Leistungsfähigkeit von 12 000 t. Außerdem können schon wieder 8 Nährmittelbetriebe monatlich 4 000 t Grütze und Flocken herstellen. Diese Leistungsfähigkeit deckt nicht nur den vorhandenen Bedarf, sondern übersteigt ihn nicht unerheblich. Auch einige Teigwaren- und Puddingpulverfabriken sind neu in Betrieb gesetzt worden.

In welchem Ausmaß für die Deckung des **Brotbedarfs** gesorgt worden ist, ergeben die Zahlen der Oktoberzufuhr an Getreide und Brotmehl:

Roggen	11 998 t
Weizen	1 115 t
Weizenmehl	40 747 t
Gemenge (Hafer und Gerste)	3 638 t
Hafer	1 745 t
insgesamt	59 243 t

Berlin besaß früher 12 Getreidesilos und Lagerhäuser mit einem Gesamtraum von rund 160 000 t. Jetzt ist schon wieder Lagerraum für 110 000 t geschaffen worden, der im übrigen nicht nur der unmittelbaren menschlichen Versorgung, sondern auch der Deckung des Futtermittelbedarfs dient.

Neben dem Brot kommt der **Kartoffelversorgung** die größte Bedeutung zu. Vorausschauende Maßnahmen sichern jedem Berliner dieses Nahrungsmittel in einem bedeutenden Umfange Es ist möglich geworden, trotz der wirklich nicht vorteilhaften Erntelage in diesem Jahr und trotz der Verkehrsschwierigkeiten, schon jetzt eine Menge von 170 000 t heranzuführen; weitere 170 000 bis 200 000 t rollen. Die Einkellerung für den Winter erfolgt zu einem wesentlichen Teil direkt bei den Verbrauchern, aber auch in stattlichem

Maße in besonderen Kartoffellagerhäusern, die ständiger Beobachtung und Kontrolle unterliegen. Zur Raumersparnis werden größere Mengen in verarbeiteter Form als Kartoffelflocken und Kartoffelwalzmehl auf die Läger genommen.

Schon in normalen Zeiten war die Heranbringung solcher Mengen eine organisatorische Leistung. Unter den jetzigen Verkehrs- und Transportschwierigkeiten aber bereitet die Heranführung derartiger Mengen für eine Großstadt wie Berlin nicht geringes Kopfzerbrechen. Wenn man bedenkt, daß der Handel früher den Verkehr innerhalb der Stadt mit 36 000 Lkws durchgeführt hat und heute innerhalb ganz Berlins für alle Zwecke ganze 5000 Lkws bereitstehen, so muß selbst der „berufsmäßig" Unzufriedene Achtung zollen. Die Wagen waren dazu größtenteils in einem wenig brauchbaren Zustande. Dem Fahrbereitschaftsdienst des Hauptернährungsamtes, gleichfalls im Mai gegründet, standen bei Beginn 300 Lkws zur Verfügung. Sie waren ein Geschenk der Roten Armee an den Magistrat. Zu einem großen Teil mußten sie allerdings erst aufbereitet und fahrfertig gemacht werden. Dazu kamen ungefähr weitere 300 Fahrzeuge aus der Ernährungswirtschaft, die mit eingespannt werden konnten, soweit das mit ihren sonstigen Fahraufgaben zu vereinbaren war. Um die Transportanforderungen, die täglich anwuchsen, überhaupt richtig durchführen zu können, mußte ein Mehrschichtenfahrsystem eingerichtet werden.

Für den Transport von Riesenmengen wie bei Kartoffeln, Getreide, Mehl und ebenso bei Vieh mußte unbedingt auf die Eisenbahn zurückgegriffen werden. Den notwendigen Eisenbahnfrachtraum zu beschaffen, war eine besonders schwierige Aufgabe. Entsprechend den Ablade- und Verteilungsmöglichkeiten in Berlin mußte die Anfuhr in Staffeln erfolgen. Hierbei ist zu bedenken, daß die Kartoffelaktion, die die Versorgung von September 1945 bis Mai 1946 sichern soll, vor Eintritt der Winterkälte durchgeführt werden muß. Es war daher notwendig, auch Lastkähne heranzuziehen, soweit es der Zustand der Wasserstraßen möglich machte. Nun rollen täglich die Güterzüge, und daneben bringen zahlreiche Lastkähne über Elbe, Havel und Spree Kartoffeln und Getreide heran.

Bei einem wichtigen Nahrungsmittel ist trotz aller Bemühungen die Versorgung Berlins leider noch nicht voll befriedigend gesichert: Das ist das **Fett**. Die knappe Milchgrundlage Berlins und seiner nächsten Umgebung schaltet Butter für eine fortlaufende und der Rationsmenge entsprechende Belieferung vorläufig aus. Infolge Fehlens von Hartfett können auch die beiden Berliner Margarinefabriken nicht arbeiten. Es wird aber versucht, Hartfett heranzuführen. Ausgleichsweise erhält darum die Bevölkerung Pflanzenöl, in eigener Regie in einer Ölmühle in Velten hergestellt. Notwendig ist naturgemäß die genügende Zufuhr von Raps. Tech-

nische Verbesserungen lassen für die Zukunft eine gesteigerte Ausnutzung der Frucht erwarten. Die augenblickliche Tagesleistung der Mühle beträgt 6 t.

Nach Einstellung der Kampfhandlungen war die Milchversorgung Berlins völlig unterbunden. Nach und nach wurde sie mit großer Mühe neu aufgezogen. Hier hat die Rote Armee wieder große Hilfe geleistet. Bereits Ende Mai konnten einige Milchgroßhändler, mit Lastkraftwagen ausgestattet, in die nähere Umgebung Berlins geschickt werden, um wenigstens für die Kinder Milch heranzuholen. Dann wurde die Versorgung durch Einstellung besonderer Milchzüge, die in die Haupterzeugungsgebiete gesandt wurden, verbessert. Ende Juni war bereits ein Tagesstand von 30 000 l erreicht, im August schon 55 000 l. Seit Ende September konnte die Milchversorgung in erweitertem Umfang durchgeführt werden, nachdem die amerikanischen und englischen Verwaltungsstellen erhebliche Trockenmilchmengen zur Verfügung gestellt hatten. Während früher die Kinder bis zu höchstens 2 Jahren ½ l Milch täglich bewilligt erhielten, bekommen sie jetzt täglich

im ersten Jahr	¾ l
bis zum sechsten Jahre	½ l
bis zum neunten Jahre	¼ l

Werdende und stillende Mütter sowie Kranke in Krankenhäusern erhalten täglich ½ l. Frischmilch wird vorzugsweise an Kinder bis zu einem Jahr und werdende und stillende Mütter abgegeben. Die anderen Versorgungsgruppen erhalten Trockenmilch. Die ständige gesundheitliche Überwachung der Milchkühe sowie des bei der Milchverarbeitung beschäftigten Personals ist wieder aufgenommen worden.

Die für die **Fleischversorgung** notwendigen Mengen werden von den Alliierten zur Verfügung gestellt und entstammen den jeweiligen Zonen. Nach dem Stande vom 30. Oktober 1945 ist die Fleischversorgung für ganz Berlin nur um wenige Tage rückständig. Der Bedarf beträgt monatlich rund vier Millionen Kilogramm Fleisch bzw. Fleischwaren, die schlachtmäßig und transportmäßig in jedem Monat aufbereitet werden müssen. Die genaue Innehaltung veterinärpolizeilicher Vorschriften beim Schlachtvorgang, bei der Lagerung und beim Transport dieser gewichtigen Menge ist selbstverständlich. Die Sperrung des Schlachthofes machte die Einrichtung neuer Verteilungsstellen erforderlich. Im selben Zuge wurde eine zentrale Abrechnungsstelle nötig. Sie wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen in das Verwaltungsgebäude des Ernährungsamtes gelegt. Die Kühlhausanlagen in Reinickendorf, am Osthafen und in der Köpenicker Straße sind nach technischer Wiederherrichtung erneut in Betrieb genommen.

Schon in früheren Jahren spielte in der Ernährung der Berliner der **Fisch** in seiner vielfältigen Verwendungsmöglichkeit eine wichtige Rolle. Er spendet wertvolle tierische Eiweiß- und Fettstoffe. Um den Fleischmangel, der auch in absehbarer Zeit nicht zu beheben sein wird, auszugleichen, müssen wir uns noch mehr auf Fischkost einstellen. Die ersten Erfolge der dafür eingesetzten Sektion haben die Berliner in den letzten Wochen durch Zuteilung von Fischfilets, Heringen und Marinaden kennengelernt. Die eintreffenden Mengen werden durch die vorbereiteten Verteilungsmaßnahmen schnell und reibungslos an die Bevölkerung gebracht.

Ein anderes wichtiges Nahrungsmittel ist das **Gemüse.** Sofort nach dem Zusammenbruch wurden aufbauwillige Großhandelskräfte für die Gemüsebeschaffung herangezogen. Zur Regulierung des Einkaufs wurden außerdem von der sowjetischen militärischen Administration für Groß-Berlin bestimmte Aufkaufsgebiete festgelegt, von denen aus die Heranführung der Gemüse- und Obstsorten erfolgt. Angesichts des großen Bedarfs an Gemüse und Obst, der auch bei der Landbevölkerung selbst vorliegt, wird für längere Zeit noch ein Mangel spürbar bleiben. Auch hier ist, nebenbei bemerkt, das Transportproblem ein Hemmschuh.

Jahre hindurch war die **Marmelade** ein wichtiger Ernährungsbestandteil. Das Unglück des Jahres 1945 hatte auch die Obstkulturen stark getroffen und so die Ernten beschnitten. Dennoch ist zu hoffen, daß den Berlinern bald eine bestimmte Monatsmenge zur Verfügung gestellt werden kann. Diese Versorgung hängt aber von der Rohstoffbeschaffung ab.

Erschwerte Lieferungsbedingungen lagen bei **Salz** vor. Nachdem die Transportschwierigkeiten überwunden sind, kommt seit Anfang Oktober ununterbrochen Salz heran. Über **Kaffee** und **Tee** ist nur soviel zu sagen, daß die erforderlichen Mengen jeweils von den Alliierten zugeteilt werden. Kaffee konnte bis Ende November d. J. ausgegeben werden. Vor einiger Zeit beim Tee aufgetauchte Lieferungsschwierigkeiten werden durch Ausgleichsabgabe wettgemacht.

Höchsten Nutzen aus den Nahrungsmitteln zu ziehen, ist eine der ersten Forderungen. Darum wurde dem Haupternährungsamt eine ernährungswissenschaftliche Unterabteilung angegliedert, die sich allen Fragen der Steigerung der Volksernährung, der höheren Ausnutzung und ernährungsmäßigen Bereicherung einzelner Nährmittel mit wissenschaftlicher Gründlichkeit widmet. Die gewonnenen Erfahrungen werden in speziell dafür eingerichteten Beratungsstellen sowie durch Presse und Rundfunk den Hausfrauen vermittelt. Bereits jetzt liegen wesentliche neue Erkenntnisse über die Verwertung von pflanzlichem Eiweiß vor. Die Arbeit dieser ernährungswissenschaftlichen Unterabteilung bleibt

jedoch nicht beschränkt auf die rein wissenschaftliche Tätigkeit. Vielmehr sorgt diese Stelle auch dafür, daß Herstellerfirmen mit wichtigen Patenten oder hervorragenden maschinellen Einrichtungen wieder in Gang kommen.

Die jetzige konzentrierte Bewirtschaftung des Berliner Nahrungsmittelmarktes erzwingt eine **zentrale kaufmännische Organisation,** die über eine besondere Wendigkeit verfügen muß, um jederzeit den Anforderungen gerecht zu werden. Ein solcher Verwaltungsapparat würde in anderen Zeiten zweifellos viel großzügiger aufgezogen worden sein, als es hier geschah. Die Abteilung für Ernährung ist jedoch bestrebt, den heutigen Anforderungen an sparsamste Wirtschaftsführung Rechnung zu tragen. Sie kann und will nur Marktvorbereiter sein für jene Zeit, in der reichere Warenfülle dem Groß- und Kleinhandel die Möglichkeit bietet, seine Aufgaben wieder voll zu erfüllen.

Um auch die Bevölkerung selbst an der wichtigen Aufgabe der Lebensmittelversorgung zu beteiligen, wurden auf Anregung der Abteilung für Ernährung in bewußt demokratischer Absicht in allen Berliner Bezirken Ernährungsausschüsse eingesetzt. Die Mitglieder dieser Ausschüsse stammen in ihrer Mehrheit aus den Kreisen der Verbraucher. Sie kontrollieren und überwachen den reibungslosen Ablauf der Warenverteilung von der Übernahme ab Berliner Empfangsstation bis zur Ausgabe an die Bevölkerung. Aus ihren eigenen Erfahrungen und durch ihren unmittelbaren Kontakt mit den Verbrauchern beurteilen sie die Ernährungsfragen durchaus volksnahe. Nach wenigen Wochen ihrer Tätigkeit haben diese Ernährungsausschüsse die Notwendigkeit ihrer Existenz bereits bewiesen. Für die gleichen Aufgaben wurde bei der Abteilung für Ernährung ein Ernährungsbeirat gebildet

Deutlich sichtbar werden diese Bestrebungen u. a. in der neuen Einrichtung der Berliner **Volksgaststätten.** Vom sozialen Standpunkt aus betrachtet ist ihre Einrichtung wegweisend. Sollen sie zunächst den Schwierigkeiten der Versorgung in diesem Winter durch Ausgabe eines nährwertreichen und preiswerten Essens in warmen Großgaststätten entgegentreten, so ist ihr Endziel jedoch weiter gesteckt.

Was in der kurzen Zeit eines halben Jahres noch nicht durchgeführt w[illegible]en konnte, soll in den kommenden Monaten vollendet werde[illegible] So werden wir zu einer reibungslosen Verteilung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel und zu einer befriedigend[illegible] Versorgung Berlins gelangen.

Der Leiter der Abteilung für Ernährung
Gustav Klimpel, Stadtrat

Bericht der Abteilung für Verkehr

Als es galt, das Berliner Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, spielte die Wiederaufnahme des Betriebes der öffentlichen Verkehrsmittel eine besonders wichtige Rolle. Schon kurz nach Beginn der Kampfhandlungen in der Umgebung von Berlin war der Berliner Verkehr allmählich zum Erliegen gekommen. Viele Schäden kamen noch zu den Wunden, die bereits der Bombenkrieg



Fritz Kraft, Stadtrat
Leiter der Abteilung für Verkehr

geschlagen hatte. Tatsächlich ruhte nach Beendigung der Kampfhandlungen jeder öffentliche Nahverkehr. Gerade jetzt, wo es darauf ankam, alle Kräfte zusammenzufassen und einheitlich einzusetzen, fehlten neben Post- und Fernsprecher die Möglichkeiten für die Beförderung der Arbeitskräfte an die Einsatzstellen. Oft nur durch selbständiges Handeln und aufopfernden Einsatz unter Zurücklegung meist stundenlanger Fußmärsche konnten die ersten

Schwierigkeiten überwunden und Grundlagen zum Wiederaufbau geschaffen werden.

Ein besonderes Ruhmesblatt ist die schnelle Wiederaufnahme des U-Bahnverkehrs. Obgleich auch die U-Bahn-Anlagen schwer gelitten und Wassereinbrüche weite Strecken unter Wasser gesetzt hatten, gelang es, die Bahnlinien zum großen Teil in fast unglaublich kurzer Zeit wieder in Gang zu bringen.

Nach der Wiederaufnahme des Betriebes in Neukölln am 14. Mai erfolgte bereits am 17. Mai die Eröffnung des Verkehrs auf der Strecke Knie—Ruhleben, Richard-Wagner-Platz. Fast täglich kamen weitere Streckenteile hinzu, so daß Ende Mai bereits wieder 29 % der Berliner U-Bahn-Strecken befahren und täglich 170 000 Fahrgäste befördert wurden. Nichts konnte die weitere Entwicklung hemmen, so daß Ende Juni 66 %, Ende Juli 84 % und Ende Oktober 92 % der Streckenlänge von 76 km wieder in Betrieb waren. Die Zahl der gefahrenen Wagenkilometer stieg bis Ende Oktober schon wieder auf täglich rund 72 000 gegenüber 150 000 im Jahre 1944, die der beförderten Personen auf etwa 820 000 am Tage gegenüber 900 000 im Vorjahre. Nur die Strecken Gleisdreieck—Bülowstraße—Nollendorfplatz und Hallesches Tor—Gleisdreieck bleiben noch längere Zeit außer Betrieb.

Schwierig war auch der Wiederaufbau des Straßenbahnnetzes. Hier war der größte Schaden das fast völlige Fehlen der Oberleitung, die bei den Kämpfen zu fast 95 % zerstört worden war. Nur mit äußerster Mühe war es möglich, mit vorhandenen knappen Reservebeständen, die vorsorglich gehütet worden waren, und mit Altmaterial, das aus den Trümmern geborgen werden konnte, die ersten Instandsetzungen, die praktisch in der Regel provisorischen Neuanlagen gleichkamen, durchzuführen. Trotzdem gelang es, bereits am 20. Mai die ersten Straßenbahnlinien in der Tegeler Gegend und im Südosten Berlins und bis Ende Mai 49 km Straßenbahnlinie wieder in Betrieb zu setzen. Bis Ende Oktober ist die Linienlänge auf rund 311 km, die Streckenlänge auf 210 km oder auf 36 % der Streckenlänge von 1938 angewachsen.

Bei der Auswahl der Strecken wurde sorgsam zuwege gegangen, da es darauf ankommen mußte, mit dem knappen Material zuerst die wichtigsten Strecken wieder in Gang zu setzen. In erster Linie wurden die Verbindungen von den Außenbezirken der Stadt zu den inneren Stadtgegenden wiederhergestellt. Der Schwerpunkt lag zunächst im Osten, weil hier das Leben am ehesten wieder in Gang kam und hier auch die sowjetischen Besatzungsbehörden ihren Sitz hatten; sie bemühten sich sehr um die Wiederaufrichtung des Verkehrs. Aber auch die Quer- und Ringverbindungen wurden nicht vergessen. Am 13. September wurden erstmalig wieder mehr

als 100 000 Wkm am Tage gefahren und am 20. September die Grenze von 1 000 000 Fahrgästen am Tage überschritten.

Soweit die Straßenbahn selbst nicht gleich wieder in Gang gesetzt werden konnte, wurden in vielen Fällen die Omnibusse zunächst als Vorläufer künftiger Straßenbahnverbindungen zur Schließung von Verkehrslücken eingesetzt. Schon am 16. Mai fuhren die ersten Omnibusse regelmäßig zwischen Weißensee und der Innenstadt. Der Aufbau eines eigentlichen Omnibusnetzes ging demgegenüber nur langsam vonstatten, da kaum noch Wagen für die reinen Omnibuslinien zur Verfügung standen. Eine Besserung dürfte hier nur ganz allmählich möglich sein.

Das Schwergewicht der Verkehrsentwicklung in nächster Zukunft wird nunmehr bei der Straßenbahn liegen. Hier müssen die Bestrebungen dahin gehen, die einzelnen Linien und Linienteile wieder systematisch zu einem festen Liniennetz zusammenwachsen zu lassen, wobei auf die vielfach veränderten Verhältnisse in der heutigen Struktur der Stadt gegenüber ihrem früheren Aufbau Rücksicht genommen werden muß. Die Lage der Wohngebiete der Bevölkerung hat sich in ihrer Bedeutung vielfach gewandelt, ebenso die Stätten der industriellen Arbeit und der behördlichen und verwaltungsmäßigen Tätigkeit. Der Einsatz der Nahverkehrsmittel muß also im Einklang mit der Stadtplanung den neuen Gegebenheiten angepaßt werden.

Nicht viel anders lagen die Verhältnisse im gewerblichen Kraftverkehr. Ein großer Teil der noch vorhandenen Kraftfahrzeuge wurde zur Flucht benutzt. Was übrig blieb, lag verbrannt oder mehr oder weniger zerstört auf Straßen und Plätzen. Wieder war es die energische Selbsthilfe der Berliner, die aus Trümmern allmählich fahrfertige Fahrzeuge schuf. Den Brennstoff lieferte großzügig die Rote Armee.

Die Organisation des gewerblichen Kraftverkehrs lag zunächst in jedem Verwaltungsbezirk in den Händen der Fahrbereitschaft. Die Hauptfahrbereitschaft wurde erst Mitte Mai wieder aufgebaut, noch später folgte das Kraftverkehrsamt. Es prüfte die Besitzverhältnisse und Fahrzeuge nach, richtete wichtige Karteien ein und stellte die Zulassungen aus.

Ende Oktober waren in Berlin zugelassen: Etwa 1600 Pkw (1938 rund 110 000), 5400 Lkw (36 000) und 1200 Zugmaschinen (3600). 74 % der vorhandenen Ladefläche von 8720 To. werden zur Zeit eingesetzt, ein gutes Ergebnis, wenn man den Zustand und die Anfälligkeit der Fahrzeuge berücksichtigt. Die Ersatzteil- und Zubehörteilbeschaffung ist schwierig, in vielen Fällen sogar unmöglich. Reifen und Schläuche sind nicht zu haben; wir sind auf die Einfuhr aus der britischen Zone angewiesen.

Das Beförderungsbedürfnis ist weit größer als die Beförderungsmöglichkeit. Die Versuchung zum Schwarzfahren ist also groß, eine straffe Organisation ist deshalb erforderlich, ihr gegenwärtiger Zustand befriedigt noch nicht.

Benzin und Dieselkraftstoff liefern die Besatzungsmächte zu gleichen Anteilen. Die Verwendung von Methan, Stadt-, Flüssig- und Generatorgas wird gefördert. Ende Oktober sind nach ihrer Antriebsart unterteilt an Lastkraftwagen und Zugmaschinen vorhanden rund: Benzin 4000, Diesel 900, Treibgas 300, Generatorgas 1200, Elektro 200.

Solange nicht die Möglichkeit besteht, den Kraftfahrzeugpark durch neue Fahrzeuge aufzufrischen, werden wir uns noch mehr als gegenwärtig mit der Transportraumnot abfinden müssen. Einen gewissen Ausgleich bringt der stetig zunehmende Wagenumlauf der Reichsbahn und die Ingangsetzung der Schiffahrt. Beste Ausnutzung und zweckdienlicher Einsatz dieser drei Verkehrsmittel werden uns auch über die kommenden Monate hinweghelfen.

Der Leiter der Abteilung für Verkehr

Fritz Kraft, Stadtrat

Bericht der Abteilung für städtische Energie- und Versorgungsbetriebe

Als vor nunmehr sechs Monaten Generaloberst Bersarin der Stadt Berlin ihre Stadtverwaltung gab, waren auf dem Arbeitsgebiet der Städtischen Energie- und Versorgungsbetriebe wohl in den einzelnen Bezirken erste Anfänge eines Neuaufbaus zu verzeichnen, aber der komplizierte Apparat der die



Walter Jirak, Stadtrat
Leiter der Abteilung für städtische Energie- und Versorgungsbetriebe

ganze Stadt umspannenden Leitungsnetze und Organisationen lag zerstört und in hoffnungsloser Unordnung danieder.

Die Erzeugungsbetriebe der Bewag, Gasag, Wasserwerke, die Zentralstätten der Straßenreinigung und Müllabfuhr und schließlich der Feuerwehr waren mehr

oder weniger zerstört, hatten den größten Teil ihres Materials verloren oder befanden sich aus Sicherheitsgründen unter militärischer Bewachung und waren daher nur unter allergrößten Schwierigkeiten in Betrieb zu setzen.

Das Kraftwerk Klingenberg hatte glücklicherweise unter den Kämpfen der letzten Tage wenig gelitten. So gelang es mit einem verstärkten Arbeitseinsatz, das zerstörte Leitungs- und Kabelnetz in schnellstem Tempo wiederherzustellen und verhältnismäßig sehr schnell der Stadt den elektrischen Strom wieder zuzuführen. Das Ergebnis, daß wir lediglich unter dem Druck der mangelnden Kohlenzufuhr in diesen Wochen die Leistungsfähigkeit unserer Stromzufuhr herabsetzen mußten, läßt die Arbeit der Bewag und aller ihrer Mitarbeiter als vorbildliche Wiederaufbauleistung klar erkennen.

Bei der Gasag lagen die Verhältnisse im Anfang nicht weniger schwierig. Die Erzeugungsstätten befanden sich in einem trostlosen Zustand, und vor allen Dingen war das Rohrnetz, soweit es nicht durch Zerstörungen unterbrochen war, auf den weitesten Strecken voll Wasser gelaufen und stellte uns somit in seiner Wiederherstellung vor die allergrößten Schwierigkeiten.

Trotzdem gelang es, auch hier Schritt für Schritt die Produktion in Gang zu setzen und bezirksweise den Verbrauchsstellen das Koch- und Arbeitsgas wieder zuzuführen. Heute arbeiten, nachdem bereits zwei Monate nach dem Zusammenbruch sämtliche Werke wieder in Betrieb waren, für die gesamte gegenwärtige Gaserzeugung vier Gaswerke. In drei Werken haben wir Mitte September auf Anordnung der alliierten Kommandantur im Interesse einer besseren Kohlenausnutzung den Betrieb eingestellt.

Der heutige Grad der Wiederherstellung betriebswichtiger Anlagen beträgt annähernd 100 Prozent, und nur in Reserve- und Nebenbetrieben werden heute noch Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Von den 20 Berliner Verwaltungsbezirken versorgen wir heute bereits wieder 14 mit Gas, und auch für die fehlenden sechs kann nach Wiederherstellung der restlichen Rohrnetzteile mit der Wiederaufnahme der Gasversorgung für Ende des Jahres gerechnet werden.

Die 19 Werke der Berliner Wasserversorgung befanden sich mit ihren Betriebsanlagen in sehr unterschiedlichem Zustand, und die Hauptschwierigkeit für die Inbetriebsetzung lag für uns in dem hohen Ausmaß von Zerstörungen, die das gesamte Rohrnetz in den Kampftagen davongetragen hatte. Wir mußten damals fast 2000 Schadensstellen feststellen, von denen bis heute etwa 1700 repariert worden sind. Wie allgemein bekannt ist, wird heute mit ganz geringen Ausnahmen der gesamte Stadtbezirk von uns wieder mit Wasser versorgt.

Von den vorhandenen 87 Pumpwerken der Berliner Stadtentwässerung, die nach Abschluß der Kampfhandlungen durchweg außer Betrieb waren, befinden sich heute bereits wieder 77 in vollem Einsatz. Ebenso haben wir von 3000 Schadensstellen am Rohrnetz weit über die Hälfte mit einer Gesamtbauleistung von insgesamt rund 17 km Leitungsherstellung in Ordnung gebracht. Gleichzeitig wurden die beschädigten Klärwerke wieder mit vollarbeitender Vorreinigung in Betrieb gesetzt. Auch auf den Rieselfeldern, die hauptsächlich an Zuführungs- und Entwässerungsgräben umfangreiche Schäden davongetragen haben, arbeitet der Rieselbetrieb wieder voll auf allen Feldern.

Wir können damit anerkennend feststellen, daß unsere Stadtentwässerung heute schon wieder den hygienischen Ansprüchen der Großstadt genügt und jegliche Seuchengefahr durch Mißleitung von Abwässern gebannt sein dürfte.

Im Laufe der Wiederherstellung unserer städtischen Energie- und Versorgungsbetriebe stellte sich immer wieder dringender die Notwendigkeit heraus, eine Großreparaturwerkstatt zur Verfügung zu haben, die alle anfallenden Arbeiten pünktlich und zuverlässig und gleichzeitig schnell und termingemäß zu leisten in der Lage sein mußte. Hierfür fand sich in dem Tegeler Werk des Rheinmetall-Borsig-Konzerns das geeignete Objekt. Nach gründlicher Untersuchung wurden hier schnellstens alle Vorarbeiten geleistet, und nachdem mit der Konzernleitung die erforderlichen Verhandlungen kürzlich zum Abschluß gebracht wurden, haben wir nun heute in dem Städtischen Werk Tegel die erforderliche Großreparaturwerkstatt, deren Belegschaft bereits die Zahl von 2000 Köpfen erreicht hat. Die Luxusvilla der Konzerndirektoren auf dem Werkgelände am Tegeler See wurde dem Bezirksamt Reinickendorf als Jugend- und Erholungsheim übergeben und damit auch hier aus einem Teil des hochkapitalistischen Rüstungsbetriebes ein entsprechender Teil zeitgemäß zu sozialem, der Allgemeinheit dienendem Einsatz gebracht.

Bei der Berliner Straßenreinigung waren die Räume der Zentralverwaltung sowie die einzelnen Bezirke 1 bis 4 bei Abschluß der Kampfhandlungen zum größten Teil zerstört, von den 32 Gerätehöfen 14 total vernichtet und die übrigen 18 aller Geräte beraubt, ebenfalls in trostlosem Zustand. An Betriebsmitteln, Fahrzeugen, Geräten sowie an Materialien und Schutzkleidung war so gut wie nichts mehr vorhanden. 182 Kraftfahrzeuge, die bei der Berliner Straßenreinigung in Betrieb standen, fielen vollkommen aus. So bot sich uns die Lage, als wir überall Ruinen und die Fahrdämme, Bürgersteige und Regeneinlässe unter Schutt und Trümmern begraben fanden.

Mit Hilfe der Gesamtbevölkerung ging es nunmehr trotz dieser riesigen Schwierigkeiten an die Arbeit. Wie wir alle wissen, sind

fast alle Straßen heute für den Verkehr wieder benutzbar, auch wenn hier und da — besonders auf Grund späterer Sicherheitssprengungen — die Bürgersteige noch Trümmer- und Schutthaufen aufweisen. Die Betriebsmittel sind meistens in eigenen Werkstätten soweit wiederhergestellt worden, daß behelfsmäßig mit ihnen gearbeitet werden kann. So stehen heute schon wieder 35 Kraftfahrzeuge zur Verfügung, und der tägliche Einsatz weist uns wieder den Weg, auf dem Berlin einstmals den Ruf, die sauberste Stadt Europas zu sein, erreichen konnte.

Ganz ähnlich ist das Bild, das uns die Berliner Müllabfuhr bietet. Der Gesamtbestand sowohl an Pferde- als auch an Kraftfahrzeugen ist in den Kampftagen verlorengegangen. Der Müllabfuhrbetrieb kam zum Erliegen und ruhte vollkommen. Erst im Monat Juni konnten wir wieder hier mit unseren Arbeiten einsetzen und begannen damals mit rund 20 000 Entleerungen, die sich für den Monat September aber bereits auf 133 350 vermehrt haben. Dank der tatkräftigen Mithilfe der einzelnen Bezirksverwaltungen gelang es, in allen Stadtteilen reparaturbedürftige Pferdewagen und Kraftfahrzeuge ausfindig zu machen, instand zu setzen und zum Einsatz zu bringen.

Zunächst erfolgte die Müllabfuhr ausschließlich mit diesen Fahrzeugen nach näher gelegenen Abladeplätzen, da erst im Monat August Eisenbahn und Wasserweg zu Hilfe herangezogen werden konnten. Gegenüber einem früheren Bestand von insgesamt 296 Kraftfahrzeugen und 412 Wagen für Pferdebespannung stehen heute bereits wieder 130 Kraftfahrzeuge im Gebrauch und berechtigen zu der bestimmten Hoffnung, daß auch hier die Weiterentwicklung in dem gleichen Tempo und Ausmaß voranschreitet.

Die Berliner Feuerwehr hatte sich in den letzten Tagen des Krieges vollständig aufgelöst. Eine zentrale Leitung bestand nicht mehr, die einzelnen Feuerwachen waren zerstört und alle Nachrichtenmittel vernichtet.

So mußten zunächst die einzelnen Bezirksämter mit den primitivsten Mitteln notdürftig für einen Feuerschutz sorgen. Es standen nur noch einzelne tragbare Motorspritzen zur Verfügung, die mit Handzugfahrzeugen zu einer Brandstelle geschleppt werden mußten. Als diese behelfsmäßigen Wachen vor einem halben Jahr zusammengefaßt wurden, standen 420 Feuerwehrmänner zur Verfügung, die wir damals bei der geringen Anzahl von feuergefährlichen Objekten noch für ausreichend halten konnten. Mit dem Einsetzen der Bauarbeiten und der Wiederinbetriebnahme industrieller Anlagen, sowie gewerblicher Betriebe wuchs das Bedürfnis nach Feuerschutz, dem wir mit einer Verstärkung des Personals Rechnung tragen konnten. In 25 Berufsfeuerwachen und 53 Wachen der Freiwilligen Feuerwehr, die wir inzwischen wieder in Dienst stellen konnten, stehen heute rund 1000 Feuerwehrleute für den Berliner Feuerschutz zur Verfügung.

Unter besonderen Schwierigkeiten findet der Wiederaufbau unserer Markthallen, Schlacht- und Viehhöfe und schließlich auch unserer Hafen- und Lagerhausanlagen statt. Die Markthallen waren fast durchweg außerordentlich schwer beschädigt, so daß auf den Wiederaufbau zunächst verzichtet werden mußte und die Wiederinbetriebnahme nur behelfsmäßig in Einzelständen oder stellenweise sogar in den Kellerräumen eingerichtet werden mußte.

Trotz umfangreicher Zerstörungen sind auf dem Zentral-Schlachthof alle erforderlichen Schlachtungen pünktlich und unter Innehaltung der hygienischen Untersuchungen der Fleischbeschau und Trichinenschau durchgeführt worden. In den Monaten August und September wurden Durchschnittswochenleistungen von 6000 Rindern erreicht. Zur Zeit werden sowohl die Bedürfnisse der Abteilung Ernährung, wie auch der Roten Armee pünktlich und zuverlässig befriedigt.

Auf dem Berliner Westhafen, der von seinen ehemals 35 Kränen bisher nur 6 in Betrieb nehmen konnte, rollen bereits die Lebensmittel- und Kohlenzüge in ununterbrochener Reihenfolge ein. Die Hafenbecken liegen voller Frachter, und der ganze Betrieb befindet sich im Interesse der Versorgung unserer Stadt im vollen Gange. Die zum Teil schwerbeschädigten Lagerhäuser sind bereits heute wieder soweit instand gesetzt, daß sie restlos für die Unterbringung der Lebensmittelvorräte eingesetzt werden können, die die Fürsorge der Alliierten für die kommenden Wintermonate dort einlagert. Riesige Kartoffelvorräte werden aus Lastkähnen mit Hilfe von Greifern auf Lastautokolonnen ausgeladen, um sofort der Verteilerorganisation in der Stadt zugeführt werden zu können. Ebenso erfolgt der Kohlenumschlag von der Eisenbahnlore in den Kahn, der das kostbare Feuerungsgut den industriellen Verbrauchsstellen zuleitet.

Die Erfordernisse sparsamster Wirtschaftsführung haben uns dazu geführt, der Verwendbarkeit von Abwässern und Müll eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

So wurde neben den erwähnten Städtischen Energie- und Versorgungsbetrieben eine besondere Dezernatsabteilung geschaffen, die sich ausschließlich mit der Verwertung von Müll und Abwässern beschäftigt. Wir gewinnen heute schon in den Kläranlagen von Waßmannsdorf und Stahnsdorf das hochwertige Treibgas „Methan" in so ausgiebigem Maße, daß wir dazu übergehen konnten, die Mehrzahl der in den städtischen Werken eingesetzten Lastkraftwagen mit Methangas zu betreiben und daß diese Umstellung von uns bis zur Vollständigkeit durchgeführt werden kann. An der Weiterentwicklung dieser Erzeugung wird mit Nachdruck gearbeitet, mit dem Ziel, den Kraftwagenbetrieb weitgehendst auf

dieses Treibgas umzustellen, um so das anfallende und so kostbar gewordene Benzin schließlich nur industriellen Verwendungszwecken zuführen zu können.

Aus dem Müll gewinnen wir wertvolle Aufbaustoffe, die vor allem als Düngemittel der Landwirtschaft zugute kommen werden. Nebenher kann erwähnt werden, daß bei dem Aussortieren des Mülls nicht unbeträchtliche Lumpenmengen für die Textilwirtschaft, Bleche und andere Metallabfälle für die Metallindustrie gewonnen werden.

Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß in unserer heutigen Lage gerade dieser Teil der Städtischen Energie- und Versorgungsbetriebe unsere besondere Beachtung findet und daß ständige Versuche, auf diesem Wege weiterzukommen, uns für die Zukunft besondere Erfolge erhoffen lassen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Abteilung Städtische Energie- und Versorgungsbetriebe in den ersten sechs Monaten unseres Neuaufbaus den Beweis ihres Einsatzwillens und ihrer Arbeitskraft erbracht hat.

Der Leiter der Abteilung für städtische Energie- und Versorgungsbetriebe

Walter Jirak, Stadtrat

Bericht der Abteilung für Post- und Fernmeldewesen

Mit dem Hitlerstaat war auch die Deutsche Reichspost zusammengebrochen. Die erste deutsche Selbstverwaltung nach dem Zusammenbruch, der Berliner Magistrat, schuf sich daher eine eigene, neue Berliner Post, die Abteilung Post- und Fernmeldewesen des Magistrats. Diese Abteilung bediente sich der mehr oder weniger schwer zerstörten Berliner Einrichtungen der Deutschen Reichspost und hatte zur Aufgabe, in Berlin die unbedingt lebensnotwendigen und von den Besatzungsmächten wieder teilweise oder mit Abänderungen gestatteten Funktionen der Deutschen Reichspost zu übernehmen.



Ernst Kehler, Stadtrat
Leiter der Abteilung für Post- und Fernmeldewesen

Was wurde übernommen? Von 80 Postämtern und 108 Zweigpostämtern waren 70 Postämter und 52 Zweigpostämter schwerbeschädigt übriggeblieben. Der Post- und Fernmeldeverkehr ruhte völlig. Es gelang bis zum 22. Mai 80 Postämter und 77 Zweigpostämter soweit wieder herzurichten, daß sie den Behördenbriefverkehr durchführen konnten. Dank dem Entgegenkommen und der verständnisvollen Hilfe der Besatzungsmächte und dank dem unermüdlichen Aufbauwillen der Arbeiter und Angestellten der Post wurde der zunächst nur auf die Beförderung der Behördenpost in Berlin sich beschränkende Postverkehr durch weitere Genehmigungen ergänzt und ausgebaut, die postalischen Einrichtungen in Berlin wieder hergerichtet und gefestigt, so daß seit dem 15. Oktober, fünf Monate nach Kriegsende, zwischen Berlin und der gesamten sowjetischen Besatzungszone — mit Ausnahme des Paket- und Päckchenverkehrs — ein völlig normaler, wie vor dem Kriege bestehender Postverkehr durchgeführt werden kann. Schon am 24. Oktober konnte die Beförderung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Postkarten und gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen bis 500 g und Drucksachen, Warenproben und Mischsendungen bis 500 g von Berlin nach allen Besatzungszonen Deutschlands aufgenommen werden. Im Monat September wurden in Berlin rund 7,5 Millionen Briefsendungen aufgeliefert, und von außerhalb waren rund 8 Millionen Briefsendungen eingegangen. Eine starke Steigerung machte sich im Oktober bemerkbar, wo allein am 29. Oktober mehr als 1 Million und am 1. November über 2 Millionen Briefsendungen aus den westlichen Zonen Deutschlands in Berlin eintrafen.

Den berechtigten Wünschen der Berliner in bezug auf Verbesserung des Postverkehrs, vor allen Dingen Beschleunigung der Beförderung, wurde Rechnung getragen. Täglich wird in Berlin die Post zugestellt. Zwei- bis dreimal täglich werden die Briefkästen geleert. Die Beförderung der Briefsendungen innerhalb der Stadt verlangt schnelle Transportmittel, d. h. Kraftfahrzeuge und Fahrräder. Innerhalb von 6 Monaten gelang es, die Kraftfahrzeugwerkstätten der Post soweit leistungsfähig zu machen, daß bereits wieder von den instand gesetzten 336 Kraftfahrzeugen (meist Elektrowagen) 292 zugelassen werden konnten. Weitere 600 Fahrzeuge wurden zur Instandsetzung sichergestellt. Aus Einzelteilen und Trümmern wurden mehr als 200 Fahrräder zusammengebaut. Diese Zahlen beweisen, daß zur Normalisierung des Postverkehrs auf seiten der Abteilung Post- und Fernmeldewesen schon beachtliche Ergebnisse erzielt wurden.

Natürlich darf der Berliner nicht vergessen, daß eine Katastrophe ohne Beispiel das deutsche Volk heimgesucht hat, deren Folgen nicht restlos in einem halben Jahr überwunden werden können. Das gilt

auch bei der Betrachtung der Frage des Postzahlungsverkehrs, besonders des Postscheckverkehrs. Die Deutsche Reichspost hat ungefähr 1 073 000 000 RM an Guthaben der Postscheckkunden gebucht, die nicht ausgezahlt wurden. Für diese Summe ist keinerlei Deckung vorhanden. Es ist nur zu verständlich, daß die Abteilung Post- und Fernmeldewesen des Magistrats nicht in der Lage ist, diese Konten zu übernehmen und auszuzahlen. Diese alten Postscheckkonten gelten zunächst als eingefroren, und über ihre weitere Abwicklung kann weder die Abteilung Post- und Fernmeldewesen noch der Magistrat der Stadt Berlin jetzt schon Entscheidungen treffen. Die Abteilung Post- und Fernmeldewesen hat einen neuen Zahlungsverkehr und neuen Postscheckdienst eingerichtet. Dieser erfreut sich, da er einem dringenden Bedürfnis entspricht, einer regen Beanspruchung durch die Bevölkerung. Allein in den wenigen Monaten der Wiederaufnahme des Postzahlungsdienstes sammelten sich beim Postscheckamt Berlin 84 997 000 RM auf den neueingerichteten Konten an.

Weitaus schwieriger als die Wiederingangsetzung der Post war die Wiederherstellung der Fernmeldeeinrichtungen. Das gesamte Fernmeldenetz in Berlin war lahmgelegt. Von den 46 Wählervermittlungsstellen, den 15 Unterämtern und 9 Knotenämtern waren 11 Vermittlungsstellen, 3 Unterämter und 4 Knotenämter übriggeblieben, die starke Beschädigungen aufwiesen und durch die weitgehenden Kabelunterbrechungen ohne Verbindung mit den anderen waren. Ein völlig neuer Fernmeldeorganismus ist notwendig geworden. Die Wirtschaftszentren sind verlagert, neue Verkehrsbedürfnisse entstanden. Die Errichtung neuer Vermittlungsstellen, zu denen die Einrichtungen aus nicht völlig zerstörten oder an ihrem Platz überflüssig gewordenen Vermittlungsstellen gewonnen werden, müssen errichtet werden. Die vier Besatzungssektoren und die örtlich verschiedenen Kabelverhältnisse wollen berücksichtigt werden. Das erfordert langwierige und schwierige Arbeiten, die noch nicht abgeschlossen sind. Jedoch schon im ersten Monat wurden wieder vier Vermittlungsstellen mit 24 000 Anschlußeinheiten hergerichtet und rund 5000 Hauptanschlüsse geschaltet. Bis Ende Oktober wurden 15 Vermittlungsstellen, 3 Unterämter und 4 Knotenämter mit insgesamt 89 780 Anschlußeinheiten wiederhergestellt. 12 176 Hauptanschlüsse wurden angeschlossen. Bereits jetzt ist jedem Berliner Gelegenheit gegeben, von den öffentlichen Fernsprechstellen der Postämter gegen eine Gebühr von 10 Rpf. die schon wieder vorhandenen Fernsprechteilnehmer anzurufen, die sich zunächst im wesentlichen aus den Behörden, Krankenhäusern, Ärzten und den wichtigsten Geschäften Berlins zusammensetzen.

Wo der Nachrichtenempfänger nicht im Besitz eines Fernsprechers ist, kann jeder Berliner durch ein Ortstelegramm innerhalb

kurzer Zeit eine schriftliche Mitteilung übermitteln. Die Durchschnittslaufzeit der Ortstelegramme beträgt weniger als drei Stunden.

Auch der Fernmeldeverkehr nach außerhalb hat bereits begonnen. Von Berlin aus wurden Fernkabelspezialisten mit der Entstörung der Fernkabel beauftragt. In der Berichtszeit sind rund 1000 km Fernkabel entstört worden. Der Telegrammverkehr von Berlin nach Potsdam, Dresden, Leipzig, Halle, Schwerin und Erfurt wird bereits durchgeführt. Täglich werden beim Haupttelegraphenamt, obwohl die Zulassung des Telegrammfernverkehrs noch nicht bei der Ermittlung dieser Verkehrszahlen der Öffentlichkeit bekanntgegeben war, bereits mehr als 2000 Telegramme abgewickelt. Auch der Fernsprechverkehr nach den Provinzialhauptstädten der sowjetischen Zone ist bereits technisch möglich. Die Herstellung dieser Fernmeldeverbindungen ist nur ein Teil von den Arbeiten, die in dieser Berichtszeit die Arbeiter und Angestellten der Abteilung Post- und Fernmeldewesen ausgeführt haben. Für die Besatzungsmächte waren umfangreiche Arbeiten durchzuführen, durch die ein großer Teil der Fernmeldespezialisten gebunden war. Der Mangel an Telegraphenbauhandwerkern und besonders Kabellötern konnte innerhalb der Berichtszeit durch Schnellausbildung oder Umschulung abgeschwächt werden.

Die Instandsetzungsarbeiten an den Kabeln wurden zusätzlich schwierig durch das anfängliche Fehlen von Lötwerkzeug und Lötmaterial. Die in den Sommermonaten vorgenommenen behelfsmäßigen Instandsetzungen mußten vor dem Beginn des Herbstregens und des Winters wetterfest gesichert werden. Diese Arbeiten waren von äußerster Dringlichkeit. Von ihrer rechtzeitigen Ausführung hing mehr oder weniger das Bestehenbleiben des Fernmeldenetzes in den Wintermonaten ab. Die Bauabteilungen der drei Telegraphenbauämter machten es sich zu ihrer Aufgabe, unter allen Bedingungen die schon in Betrieb genommenen Kabel gegen Wetter- und Wasserschäden zu sichern. Sie riefen einander zum ersten antifaschistischen Wettbewerb in Berlin auf und haben die Sicherung des Ortskabelnetzes vor dem Winter im Wettstreit ihrer Leistungen und in zusätzlicher Arbeit erreicht.

Von den vielen Funkstellen in Königs Wusterhausen, Nauen, Rehmate, Beelitz arbeiten wieder der Berliner Rundfunk, ein Langwellensender für den Deutschen Pressedienst und ein Kurz- und ein Langwellensender für die Besatzungsmächte. Die technische Betreuung dieser Sender obliegt ebenfalls der Abteilung für Post- und Fernmeldewesen. Am 1. Oktober hat Berlin bereits wieder 493 000 Rundfunkteilnehmer gezählt. Weiter wurde in der Großlautsprecheranlage Berlin eine eigene Stadtfunkanlage geschaffen. Bisher wurden auf den Straßen und Plätzen 80 Lautsprecher aufgestellt.

Die Herrichtung der für den Post- und Fernmeldebetrieb benötigten Diensträume wurde von den Arbeitern und Angestellten der Abteilung Post- und Fernmeldewesen selbst vorgenommen. Nur in ganz beschränktem Maße wurden Baufirmen herangezogen. Ohne Rücksicht auf die bisherige Dienststellung arbeiteten die Kollegen als Bauarbeiter, Tischler und Schlosser. Dabei wurden rund 50 000 qm Fenster- oder Mauerflächen abgedichtet und 27 000 qm Dachflächen ausgebessert bzw. wiederhergestellt. Abgesehen von den geringeren Instandsetzungsarbeiten bei den kleineren Ämtern wurden und wird zum Teil noch auf 80 Großbaustellen gearbeitet. Die Be- und Entwässerung in den Gebäuden wurde ebenfalls zum großen Teil mit eigenen Kräften in Gang gebracht. Auch die Heizungs- und Beleuchtungsanlagen wurden für den Winter betriebsfähig gemacht.

Von den vor dem Zusammenbruch in Berlin beschäftigten 63 000 Postangehörigen wurden, nachdem im Mai mit ungefähr 7800 Kräften angefangen wurde, insgesamt 18 587 Arbeiter und Angestellte zum Dienst herangezogen. Diese Arbeiter und Angestellten wurden nach ihren beruflichen Fähigkeiten und antifaschistischer Haltung ausgewählt. Der weitaus größte Teil von ihnen hat sich in dem Verband für Post- und Fernmeldewesen gewerkschaftlich zusammengeschlossen. Viele leitende Stellen, die bisher von faschistischen Beamten eingenommen wurden, mußten durch antifaschistische Kräfte, die oft früher nicht auf solchen Stellen gearbeitet hatten, ersetzt werden. Es hat sich gezeigt, daß die von einem unbändigen Aufbauwillen beseelten Antifaschisten auch auf ihren neuen Stellen zu arbeiten verstanden. Für ihre ergänzende fachliche Ausbildung wurden besondere Lehrgänge eingeführt. Es konnten bisher 97 Hauptkassenführer, 168 Amtsvorsteher und 244 Stellenvorsteher erfaßt werden. Die für Fremdsprachen eingerichteten Kurse werden von mehr als 2000 Kollegen besucht. Die durch eine kurzsichtige Personalpolitik der vergangenen Jahre hervorgerufenen und durch die Kriegsauswirkungen gesteigerte Überalterung des Personalbestandes verlangte die sofortige Sicherstellung einer ausreichenden Zahl von Nachwuchskräften. Es wurden 600 Dienstanfänger eingestellt, die auf einer mit allen notwendigen Hilfsmitteln ausgerüsteten Berufsschule für Postjungboten, einer Werkberufsschule für Telegraphenbau- und Fernmeldetechnik und einer Fachschule für Fernmeldetechnik, die mit dem Ingenieurzeugnis abschließt, ausgebildet werden.

Die Abteilung Post- und Fernmeldewesen beschäftigt zur Zeit weniger als ein Drittel des Personals, das die Deutsche Reichspost vor der Kapitulation in Berlin hielt. Dieser jetzige Personalbestand ist dem bestehenden Verkehrsumfang angepaßt und genügt dem augenblicklichen Arbeitsanfall. Durch diese Maßnahme wird erreicht, daß die Post, deren Umfang nun einmal abhängig ist von dem Stand der allgemeinen Wirtschaft, das jetzt sich wieder

sammelnde und aufbauende Wirtschaftsleben Berlins nicht mit zu hohen Personalausgaben belastet. Für die Postangehörigen, die jetzt nicht in ihrem alten Beruf beschäftigt werden können und die zunächst an anderen Stellen beim Wiederaufbau mithelfen, besteht aber die Aussicht, daß sie bei der mit der Entwicklung der Wirtschaft verbundenen Vergrößerung der Post wieder ihren alten Beruf aufnehmen können.

Die Reichspostdirektion in Berlin war in den Jahren des Krieges von einem Überschußbetrieb, der noch im Jahre 1940 32 Millionen Reichsmark Überschuß ergab, zu einem Zuschußbetrieb heruntergewirtschaftet worden, der im Jahre 1944 57 Millionen Reichsmark Zuschuß erforderte. Die Abteilung Post- und Fernmeldewesen, die für ihre Leistungen die bisher bestehenden Gebühren der Deutschen Reichspost zugrunde legte, hatte verständlicherweise wenig Aussicht, mit ihren Einnahmen ihre Ausgaben decken zu können. Besonders nachteilig ist dabei die Tatsache, daß die Personalausgaben, die den weitaus größten Teil der Ausgaben bedeuten, unter den jetzigen Bedingungen unverhältnismäßig hoch sind. Das weitgehende Fehlen von mechanischen und maschinellen Einrichtungen erfordert einen erhöhten Einsatz von Arbeitskräften. Das hohe Durchschnittsalter und die gesundheitlichen nachteiligen Auswirkungen des Krieges haben die durchschnittliche Leistungsfähigkeit vermindert und einen erhöhten Krankenbestand zur Folge. Ein großer Teil des Personals wurde notwendigerweise zu Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten eingesetzt, die empfindliche Ausgaben bedeuten. Außerdem verrichtet die Abteilung Post- und Fernmeldewesen Arbeiten für Besatzungszwecke, die beträchtliche Ausgaben mit sich bringen. Schließlich fällt ins Gewicht, daß die Post erst seit August in beschränktem Umfange einen Teil ihrer Dienstverrichtungen ausüben konnte, die bisher den Hauptanteil der Einnahmen brachten, das ist vor allen Dingen der Briefbeförderungsdienst und der Fernsprechdienst. Diese beiden Dienstzweige stehen unter sehr ungünstigen Bedingungen. Das Fernsprechwesen hat die stärksten Beschädigungen erlitten, die der Abteilung durch die Kampfhandlungen zugefügt wurden.

Der Briefverkehr, der in der Hauptsache aus Geschäftspost bestand, leidet unter dem weitgehenden Ausfall der Berliner Wirtschaft. Die unbedingt nötigen Arbeitsgänge im Briefbeförderungsdienst werden aus diesem Grunde unwirtschaftlich.

Angesichts dieser Bedingungen war nicht zu erwarten, daß die Abteilung Post- und Fernmeldewesen von ihren Einnahmen sich schon im ersten halben Jahr erhalten konnte. Obwohl der eigentliche Postverkehr erst im August anfing zu arbeiten, betrugen, trotz dieser ausgesprochen ungünstigen Umstände, in der ersten Finanzübersicht vom Mai bis einschließlich September dieses Jahres die reinen Einnahmen der Abteilung Post- und Fernmeldewesen schon über

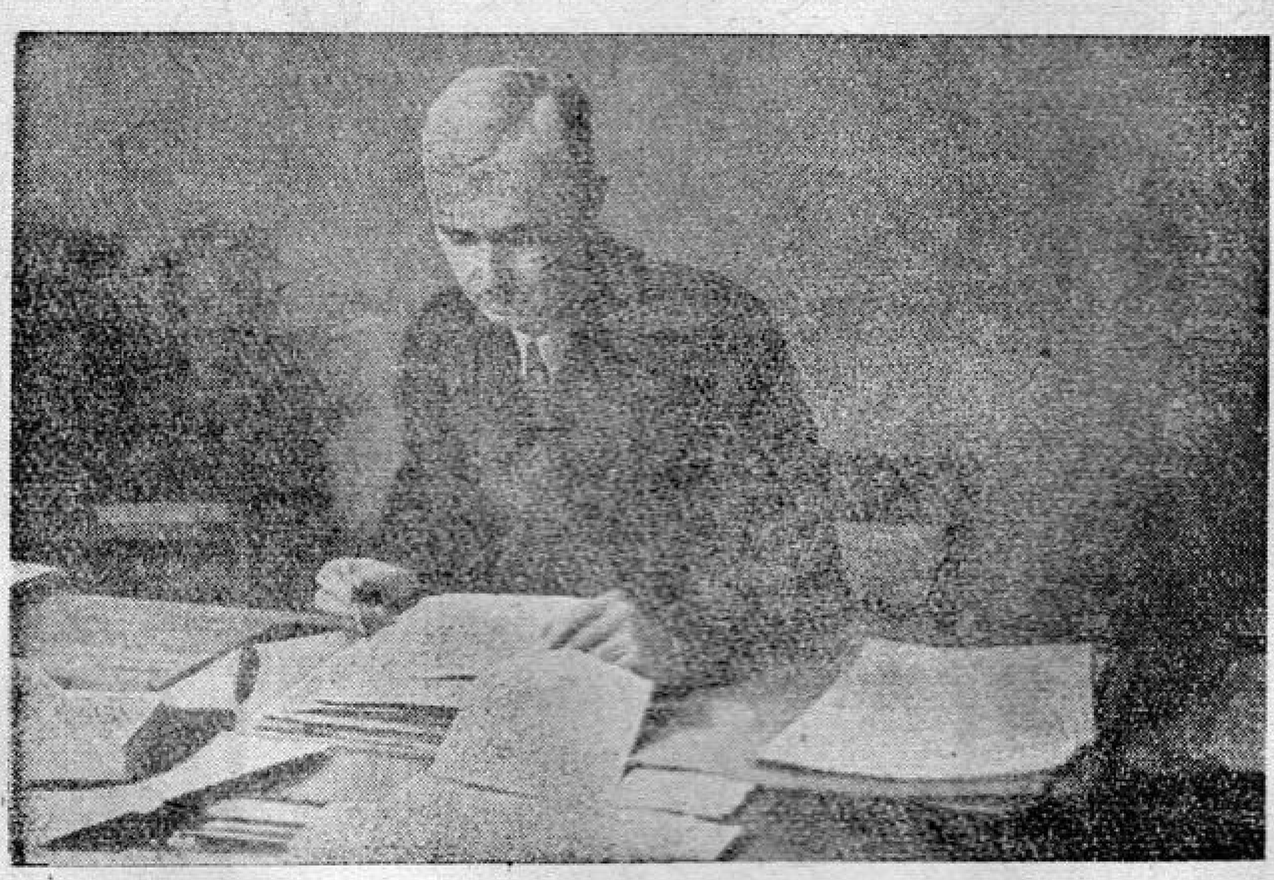
6,2 Millionen Reichsmark, das sind rund 4,4 Millionen Reichsmark weniger, als die Ausgaben nach Abzug der reinen Besatzungsleistungen für dieselbe Zeit betragen. Der erwartete und auch nicht zu vermeidende Zuschuß für die Berliner Post beträgt also nur noch ein Viertel von dem der Reichspostdirektion Berlin im vorigen Jahr. Die schnelle Normalisierung und die damit verbundene schnelle Steigerung der Einnahmen läßt die Erwartung zu, daß die Berliner Post in kurzer Zeit wieder ein Betrieb wird, der ohne Zuschuß arbeitet.

Berlin ist die am schwersten zerstörte Großstadt Deutschlands, und auch das Post- und Fernmeldewesen hat schwerste Schäden erlitten. Nach sechsmonatiger Aufbauarbeit hat sich das Post- und Fernmeldewesen auf die zusätzlichen Belastungen und Schwierigkeiten des Winters vorbereitet. Berlin ist wieder auf dem besten Wege, der zentrale Knotenpunkt für das Post- und Fernmeldewesen in Deutschland zu werden. Die Aufgabe der Berliner Post für die kommende Zeit besteht deshalb nicht nur darin, der Bevölkerung unserer Stadt ein ihrer Stellung entsprechendes einwandfreies Post- und Fernmeldewesen zur Verfügung zu stellen. Die Hauptaufgabe wird sein, alle die Einrichtungen in Berlin wiederherzustellen und aufzubauen, die notwendig sind, um die von Berlin ausgehenden Nachrichtenwege wieder zu beleben, so daß wieder alle Teile unseres Vaterlandes von Berlin aus nachrichtenmäßig erreicht werden können.

Der Leiter der Abteilung für Post- und Fernmeldewesen
Ernst Kehler, Stadtrat

Bericht der Abteilung für Gesundheitsdienst

Die Arbeiten auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitsdienstes haben auch in den Kampftagen um Berlin niemals völlig geruht, wenngleich schließlich fast nur noch der Krankendienst notdürftig aufrechterhalten werden konnte. Die Zahl der Krankenhausbetten war von 26 000 im Frieden bis zum Beginn der



Dr. Redeker
Leiter der Abteilung für Gesundheitsdienst

großen Luftangriffe im Sommer 1943 durch Errichtung von Hilfskrankenhäusern auf 33 000 gestiegen. Hiervon waren bis zu den Kämpfen um Berlin noch etwa 11 000 und bei Beendigung des Krieges noch rd. 8500 übriggeblieben. Am 1. Oktober 1945 verfügte Berlin über 41 000 Krankenhausbetten. Bis zur neuen Jahreswende soll und muß diese Zahl auf 50 000 gesteigert werden, um gegen die Gefahrdrohung der zweiten Winterhälfte gerüstet zu sein.

Zu den Betten gehört die überaus schwer zu beschaffende wirtschaftliche, pflegerische und medizinische Ausstattung. Es gehören dazu die Fachkräfte aller Art. Von 6500 Ärzten im Frieden waren nach der Eroberung Berlins z. B. nur 2400 übriggeblieben. Für rund 70 beamtete Arztstellen standen noch 8 fachlich ausgebildete Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes zur Verfügung. In diese Bresche sind in den Bezirken wie in der Zentrale andere Ärzte eingesprungen und haben die fehlende Routine durch den unbedingten Willen zum Helfen und durch unermüdlichen Einsatz und Arbeit ersetzt. Auch das ist symbolhaft für das Gesamtgeschehen. Nach der Einnahme von Berlin stand z. B. von den 400 Krankentransportwagen des Friedens kein einziger mehr zur Verfügung. Die gesamte Organisation der Krankenbettenbelegung und des Krankentransportes war jedoch, wie in jeder Großstadt, auf dem zentralen fernmündlichen Melde- und Belegungswesen und auf dem zentral gelenkten Transportwesen aufgebaut. Die Konstruktion und Beschaffung primitiver Nottransportmittel war nicht das schwierigste. Wir haben überall Luftschutztragen auf ein Fahrradgestell gesetzt und sehr schnell genügend solcher Tragen beschafft. Mit solcher fahrbaren Krankentrage konnte man aber nicht die übriggebliebenen Krankenhäuser der Außenbezirke erreichen. Die über 30 000 neuen Krankenbetten mußten daher mitten in den Trümmerfeldern über die gesamte Stadt hin eingerichtet werden, damit sie mit der gefahrenen Krankentrage erreicht werden konnten. Zugleich mußte der zentrale Bettennachweis durch 20 bezirkliche Bettennachweise ersetzt werden, wobei ein gegenseitiges Ausgleichsystem zu organisieren war.

Ähnliche Notwendigkeiten ergaben sich auf allen Gebieten des Gesundheitsdienstes. Von den vier Medizinaluntersuchungsämtern war nach der Eroberung noch eins vorhanden, das aber in einem Außenbezirk lag und für die Sofortuntersuchungen bei ansteckenden Krankheiten nicht schnell genug erreichbar war. Die notwendige Neuorganisation mußte zugleich zu einer Umorganisation werden. Es sind 20 neue Medizinaluntersuchungsanstalten geschaffen worden, so daß jeder Bezirk über eine solche verfügt. Freilich ist die hierfür notwendige Zahl von Bakteriologen in Berlin zur Zeit nicht vorhanden. Jeder der wenigen Fachärzte hat zwei oder drei dieser Anstalten übernehmen und seine technischen Assistentinnen zur verantwortlichen Selbständigkeit erziehen müssen.

Diese bewußt stärkere Betonung der bezirklichen Selbständigkeit im Gesundheitsdienst entspricht nicht nur den durch die Lage gegebenen Notwendigkeiten, sondern liegt zugleich in der Zielsetzung einer demokratischen Selbstverwaltung. Die Gesundheitsämter der Verwaltungsbezirke und diese selbst müssen den Gesundheitsdienst für ihre Bevölkerung wieder als eine Aufgabe ansehen, die nach den örtlichen Besonderheiten und in enger Gemeinschaft mit der Bevölkerung des Bezirks zu erfüllen ist. Das Gesundheits-

amt des Magistrats hat hierbei die Einheitlichkeit der Organisation zu wahren und die Gesamtaufgabe zu sichern.

Wenn das nach der Beendigung dieses Krieges **zwangsläufige Eindringen großer Seuchen** zu einschneidenden Maßnahmen gezwungen hat, wie sie in der Geschichte der Seuchen und ihrer Bekämpfung in Deutschland seit Jahrhunderten nicht mehr notwendig waren, so kann die Verantwortung und die Initiative hierzu nur die Dienststelle des Magistrats selbst übernehmen. Zum Beispiel ist die Untersuchung und laufende Überwachung aller Häuser Berlins auf Ruhr- und Typhuskranke, die schon im Mai und Juni d. J. die erste Grundlage der notwendigen Gesamterfassung und Isolierung dieser Kranken bildete, und bei der sämtliche Ärzte, Krankenpflegerinnen, Fürsorgerinnen und Vertrauensleute eingesetzt wurden, in der Geschichte des öffentlichen Gesundheitswesens etwas Erstmaliges gewesen. Die nachfolgende Gesamtimpfung einer Drei-Millionen-Bevölkerung gegen Typhus und Paratyphus war ebenso erstmalig. Ähnliches gilt für die Organisation der laufenden Entlausung und der gesundheitlichen Überwachung aller Berlin berührenden Flüchtlinge. Hierfür mußten nicht nur in sämtlichen Bezirken, sondern auch an allen Einlaßtoren Berlins, an den großen Straßenverbindungen, in den Bahnhöfen und in allen größeren Unterkunftsstellen Entlausungs- und **Untersuchungseinrichtungen** geschaffen werden. Jeder Bezirk hat eine eigene Desinfektorenkolonne aufstellen müssen, in deren Arbeit die Schädlingsbekämpfer eingegliedert wurden. Jeder Bezirk hat jetzt seine eigene **Desinfektionsanstalt.** Der Sieg über die erste einbrechende Seuche, die Ruhr, darf als errungen bezeichnet werden. Der Höhepunkt war in der dritten Juliwoche mit 2500 Neuerkrankungen erreicht. Im Oktober betrugen die Wochenzugänge nur noch 200.

Die weit gefährlichere zweite große Seuche, der Typhus, ist nach besonderen einschneidenden Gegenmaßnahmen im Abklingen. Die Erkrankungsspitze lag in der letzten Septemberwoche bei 900 Erkrankungen. Die Zahl ist bis Mitte November auf 500 gefallen.

Der Ausbruch der dritten gefahrdrohenden Seuche, des Flecktyphus, konnte verhindert werden. Noch droht für die zweite Winterhälfte die Grippe mit allen ihren Komplikationen.

Die seit mehreren Jahren ganz Deutschland durchziehende Diphtheriewelle hat mit der Rückkehr der Kinder nach Berlin zu einem merkbaren Anstieg der Diphtherieerkrankungen geführt. Nach Abschluß der Typhusimpfungen ist hiergegen mit einer Diphtherieimpfung angekämpft worden.

Zur **Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten,** deren Zahl noch immer hoch ist, ist eine straffe Neuorganisation aufgestellt. Sie

kann freilich nur dann wirksam werden, wenn erzieherische und sozialhygienische Maßnahmen sich mit ihr vereinen. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist zeitweise durch den auf allen anderen Gebieten sehr merkbaren Mangel an Arzneimitteln schwierig gewesen. Die Arzneimittelfabriken Deutschlands liegen zum größten Teil im Westen und Südwesten Deutschlands. Die Berliner Fabriken sind im Kriege weitgehend zerstört worden. Die Berliner Gesundheitsdienststellen haben daher schon im Mai die Arzneimittelversorgung Berlins weitgehend unter Planbewirtschaftung gestellt. Die Berliner Produktion konnte schon im Juni wieder in Anlauf gebracht werden. Darüber hinaus ist die Wiederinbetriebsetzung der Asid-Serumwerke in Dessau von Berlin aus organisiert worden, und zwar unter entscheidender Mithilfe der Sanitätsdienststellen der Roten Armee. In gleicher Weise sind die amerikanischen und britischen Besatzungsdienststellen der Bevölkerung Berlins durch Heranschaffung von Arzneimitteln aller Art zu Hilfe gekommen, wie denn überhaupt die Ärzte aller Besatzungsmächte dem Hauptgesundheitsamt in der ganzen Zeit sehr wirksam und mit innerster Anteilnahme beigestanden haben.

Die sozialhygienische Arbeit des Gesundheitsdienstes ist gegenüber der Seuchenbekämpfung nach außen in den letzten Monaten nicht so hervorgetreten. Es haben jedoch die Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen, die Tuberkulosefürsorgestellen, die Geschlechtskrankenberatungsstellen und so fort mit den ersten Wiedereröffnungen der Schulen auch die Schularztstellen in allen Bezirken Berlins ihre Arbeit wieder aufgenommen. Schon Anfang August konnten die Ergebnisse umfassender Untersuchungen aus allen Stadtteilen vorgelegt werden, die den Besatzungsdienststellen Auskunft über den Gesundheits- und Ernährungszustand der Kinder gaben und zu entsprechendem Eingreifen veranlaßten. Die Gewerbehygiene und ärztliche Berufsbetreuung entsteht in organischer Entwicklung mit dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Im Vordergrund steht zur Zeit die erstmalige organische Zusammenfassung der hygienischen Gestaltung der Lebensmittelbetriebe und der Betreuung der in ihnen tätigen Personen sowie der Lebensmittelkontrolle. Ärzte, Tierärzte, Lebensmittelchemiker, Lebensmittelpolizei, Innungen und Gewerkschaften wirken hier unter Zusammenfassung bei den Dienststellen der Gesundheitsverwaltung.

Das Veterinärwesen der Stadt Berlin wird in einem eigenen Hauptamt im Rahmen der Abteilung Gesundheitsdienst verwaltet. Auch auf diesem Gebiete sind schwierige Aufgaben zu bewältigen gewesen, vor allem war die Bevölkerung vor Gruppenerkrankungen durch nicht einwandfreie tierische Lebensmittel zu schützen. Die befürchteten Massenerkrankungen solcher Art sind bis jetzt nicht aufgetreten.

An den Arzt des öffentlichen Gesundheitsdienstes tritt immer wieder die Frage, ob die nächste Zukunft Krisen für die Gesundheit der Bevölkerung bringen wird. Die vergangenen Monate, besonders dieses Sommers, haben in der Tat sehr oft Anlaß zu schweren Besorgnissen in dieser Hinsicht gegeben. Es darf jedoch trotz aller gebotenen Zurückhaltung jetzt gesagt werden, daß die gefährlichsten Krisen in Berlin überwunden sind und daß eine abwehrfähige Organisation des öffentlichen Gesundheitsdienstes jetzt bereits besteht.

Der Leiter der Abteilung für Gesundheitsdienst

Dr. Redeker

Bericht der Abteilung für Sozialwesen

Der Faschismus hat uns nicht nur Ruinen von Häusern, Fabrikanlagen und Verkehrseinrichtungen, sondern auch ein völlig zertrümmertes und **b a n k e r o t t e s** Sozialwesen hinterlassen. Die Vermögenswerte der Sozialversicherung sind von den Nazis zum größten Teile in Reichsanleihen angelegt worden und wurden so zur



Ottomar Geschke, Stadtrat
Leiter der Abteilung für Sozialwesen

Finanzierung des Hitlerkrieges verwandt. Dadurch sind die in vielen Jahren aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten angesammelten Beiträge der Sozialversicherung zur Produzierung von Kanonen, Bomben und Granaten verbraucht worden, anstatt der Versorgung von alten und arbeitsunfähigen Menschen zu dienen.

Die sozialpolitische Konkursmasse des faschistischen Systems besteht aus einer unübersehbaren Zahl von verelendeten, kranken und

hilfsbedürftigen Menschen. Seit März d. J. hatten in Berlin 384 000 Rentner keine Rente mehr erhalten. Die Krankenscheine konnten die Ärzte ebensowenig zur freien Behandlung verpflichten, wie die Rezeptscheine die Apotheken zur Auslieferung irgendwelcher Medikamente. 60 000 Kranke erhielten in Berlin kein Krankengeld mehr. Die Unterstützungen der Wohlfahrtsämter für rd. 300 000 Menschen waren nicht mehr ausgezahlt worden.

Im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere aber der Kranken und Arbeitsunfähigen, mußte aus dem Nichts heraus sofort wieder ein Sozialwesen aufgebaut werden.

Die Arbeit auf dem Gebiete des Sozialwesens ist keine Angelegenheit der Wohltätigkeit, vielmehr entspringt sie der Verpflichtung der Gesellschaft, für alle ihre Glieder zu sorgen. Um diesen grundsätzlichen Wandel zum Ausdruck zu bringen, wurde die Abteilung nicht Wohlfahrtspflege oder -fürsorge, sondern Sozialwesen genannt.

Das Hauptamt für Sozialwesen gliedert sich in vier Arbeitsbereiche:

1. Allgemeines Sozialwesen
2. Hauptjugendamt
3. Sozialversicherung
4. Hauptausschuß „Opfer des Faschismus".

1. Allgemeines Sozialwesen

Aufgabe des allgemeinen Sozialwesens ist es, allen Menschen in Berlin, soweit erforderlich, den notwendigen Lebensbedarf aus öffentlichen Mitteln zu gewähren. Im September 1945 wurden 313 000 Familien mit insgesamt 540 000 Menschen, das sind 18 % der gesamten Bevölkerung, durch das Hauptamt für Sozialwesen bzw. durch die Sozialämter in den Bezirken unterstützt, da sie sich selbst den Lebensbedarf nicht beschaffen konnten. Die Gesamthöhe der Unterstützung betrug 17 Millionen Reichsmark.

Außer der Unterstützung für den Lebensunterhalt werden, wenn es erforderlich ist, auch Beihilfen zur Miete in Gestalt von Mietscheinen, die dem Hauseigentümer auf die Gebäudeinstandsetzungsabgabe angerechnet werden können, gewährt. Im September sind an 152 000 Familien Mietscheine im Werte von 3,8 Millionen Reichsmark ausgegeben worden.

Die besonderen Schwierigkeiten für den Aufbau des Sozialwesens in Berlin lagen darin, daß es nicht nur galt, für die Menschen, die in Berlin beheimatet sind, zu sorgen, sondern daß nach Berlin eine unübersehbare Zahl von Ausgewiesenen, Heimkehrern und entlassenen Kriegsgefangenen hereinströmte. Obwohl grundsätzlich der Zuzug Ortsfremder nach Berlin gesperrt war, ist doch eine Zahl von fast 1 Million Menschen aus den Ost- und Südgebie-

ten nach Berlin hereingekommen in der Hoffnung, hier einen bescheidenen Lebensunterhalt und Unterkunft zu finden. Die besondere Tragik liegt darin, daß jeder noch so kleine technische, gesundheitliche und wirtschaftliche Fortschritt, der in Berlin unter unsagbaren Mühen erzielt wurde, für die heimatlosen Menschen einen nahezu unwiderstehbaren Anreiz, gerade in Berlin Zuflucht zu suchen, bildete. Dadurch wurden aber alle Anstrengungen der Stadtverwaltung, den Hunger und die Seuche zu bannen, immer wieder aufs schwerste gefährdet.

Das Hauptziel mußte darin bestehen, die Heimkehrer und Flüchtlinge in andere, durch den Krieg weniger mitgenommene Gebiete, vor allen Dingen landwirtschaftliche Gebiete, zu lenken, um ihnen dort eine neue Heimat zu schaffen, eine Aufgabe, die aber von Berliner Stellen allein nicht gelöst werden konnte.

Für Berlin mußte die Aufgabe vor allen Dingen darin bestehen, im Interesse der Bekämpfung der Seuchengefahren die nach Berlin hereingekommenen Flüchtlinge in Auffanglagern aufzunehmen und soweit wie möglich ernährungs- und auch gesundheitsmäßig zu versorgen. Es wurden 57 Auffanglager mit einer Gesamtkapazität von etwa 30 000 Menschen in den verschiedensten Stadtteilen errichtet. In den Auffanglagern werden sämtliche Flüchtlinge sofort ärztlich untersucht; sie erhalten, sofern sie nicht wegen ansteckender Krankheiten isoliert werden müssen, einen Ausweis über ihren Gesundheitszustand in Gestalt eines Gesundheitspasses, der als wichtigste Legitimation für die wirtschaftliche und sonstige Versorgung dient. Rund 20 % der ankommenden Heimkehrer und Flüchtlinge erweisen sich als nicht mehr reisefähig und müssen deshalb von Berlin aus länger versorgt werden.

Das Hauptziel mußte sein, den Flüchtlingsstrom planmäßig zu lenken. Durch enge Zusammenarbeit mit allen beteiligten Stellen, insbesondere auch der Zentralverwaltung für Umsiedler und Rückkehrer, sind in dieser Hinsicht schon nennenswerte Erfolge erzielt worden. Es ist in zunehmendem Maße gelungen, geschlossene Flüchtlingstransporte zusammenzustellen, die in weniger besiedelte landwirtschaftliche Gebiete Deutschlands gehen.

Die Ernährung der Ausgewiesenen und Heimkehrer machte insbesondere während der ersten Wochen und Monate starke Schwierigkeiten. Inzwischen hat die Alliierte Kommandantur die Gewährung von Lebensmitteln nach Karte V (Sonstige) für die Ausgewiesenen zugelassen.

Im engen Zusammenhang mit der Abteilung für Ausgewiesene und Heimkehrer wurde ein Such- und Meldedienst aufgebaut, der sich zum Ziel setzt, den Familienmitgliedern, die durch den Nazikrieg auseinandergerissen wurden, wieder voneinander Lebenszeichen zu vermitteln.

2. Hauptjugendamt

Die zentrale Aufgabe des Hauptjugendamtes und der Jugendämter mußte sein, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die bedenklichen Verwahrlosungserscheinungen, die Krieg und Nazismus hervorgerufen haben, möglichst einzudämmen und gemeinsam mit der Abteilung Volksbildung mitzuhelfen, die Jugend im freiheitlichen und antifaschistisch-demokratischen Geiste zu erziehen.

Darüber hinaus mußte natürlich in gleicher Weise für das körperliche Wohl der Kinder und Jugendlichen gesorgt werden.

Aus öffentlichen Mitteln werden zur Zeit rund 150 000 Kinder jeweils innerhalb Berlins, außerhalb der Familie lebend, mithin rund 25 % aller Berliner Kinder, wirtschaftlich versorgt. Eine wesentliche Sorge der Jugendämter bestand darin, möglichst bald wieder Kindertagesstätten in Gang zu setzen.

Der größte Teil der Kindertagesstätten war durch die Kampfhandlungen zerstört worden. Fast die gesamte Inneneinrichtung aller Heime war durch eigene „Volksgenossen" ausgeplündert worden. Mühselig mußten die ersten Einrichtungsgegenstände wieder herbeigeschafft werden. Das Ergebnis ist, daß heute an Laufkrippen, Kindergärten und Kinderhorten in Berlin über 300 öffentliche Einrichtungen bestehen, die rund 10 000 Kinder täglich aufnehmen.

Unter gleichen Schwierigkeiten sind wieder Kinderheime in Betrieb gesetzt worden. 30 verschiedene Heime sind heute wieder in Gang, und mit Beginn des Frühjahrs wird sich ihre Zahl wesentlich erhöhen.

Neben der Unterbringung von Kindern in Heimen werden auch elternlose Kinder in Pflegestellen untergebracht. Die Aufgabe mußte darin bestehen, elternlose Kinder in eine antifaschistisch-demokratische Umgebung zu verpflanzen. Zur Zeit sind etwa 8000 Kinder in Pflegestellen untergebracht.

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen übt das Jugendamt bekanntlich für einen großen Teil von Kindern, die nicht unter elterlicher Gewalt stehen, die Amtsvormundschaft aus.

Nach Abschluß der Kampfhandlungen bedeutete es schon eine schwierige organisatorische Aufgabe, überhaupt wieder die Unterlagen über die Amtsmündel, die durch die Kampfhandlungen abhanden gekommen waren, herbeizuschaffen und den Aufenthalt der einzelnen Mündel ausfindig zu machen. Gegenwärtig stehen in Berlin 70 000 Kinder unter Amtsvormundschaft.

Im Hinblick auf das Ausmaß der Jugendverwahrlosung werden die sich hieraus ergebenden Aufgaben mit den früher entwickelten Erziehungsmethoden der Schutzaufsicht und Fürsorgeerziehung nicht gemeistert werden können. Der Begriff der Fürsorgeerziehung beispielsweise ist pädagogisch so außerordentlich be-

lastet, daß von der Anwendung derartiger Erziehungsmethoden nur ein geringer pädagogischer Erfolg erwartet werden kann. Es muß gelingen, in gemeinsamer Arbeit von Schule, Jugendausschuß, der Jugend in den Gewerkschaften und den antifaschistischen Parteien zusammen mit der Erzieherschaft neue wirksamere Formen der Erziehung gerade der gefährdeten Jugend herauszuarbeiten.

Unter den sonstigen Aufgaben der Jugendämter nimmt die Betreuung der von den Nazis zwangsevakuierten Kinder einen besonderen Rahmen ein. Die Nazibehörden haben dadurch eine schwere Schuld auf sich geladen, daß sie es zum großen Teil unterlassen haben, verschickte Kinder rechtzeitig aus den Gebieten, in denen sich Kampfhandlungen ereigneten, herauszubringen. Dadurch ist nicht nur Leib und Leben der Kinder aufs schwerste gefährdet worden, sondern die Kinder haben auch bei der Flucht aus den früheren Standorten fast ihr gesamtes Gepäck eingebüßt.

Das Hauptjugendamt hat es als eine dringende Aufgabe betrachtet, alle Anstrengungen zu unternehmen, um Näheres über das Ergehen der verschickten Kinder zu erfahren. Beauftragte des Hauptjugendamtes sind in die Verschickungsgebiete entsandt worden, um an Ort und Stelle die notwendigen Feststellungen und Maßnahmen zu treffen. Es wurden ungefähr **275 Lager mit etwa 8000 Kindern ermittelt.** Die Eltern sind über das Ergehen der Kinder unterrichtet worden. Es wurden in Verbindung mit allen zuständigen Stellen Maßnahmen getroffen, um die Kinder in winterfesten Quartieren unterzubringen und mit Winterkleidung zu versehen. Das Ziel ist, daß, wenn die Gefahren des Winters vorüber sind, die letzten Berliner Kinder wieder zu ihren Eltern zurückgeleitet werden können.

3. Sozialversicherung

Hinsichtlich der Sozialversicherung war es vordringlichste Aufgabe, das Chaos zu beseitigen, das der faschistische Zusammenbruch hinterlassen hatte. Das Milliardenvermögen der deutschen Sozialversicherung war nicht mehr vorhanden, der Grundbesitz mit den Dienststellen der Versicherungsträger durch die Kriegshandlungen so gut wie völlig zerstört, und die Mitarbeiter der früheren Sozialversicherungsträger standen angesichts dieser Verhältnisse ratlos vor den Trümmern, ohne zu wissen, mit welchen Mitteln und auf welche Weise sie die notwendigsten Betreuungsmaßnahmen an der Berliner Bevölkerung aufnehmen sollten. Dabei warteten Hunderttausende kranker und mittelloser Menschen auf gesundheitsfürsorgerische und wirtschaftliche Betreuung, zumal, da ihr Gesundheitszustand durch die jahrelange Kriegsentbehrung und die Anforderungen des „totalen" Kriegs- und Arbeitseinsatzes denkbar schlecht geworden war und die Seuchengefahr immer bedrohlicher wurde. Gegenüber diesen Verhältnissen sah es der Magistrat

als seine vordringliche Aufgabe an, die Sozialversicherung — zunächst mit den einfachsten Mitteln — wieder in Gang zu setzen. Die Abteilung für Sozialwesen wurde beauftragt, hierfür die organisatorischen Vorbereitungen zu treffen.

Bei dem Ernst der Sachlage und der Bedeutung des Problems waren eingehende und sorgfältige Erwägungen darüber anzustellen, in welcher Form unter den gegebenen Verhältnissen, in denen Berlin selbständig handeln mußte, der Neuaufbau am zweckmäßigsten, wirksamsten und einfachsten erfolgen sollte. Zur Erörterung dieser Fragen wurden die nicht durch nazistische Haltung belasteten Fachkräfte der bisherigen Sozialversicherungsträger und nach Aufbau der Gewerkschaften deren Vertreter herangezogen. Dabei wurde sofort erkannt, daß es bei dem bisherigen Zustand einer völligen Zersplitterung der einzelnen Zweige der Sozialversicherung im allgemeinen und ihrer Träger im besonderen sowohl aus sozialpolitischen wie wirtschaftlichen Gründen nicht verbleiben konnte. Es war untragbar, daß allein für Berlin 156 verschiedene Versicherungsträger der einzelnen Sozialversicherungszweige mit rund 9000 Beschäftigten in 250 verschiedenen Geschäfts- und Verwaltungsstellen und einem dementsprechend hohen Verwaltungskostenaufwand nebeneinander und vielfach durcheinander an der hohen Aufgabe der Betreuung des gesundheitlich und wirtschaftlich hilfsbedürftigen Menschen wirkten. Von den verschiedenen möglichen Lösungen — man dachte auch zeitweise an die Schaffung von drei großen Versicherungsträgern für die Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung — war derjenigen der Vorzug zu geben, die radikal die bisherigen Mißstände beseitigte und sämtliche Aufgaben der bisherigen Sozialversicherungsträger einheitlich zusammenfaßte, um sie einem einzigen einheitlichen Träger der Sozialversicherung zu übertragen. Die Bedenken, die einer solchen oder einer ähnlichen Lösung in der Erörterung der Vergangenheit immer wieder entgegengesetzt worden waren, konnten unter den völlig neuen Verhältnissen nach dem Zusammenbruch als überholt, im übrigen aber als nicht mehr ausschlaggebend abgetan werden. Der Gefahr einer Aufblähung dieses neuen Versicherungsträgers mit allen Folgen einer übertriebenen Gleichmacherei, die insbesondere den Verlust einer persönlichen Fühlungnahme mit den zu betreuenden Volksschichten in sich schloß, konnte durch eine weitgehende Dezentralisation der Verwaltung vorgebeugt werden.

Nach Durchführung erster Notmaßnahmen des Magistrats beschloß dieser in seinen Sitzungen am 18. Juni, 25. Juni und 2. Juli 1945, die bisherigen Versicherungsträger unter Einsetzung von Treuhändern stillzulegen, so schnell wie möglich wieder Leistungen der Sozialversicherung zu gewähren und als einheitlichen Versicherungsträger für die gesamte Sozialversicherung in Berlin die „Versicherungsanstalt Berlin" zu schaffen.

Die grundlegende Magistratsanordnung vom 14. Juli 1945 bestimmte den Aufgabenkreis dieses neuen Versicherungsträgers und setzte in großem Rahmen den Kreis der Versicherten, den Umfang der Leistungen und die Höhe der Beiträge fest.

Mit dieser Regelung war der künftigen Gestaltung einer deutschen Sozialversicherung nicht vorgegriffen, weil einmal durch die Einsetzung von Treuhändern der Vermögensstand der bisherigen Sozialversicherung gesichert und im übrigen für eine klare wirtschaftliche Trennung zwischen den bisherigen Sozialversicherungsträgern und der Versicherungsanstalt Berlin andererseits gesorgt war.

Die Vorteile der grundsätzlichen Neuregelung traten alsbald in Erscheinung, nachdem die Versicherungsanstalt Berlin ihre Arbeiten aufgenommen hatte. Im Vordergrund stand die Möglichkeit einer einheitlichen und durchgreifenden Betreuung der gesamten Berliner Bevölkerung, neben der sich eine entscheidende Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung herausstellte. So führt die Versicherungsanstalt Berlin z. B. ihre Aufgaben mit einem Personalbestand durch, der **nur rund 30 % der Beschäftigtenzahl** beträgt, die früher für die Durchführung der Sozialversicherung in Berlin durch einzelne Versicherungsträger benötigt wurde. Probleme, die früher als außerordentlich kompliziert galten, lösten sich jetzt gewissermaßen von selbst, und schwierigere Fragen, die in der bisherigen Sozialversicherung zu Zweifeln und Streitigkeiten Anlaß gegeben hatten (z. B. die leistungsmäßige Abgrenzung zwischen den verschiedenen Versicherungszweigen, die Unterschiedlichkeit des Kreises der Versicherten und der Beiträge und Leistungen u. ä.), erwiesen sich von dem Standpunkt der Neugestaltung einer einheitlichen Sozialversicherung aus überhaupt nicht mehr als Probleme. Zur Vermeidung von Überschneidungen und zur Schließung von Lücken in der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung wurden dem neuen Sozialversicherungsträger Aufgaben übertragen, die über den versicherungstechnischen Rahmen hinausgingen (z. B. Berufsfürsorge für Arbeitsbehinderte), wie andererseits bisher von Sozialversicherungsträgern wahrgenommene Aufgaben aus Gründen der Zweckmäßigkeit bei anderen Behörden zusammengefaßt wurden; so wurde beispielsweise die Durchführung des Arbeitsschutzes dem Amt für Arbeit übertragen.

Die Versicherungsanstalt Berlin wird durch einen ehrenamtlich tätigen Vorstand geleitet, der sie gesetzlich vertritt. Er ist besetzt mit 12 Mitgliedern, von denen sechs vom Magistrat der Stadt Berlin und sechs vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund benannt werden. Der Vorsitzende des Vorstandes ist der Leiter des Hauptamtes für Sozialwesen. Der Vorstand hat einen geschäftsführenden Direktor ernannt, dem die gesamte Verwaltung der Anstalt unterstellt ist. Die Geschäftsführung wird in enger Zusammenarbeit mit der Betriebsvertretung durchgeführt, so daß in

allen Punkten eine den hohen Zielen dienende Tätigkeit im antifaschistisch-demokratischen Geiste in *enger* Fühlungnahme mit den Gewerkschaften gewährleistet ist.

Die Verwaltung der Versicherungsanstalt Berlin wird durch eine Hauptverwaltung und die in den einzelnen Stadtbezirken eingerichteten Verwaltungsstellen durchgeführt. Die Hauptverwaltung, der die Geschäftsleitung der Sozialversicherung in Berlin obliegt, besteht aus elf nach Fachgebieten aufgeteilten Abteilungen, von denen vier vorwiegend Verwaltungstätigkeit und sieben die Leistungen durchführen.

Die Verwaltungsstellen sind die unteren Organe der Versicherungsanstalt Berlin. Durch ihre Dezentralisation und Aufteilung auf die einzelnen Verwaltungsbezirke der Stadt Berlin sowie ihre Besetzung mit Fachkräften, die in der Betreuung der Bevölkerungsangehörigen Erfahrung besitzen, ist eine möglichst volksnahe und individuelle Behandlung des betreuten Personenkreises gewährleistet. Insgesamt bestehen in Berlin 20 Verwaltungsstellen, 15 Nebenstellen und 8 Betriebsverwaltungsstellen.

Die Neugestaltung, die sich in der Schaffung eines einheitlichen Sozialversicherungsträgers verkörpert, erforderte auch eine Neuregelung des Versichertenkreises und des Beitrags- und Leistungsrechts. Die sachliche Zersplitterung der früheren Sozialversicherung war durch nichts so gekennzeichnet wie durch die unterschiedliche Festsetzung des Versichertenkreises, der hinsichtlich der einzelnen Sozialversicherungszweige so stark differierte und in jedem Zweige für sich durch Ausnahmeregelungen wieder so unterschiedlich gesetzlich festgelegt war, daß sich praktisch niemand mehr durch den Kreis der Sozialversicherten durchfand.

Durch die Neuregelung sind in den Kreis der Versicherten *sämtliche* Personengruppen eingegliedert worden, die nach früherem Recht in irgendeiner Weise den Schutz der Sozialversicherung genossen. Der Kreis der Pflichtversicherten umfaßt jetzt:

1. alle gegen Entgelt Beschäftigten und die Lehrlinge;
2. alle Gewerbetreibenden und Bauern mit bis zu fünf familienfremden versicherungspflichtigen Beschäftigten sowie die in deren Betrieben nicht nur vorübergehend mitarbeitenden Familienangehörigen.

Die Einbeziehung weiterer Personenkreise in die Versicherungspflicht wird vorbereitet.

Außerdem kann sich jeder, der in Berlin seinen Wohnsitz hat, freiwillig versichern.

Außer diesen Versicherten erhalten im Interesse einer einheitlichen gesundheitlichen Versorgung bestimmte Personenkreise Leistungen aus der Sozialversicherung, deren Betreuung der Magistrat schrittweise der Versicherungsanstalt Berlin übertragen hat. Es sind dies in der Hauptsache die *Familienangehörigen* der Ver-

sicherten, die Opfer des Faschismus, die Unterstützungsempfänger des Hauptamtes für Sozialwesen, die Rentner der Versicherungsanstalt, mittellose Kriegsbeschädigte und alle Berliner Kinder bis zum vollendeten 18. Jahr, sowie solche Personen, die bei sozialem Einsatz Beschädigungen erleiden.

Die Gesamtzahl der bei der Versicherungsanstalt Berlin versicherten und von ihr betreuten Personen kann auf 2½ Millionen Menschen geschätzt werden.

Die Beitragsgestaltung hatte in folgerichtiger Durchführung des Vereinheitlichungsgrundsatzes zu der Festsetzung eines Sozialversicherungsgesamtbeitrages geführt, der 20 % des Bruttoentgelts in allen Fällen beträgt, für den diese Bemessungsgrundlage (Arbeitsentgelt, Einkommen) vorhanden ist, während für die übrigen Personenkreise, insbesondere die freiwillig Versicherten, ein bestimmter fester Beitrag festgesetzt ist. Es ist nunmehr auch jedem Nichtfachmann möglich, die Beiträge zur Sozialversicherung ohne weiteres festzustellen, womit eine erhebliche Vereinfachung der Arbeit auch für die Lohnbüros der Betriebe verbunden ist.

Die Leistungen der Versicherungsanstalt sind so gestaltet worden, wie dies den natürlichen Bedürfnissen entspricht. Durch die Gliederung in gesundheitspflegerische Leistungen, geldliche Leistungen, berufsfürsorgerische Leistungen und Wochenhilfeleistungen sind die Nachteile des früheren Zustandes beseitigt worden, die in der bisherigen Sozialversicherung durch die Existenz verschiedener Versicherungszweige und einer großen Zahl von Versicherungsträgern bedingt waren und zu erheblichen Lücken und Überschneidungen in der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Versorgung der Versicherten zum Ausdruck gekommen waren.

Ohne Rücksicht auf die Ursache der Körperschädigung (z. B. Krankheit, Unfall, Gebrechlichkeit, Alter usw.) werden die genannten Leistungen zur Verfügung gestellt, wobei in der Bemessung der Leistungen selbstverständlich Unterschiede zu machen waren, je nachdem es sich um Vollversicherte oder sogenannte Anspruchsberechtigte handelt.

Im Vordergrund der gesundheitspflegerischen Leistungen steht der Grundsatz, daß Heilbehandlung von unbegrenzter Dauer zu gewähren ist, womit die mit dem System einer einheitlichen Sozialversicherung nicht zu vereinbarende „Aussteuerung" beseitigt worden ist. Im einzelnen bestehen diese Leistungen in ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung durch approbierte und niedergelassene Ärzte und Zahnärzte, sowie die geprüften und zugelassenen Dentisten. Dabei hat der Magistrat durch Anordnung vom 5. Juli 1945 einen Behandlungszwang eingeführt, der praktisch zur völlig freien Arztwahl führt. Jeder Versicherte kann also mit dem von der Verwaltungsstelle ausgestellten, gebührenfreien Krankenschein jeden

Berliner Arzt aufsuchen. Bei Unfallverletzungen ist das in der Unfallversicherung bewährte Durchgangsarzt- und Verletztenarztverfahren übernommen worden, das eine Sofortbehandlung durch sogenannte Durchgangsärzte (in der Hauptsache Fachärzte für Chirurgie) der Versicherungsanstalt und die Spezialbehandlung in Unfallambulatorien sowie die Unterbringung von Verletzten in besonders geeigneten Anstalten vorsieht. Eine gesundheitsfürsorgerische Leistung ist weiter die Versorgung der Anspruchsberechtigten mit Arzneien, Heilmitteln, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln. Die Gewährung von Krankenhauspflege ist im Gegensatz zur früheren Leistung eine Pflichtleistung der Versicherungsanstalt Berlin geworden. Außerdem gewährt die Versicherungsanstalt Berlin in geeigneten Fällen Heilstättenbehandlung und führt Maßnahmen zur Krankheitsverhütung durch. Sie gewährt Hauspflege in solchen Fällen, in denen Anstaltspflege nicht möglich oder unzweckmäßig ist.

Die geldlichen Leistungen der Versicherungsanstalt Berlin kommen in der Gewährung von Krankengeld, Familien- und Taschengeld, besonderen Unterstützungen, Renten und Sterbegeld zum Ausdruck.

Krankengeld wird vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt, wobei der Begriff der Krankheit im weitesten Sinne zu verstehen ist. Die Höhe des Krankengeldes richtet sich nach dem Grundlohn und ist vorläufig auf einen Höchstbetrag von 10 RM je Kalendertag der Arbeitsunfähigkeit festgesetzt worden. Das Krankengeld wird bis zur Wiederherstellung der Arbeitseinsatzfähigkeit gewährt. Besteht keine Aussicht auf Wiederherstellung der Arbeitseinsatzfähigkeit mehr (Invalidität), so wird bis zur Festsetzung der Rente ein Übergangsgeld in der voraussichtlichen Höhe der Rente gezahlt. Die Krankengeldaufwendungen der Versicherungsanstalt Berlin in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober 1945 beliefen sich auf rund 8½ Millionen Reichsmark. Die Feststellung eines bedenklich hohen Krankenstandes hat die Versicherungsanstalt veranlaßt, den demokratischen Grundsätzen entsprechende Prinzipien herauszuarbeiten, die auf seine Senkung abzielen. Sie entwickelt hier einmal das System der diagnostischen Beratungsstellen, die den Gesundheitszustand der Versicherten durch eingehende ärztliche Untersuchung unter Anwendung aller modernen Hilfsmittel feststellen sollen, und versucht im übrigen in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen gegenüber der Gesellschaft zu erhöhen. Dabei lehnt die Versicherungsanstalt bewußt und nachdrücklich die Anwendung der rücksichtslosen Nachuntersuchungsmethoden der Nazizeit ab.

Familiengeld (Hausgeld) und Taschengeld wird bei Anstaltspflege gewährt den Versicherten, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, und zwar Familiengeld an solche, die Angehörige

ganz oder überwiegend zu unterhalten haben, Taschengeld an alle übrigen Versicherten.

Im Falle der Notlage kann die Versicherungsanstalt Berlin besondere Barunterstützungen über den Rahmen des Familien- und Taschengeldes hinaus gewähren, womit sie gewährleisten will, daß nicht aus Gründen finanzieller Not eine Anstaltsbehandlung vorzeitig abgebrochen wird.

Mit der Übernahme der Verpflichtung zur R e n t e n z a h l u n g, die durch die Festsetzung eines Einheitsbeitrages von 20% des Lohnes dokumentiert wurde, hat die Versicherungsanstalt Berlin die wohl schwierigste finanzwirtschaftliche Aufgabe der Sozialversicherung übernommen. Die Deckungskapitalien der Rentenversicherung waren durch die Schuld des Faschismus vernichtet worden. Die Mittel für die Rentenzahlungen mußten also aus dem Beitragsaufkommen der im Arbeitsprozeß stehenden Berliner aufgebracht werden. Ohne daß eine rechtliche Verpflichtung zur Übernahme von Verbindlichkeiten der f r ü h e r e n Sozialversicherung anzuerkennen war, gaben sozialpolitische und finanzpolitische Gründe den Ausschlag für die Entschließung, mit den Rentenzahlungen so bald wie möglich zu beginnen. Durch die Zahlung von Unterstützungen an hilfsbedürftige Rentner der zusammengebrochenen Sozialversicherung aus Mitteln der Sozialämter war der ohnehin aufs äußerste angespannte Sozialetat der Stadt Berlin zusätzlich belastet worden. Es mußte also auch von seiten der Sozialversicherung alles getan werden, um schon im Hinblick auf den bevorstehenden Winter und im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft die Sozialausgaben der Stadt nicht noch weiter anwachsen zu lassen, sondern sogar zu senken. Die Mittel für die Rentenzahlung mußten aus dem Gesamtbeitragsaufkommen der Versicherungsanstalt Berlin bereitgestellt werden.

Entsprechend der 2. Bekanntmachung des Magistrats zur Ingangsetzung der Sozialversicherung in Berlin vom 15. Oktober 1945 hat die Versicherungsanstalt Berlin am 1. November 1945 mit Rentenzahlungen zunächst für die Rentner der bisherigen Sozialversicherung begonnen. Dabei mußte eine Regelung getroffen werden, welche die finanzwirtschaftlichen Schwierigkeiten in gleicher Weise wie die sozialpolitischen Erfordernisse berücksichtigte. Demgemäß werden Renten bis auf weiteres nur an mittellose, erwerbsunfähige Personen, die nicht der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört haben, gewährt, wobei vorläufig gewisse Höchstbeträge festgesetzt sind. Die Höchstbeträge sind auf den Familienstand und den Zustand etwaiger Hilflosigkeit abgestellt und bewegen sich zwischen 50 RM und 200 RM monatlich. Durch die 3. und 4. Bekanntmachung zur Ingangsetzung der Sozialversicherung in Berlin ist die Rentenzahlung auf die Opfer des Faschismus sowie Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene ausgedehnt worden, die unter den gleichen Voraus-

setzungen Rente erhalten wie die übrigen Versicherten der Versicherungsanstalt.

Sterbegeld wird in Höhe des zwanzigfachen täglichen Grundlohnes beim Tode jedes versicherten Angehörigen gezahlt, wobei der Mindestbetrag auf 50 RM und der Höchstbetrag auf 400 RM festgesetzt ist.

Die berufsfürsorgerischen Leistungen der Versicherungsanstalt erschöpfen sich in der Gewährung von Berufsfürsorge für Arbeitsbehinderte, deren individuelle Betreuung in der gesondert hierfür geschaffenen Hauptabteilung und durch die Einsetzung von Spezialarbeitern in den Verwaltungsstellen gewährleistet ist. Die Hauptaufgaben der Berufsfürsorge liegen in der Arbeitsvermittlung für Arbeitsbehinderte und in der Berufsumschulung.

Schließlich gewährt die Versicherungsanstalt Berlin noch Wochenhilfeleistungen, die zum Teil weit über die frühere gesetzliche Regelung der Reichsversicherungsordnung und des Mutterschutzgesetzes hinausgehen, und zwar Geburtshilfe, Schwangerengeld, Wochengeld, Entbindungskostenbeitrag, Stillgeld, Pflege im Krankenhaus bzw. in einer Entbindungsanstalt und Familien- und Taschengeld.

Für die Durchführung ihrer Betreuungsaufgaben hat die Versicherungsanstalt Berlin zahlreiche medizinische Institute eingerichtet, so vor allem die in fast allen Verwaltungsbezirken vertretenen diagnostischen Beratungsstellen sowie Röntgeninstitute, eine Diabeteszentrale, Unfallambulatorien und -kliniken, sowie eigene Heilanstalten.

Im wesentlichen sind die Leistungen der Versicherungsanstalt Berlin mit einem Rechtsanspruch ausgestattet, den der Versicherte oder sonstige Anspruchsberechtigte im Rechtsweg durch Beschwerde an den Beschwerdeausschuß des Vorstandes und Anrufung des in Bildung begriffenen Versicherungsamtes der Stadt Berlin verwirklichen kann.

Die bisherige Entwicklung der Versicherungsanstalt Berlin hat bewiesen, daß die Zusammenfassung aller Aufgaben der Sozialversicherung in einem einheitlichen Träger die einzige Lösung ist, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine vereinfachte, verbilligte und vor allem wirksame Betreuung der arbeitenden Bevölkerung gewährleistet.

4. Hauptausschuß „Opfer des Faschismus"

Auf der ersten Veranstaltung für die „Opfer des Faschismus" im Juni d. J. im Berliner Funkhaus wurde der Hauptausschuß „Opfer des Faschismus" gebildet, dem folgende Mitglieder angehören:

Herr Stadtrat Geschke
Herr Dr. Hermes
Herr Dr. Landwehr
Herr Oberpräsident Steltzer
Herr Dahrendorf
Herr Dr. Havemann
Herr Propst Grüber
Herr Brass
Frau Jung
Frau Staehle
Herr Meyer.

Das Sekretariat des Hauptausschusses, als eine Abteilung beim Hauptsozialamt, leitet mit seinen 20 Bezirksausschüssen der Berliner Verwaltungsbezirke die soziale und kulturelle Betreuung der Berliner Opfer des Faschismus.

Der Hauptausschuß hat eine Reihe von politischen Aktionen durchgeführt, die im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens der Stadt Berlin standen.

Am 9. September 1945 beteiligten sich 70 000 Berliner an der großen Gedächtniskundgebung im Neuköllner Stadion zu Ehren der Opfer des Faschismus.

Am 7. Oktober 1945 fand in der Staatsoper Berlin (Admiralspalast) die erste Arbeitstagung aller anerkannten Opfer des Faschismus statt, die durch die Verkündung der Aktion „Rettet die Kinder" und durch die Ansprache der Sekretärin der Europäischen Union der befreiten politischen Häftlinge, Ria Bockova, große Bedeutung erlangte.

Am 12. November 1945 veranstaltete der Hauptausschuß „Opfer des Faschismus" im Berliner Funkhaus eine politische Weihestunde, deren Höhepunkt das öffentliche Interview „Die Kristallnacht" bildete.

Der Hauptausschuß führte in ganz Deutschland eine Suchaktion nach den 93 von der SS verschleppten Kindern aus dem tschechischen Dorfe Lidice durch.

Der Berliner Presse und dem Rundfunk wurden laufend Artikel über die Zustände und über die begangenen Verbrechen in Zuchthäusern und Konzentrationslagern zur Verfügung gestellt und damit in der Bevölkerung eine weitgehende Aufklärungsarbeit geleistet.

Zur Linderung der ersten Not wurde durch Magistratsbeschluß den anerkannten Opfern des Faschismus eine einmalige Beihilfe von 450,— RM und für drei Monate eine zusätzliche Lebensmittelkarte I ausgehändigt. Diese Verordnung des Magistrats sieht außerdem die Lieferung eines Anzuges und zweier Garnituren Leibwäsche vor. Die Gesamtzahl der bis 31. Oktober in Berlin anerkannten Opfer des

Faschismus belief sich auf 2945 Personen, an die insgesamt ein Betrag von 1 327 050,— RM zur Auszahlung gelangte. Aus den Mitteln eines Sonderkontos, das sich aus Spenden der Berliner Bevölkerung zusammensetzt, wurden weitere 580 974,02 RM zur Auszahlung gebracht. Die soziale Betreuung erstreckte sich weiter auf Wohnungseinweisungen, Geschäftseinweisungen, Übergabe von Kleingärten, Berufsberatung und Bevorzugung bei der Vergebung von Arbeitsplätzen. Am 28. Oktober 1945 erließ die Versicherungsanstalt Berlin die Anordnung, daß alle anerkannten Opfer des Faschismus, ohne Rücksicht darauf, ob sie sozialversichert sind oder nicht, ohne Wartezeit die gleichen Leistungen wie Versicherte erhalten. Durch die Verordnung, die die Opfer des Faschismus in den Genuß der ärztlichen Betreuung, der Lieferung von Arzneimitteln, der Zahlung von Krankengeld und Renten bringt, ist ein entscheidender Schritt zur gesetzlichen Versorgung der Opfer des Faschismus getan.

Alle Opfer des Faschismus müssen sich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, wie überhaupt der Frage der ärztlichen Betreuung weiteste Beachtung geschenkt wird. In einem Sanatorium für Lungenkranke in Sülzhain/Südharz werden laufend TBc erkrankte Opfer des Faschismus eingewiesen.

Um den Opfern des Faschismus die Möglichkeit zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit zu geben, unterhält der Hauptausschuß die Erholungsheime Sacrow bei Potsdam, die Forstsiedlung Hohenneuendorf und die Thälmann-Siedlung in Lehnitz bei Oranienburg, in denen bereits mehrere hundert Erholungsbedürftige einen vierwöchigen Erholungsurlaub genießen konnten. Es werden außerdem drei Durchgangsheime für ehemalige politische Gefangene unterhalten.

Der Hauptausschuß führt eine Suchaktion nach den verschollenen Opfern des faschistischen Terrors durch. In engster Zusammenarbeit mit dem Rundfunk, der Presse und den Ausschüssen aller deutschen Provinzen, ist eine umfangreiche Suchkartei angelegt worden, die bis jetzt 7625 Namen enthält, von denen bereits 3806 ermittelt werden konnten. Dem Rundfunk wurden täglich Such- und Grußlisten übersandt, die in einer besonderen Stunde zur Durchsage kamen. Es gelang, die Totenlisten verschiedener Konzentrationslager in den Besitz des Hauptausschusses zu bringen, so daß die Suchabteilung in der Lage war, über den Tod von zehntausenden Häftlingen aller europäischen Nationen sichere Auskunft zu geben. Die Totenlisten wurden nach Nationen getrennt und der französischen Kommandantur mit der Bitte um Weiterleitung an die betreffenden Regierungen überreicht. Auch der russischen Zentral-Kommandantur konnten die Listen verstorbener russischer Staatsbürger übergeben werden.

Die Betreuung der rassisch Verfolgten wird von einer besonderen Abteilung „Opfer der Nürnberger Gesetzgebung" durchgeführt

Im Vordergrund steht im Augenblick die Durchführung der Aktion „Rettet die Kinder". Die politischen Parteien, die Gewerkschaften, die Frauen- und Jugendausschüsse, das Hauptjugendamt und die Kirchen sind dem Aufruf des Ehrenpräsidiums zur Mitarbeit gefolgt. Aus einer großen Spendenaktion werden die Mittel zur Bescherung von 500 000 Berliner Kindern erworben. Namhafte Theater, viele Varietés, der Rundfunk, Künstler und Wissenschaftler haben sich ebenfalls in den Dienst der Aktion „Rettet die Kinder" gestellt. Eine umfangreiche Fabrikation von Spielzeug ist angelaufen, und in einigen Berliner Bezirken haben bereits große Bescherungsfeiern stattgefunden. Als Beitrag zur Aktion „Rettet die Kinder" hat die VAB erklärt, daß alle Berliner Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres hinsichtlich der ärztlichen Behandlung, Versorgung mit Arzneimitteln, Krankenhauspflege und orthopädischen Hilfsmitteln in der gleichen Weise wie Familienversicherte geschützt sind. Ein Beitrag wird hierfür nicht erhoben.

So ist die gesamte Bevölkerung Berlins durch den Hauptausschuß „Opfer des Faschismus" mobilisiert worden und spannt alle ihre Kräfte an, um den Berliner Kindern wirklich ein frohes Friedens-Weihnachtsfest 1945 zu bereiten.

Der Leiter der Abteilung für Sozialwesen
Ottomar Geschke, Stadtrat

Bericht der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen

Im Frühjahr 1945 übernahmen wir Berlin. Von den Bauten für Industrie, für Handel und Gewerbe, von Repräsentationsbauten abgesehen, die besonders stark betroffen wurden, verblieben uns von den etwa 1,5 Millionen Wohnungen rund 870 000, die aber bei weitem nicht alle winterfest sein werden, von diesen 870 000 dürften rund 370 000 für den Winter gerüstet sein.



Prof. **Hans Scharoun**, Stadtrat
Leiter der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen

Der A b t e i l u n g f ü r B a u - u n d W o h n u n g s w e s e n fiel die Aufgabe zu, neben der Reorganisation des eigenen Apparates, in erster Linie Raum für die notwendigen neu errichteten Verwaltungen der Stadt und der Zentralverwaltungen zu schaffen. Tausende von Verwaltungsräumen sind durch das Hauptamt und die Ämter für Hochbau in den Bezirken fertiggestellt und weitere Tausende im Entstehen begriffen. Reparaturarbeiten an Krankenhäusern, Schulen, an Anlagen städtischer Betriebe und Fabriken und an Sonder-Bauvorhaben und, soweit möglich, Reparaturarbeiten an Wohnungen sind durchgeführt. Das Anwachsen der Arbeiten zeigen die Bau

vorhaben-Summen, die von Monat zu Monat von 49 Millionen auf 75, 100, 111 Millionen und zur Zeit auf 119 Millionen stiegen, und z. B. am 1. Juli 8700 Arbeitskräfte und am 1. November bereits 25 300 Arbeitskräfte erforderten. Sichtbaren Ausdruck für alle finden diese Leistungen in den wiedereröffneten Theatern, Schulen, Hochschulen und Badeanstalten. Weitere Arbeitsgebiete im Dienstbereich des Hochbaus, deren Durchführung große Sorgen bereitete, sind die Aufgaben der Möblierung der Diensträume und Erhaltung und Instandsetzung der Heiz- und Maschinenanlagen, die Anforderung der Brennstoffe für sämtliche städtischen und früher staatlichen Gebäude.

Eine Sonderbeachtung verdienen die Leistungen auf dem Gebiete der Wiederherstellung des Krankenhauswesens. Im Mai 1945 waren von den rund 39 000 Krankenhausbetten etwa 9000 Betten übriggeblieben. Beschleunigte Notmaßnahmen unter Rückgriff auf frühere Wehrmachtlazarette, die von Fall zu Fall durch die Besatzungsmächte genehmigt wurden, waren möglich. Bis Mitte September konnten wieder 37 000 Betten verfügbar gemacht werden, von denen aber nur 29 000 winterfest untergebracht waren. Ein Sonderplan wird diese Zahl bis zum 15. Dezember auf 50 000 winterfeste Betten steigern. Die hierfür in Gang befindlichen Arbeiten nehmen den gewünschten Fortgang.

Auf dem Gebiet des Schulwesens konnten nach den vorliegenden Berichten die nach der Kapitulation noch verbliebenen Schulräume in den Bezirken je nach Maß der Zerstörung teils verdoppelt und zum Teil vervierfacht werden.

Im **Tiefbau** ergibt sich — grob umrissen — folgendes Bild: Von dem 4300 km langen Straßennetz Berlins sind 1350 km durch Kriegshandlungen in Mitleidenschaft gezogen, von denen rund 400 km in Ordnung gebracht, 200 km zur Zeit repariert werden und 600 km zur Wiederherstellung geplant sind. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Straßen, die für die Besatzungsbehörden besondere Bedeutung haben, oder Hauptverkehrsstraßen, d. h. Ausfall- und Ringstraßen, deren Fahrbahn außerdem zunächst für den Verkehr freigemacht werden mußte. An Stelle der vor dem Kriege vorhanden gewesenen 100 000 Gas- und Elektrolampen wurden bisher 10 000 Elektrolampen in Betrieb genommen Straßenschilder und Verkehrszeichen wurden wieder aufgestellt. Für den Straßenbau sind 125 Straßenbaufirmen mit rund 2000 Arbeitskräften eingesetzt, jedoch wird die Fortführung der Arbeiten besonders durch den Mangel an Zement und Asphalt fühlbar in Frage gestellt.

Von den 226 städtischen Brücken wurden 128 zerstört und von diesen 35 bisher repariert. 41 befinden sich in Reparatur, und die Reparatur von 13 weiteren Brücken ist zur Zeit geplant. Die Instandsetzung der beschädigten Brücken geschieht nicht nur zum Zwecke der Wiederaufnahme des Verkehrs, sondern auch der ebenso wichtigen Versorgungsleitungen wegen.

Durch das Heben von Brücken mußten Schiffahrtswege freigemacht werden. Der Schiffahrtsverkehr auf der Spree — mit Ausnahme der Unterspree in Charlottenburg und Spandau —, auf der Havel und auf dem Berlin-Spandauer Schiffahrtskanal ist wieder frei. Die Freimachung des Teltowkanals wird betrieben, ebenso wird an der Freimachung des Landwehrkanals von Brückentrümmern gearbeitet. Bemerkt werden darf, daß auch der Fußgängertunnel unter der Spree bei Friedrichtshagen zur Zeit wieder instand gesetzt wird. Im Wasser- und Hafenbau werden Silos und Speicheranlagen wiederhergestellt, desgleichen Gleisanlagen, Kräne und Kohlenverladebrücken.

An der Aufstellung eines Schadensplanes für die unterirdischen Bauanlagen Berlins wird gearbeitet.

Auf dem Gebiete des **Wohnungswesens** werden durch das Hauptamt und die Ämter für Wohnungswesen in den Bezirken erhebliche Dienstleistungen am wohnungsuchenden Publikum erfüllt. Es wurden rund 331 000 einstweilige Einweisungen in zum Teil unterbelegte Wohnungen und rund 43 000 endgültige Einweisungen in ganze Wohnungen vorgenommen. An gemeldeten und beschlagnahmten freien Wohnungen waren rund 21 000 vorhanden, denen zur Zeit rund 85 000 vorgemerkte Wohnungsuchende gegenüberstehen. Rund 4000 Wohnungstausche wurden vermittelt. Wie auf den anderen Gebieten des Hoch- und Tiefbaues wird auch der Wiederaufbau von Wohnungen durch Rangfolgelisten gesteuert, die für rationellsten Einsatz der Arbeitskräfte und des Materials Gewähr geben sollen. Die Beaufsichtigung dieser Maßnahmen erfolgt durch die Hauptämter, durch die Bezirke und durch die Bauleiterbüros in den Bezirken. Die finanzielle Unterlage zur Durchführung von Wohnungsinstandsetzungen gibt die **Gebäude-Instandsetzungsabgabe**, deren Mittel durch die Wohnungsbau-Kreditanstalt verwaltet werden.

Es konnten bisher rund 19 000 Wohnungen wiederhergestellt werden. Die Voraussetzungen hierzu waren die Dachdeckungsaktionen und überhaupt das tatkräftige Mitwirken der Bevölkerung. Diese Maßnahmen dienen der Winterfestmachung des Wohnraumes, der im Augenblick die größte Sorge aller beteiligten Ämter zugewendet ist, und der alle Arbeitskräfte und Materialien, die nicht für vordringliche Arbeiten auf dem militärischen und zivilen Sektor benötigt sind, zugewiesen werden. Leider müssen bei dem Mangel an Fachkräften und auch an Material diese Zuweisungen in begrenztem Rahmen bleiben, so daß immer wieder an die Selbsthilfe appelliert wurde, wo es gilt, das Kostbarste, was wir zur Zeit besitzen, über den Winter zu retten: die menschliche Arbeitskraft, nachdem Maschinen in nennenswertem Umfang uns nicht mehr zur Verfügung stehen.

Aber alle vorgenannten Bauleistungen hätten nicht erzielt werden können, wenn nicht durch die Enttrümmerung Baustoffe

für einen großen Teil dieser Arbeiten hätten zur Verfügung gestellt werden können. Die Enttrümmerung, die dem **Hauptamt für Aufbaudurchführung** angegliedert ist, begann mit der planmäßigen, die Eimerketten ablösende Enttrümmerungsarbeit im Juli. Die Zahl der Arbeitskräfte betrug am 4. August rund 1400 und wuchs bis zum 25. Oktober auf rund 24 000. Bis zu diesem Tage wurden rund 26 Millionen Steine gewonnen und abgeputzt, 54 000 cbm Ziegelbrocken, 11 000 t Profileisen, 4000 t Eisenschrott, 160 t Zinkschrott und anderes mehr gewonnen. **224 Firmen sind zur Zeit auf 473 Baustellen mit einer Enttrümmerungsfläche von 450 000 qm angesetzt.** An Kosten entstanden 7,2 Millionen Reichsmark. An Geräten wurden 82 km Feldbahngleise, 2800 Kipploren und vieles andere Gerät eingesetzt. Aufgabe der kommenden Zeit wird bei einer geplanten Erhöhung der Arbeitskräfte auf 30 000 die stärkere Einbindung von Maschinen sein. Zur Zeit laufen 12 Ziegelabputzmaschinen, die auf Zweckmäßigkeit erprobt werden, 7 Steinbrecher und 5 Siebanlagen. Geplant sind 19 Ziegelbruch-Aufbereitungsanlagen und 10 Restschutt-Verladeanlagen für Kahnabfuhr. Eine große Menge an Material, wie Holz, Armaturen, Türen, Fenster, Objekte usw., wurde auf Lagerplätzen sichergestellt. Sämtliches gewonnene Material wird zugunsten der Enttrümmerungsstelle registriert und bei Verwendung in Wiederherstellungsbauten diesen belastet. Rund 4400 Grundstücke sind gemeinsam mit der Baupolizei und den Hochbauämtern bisher besichtigt und die Art der Aufarbeitung dieser Grundstücke festgelegt. Für die Aufbereitung der Altmetalle werden Verhandlungen mit der einschlägigen Industrie geführt.

An neuen Baustoffen wurden — um nur einige Zahlen zu nennen — rund 5 Millionen Kilogramm Zement beschafft und ausgegeben, 80 000 kg Gips, 75 000 kg Kalk, 15 000 cbm Karbidkalk, 10 000 cbm Mörtel, 211 000 Dachsteine, 716 000 qm Dachpappe, 5240 cbm Bauholz, 3500 Stück Herde und Öfen, 100 000 kg Eisenblech und vieles andere. Es wurden Zement-Dachsteinfabrikationen eingerichtet, die zur Zeit mit 57 Firmen arbeiten und bisher 328 000 Dachsteine herstellten.

Eine wichtige Aufgabe des Hauptamtes für Aufbau-Durchführung stellt **die Umschulung von Arbeitskräften** dar. Den in Berlin vorhandenen 2500 Maurern stehen heute bereits 1500 Umlerner gegenüber, deren Zahl bis zum Ende des Jahres um weitere 1000 auf 2500 erhöht werden soll. Die Ausbildung geschieht in 7 Lehrbauhöfen, 5 Lehrwerkstätten für das Baunebengewerbe und auf 10 öffentlichen Lehrbaustellen. Die Einrichtung von weiteren 3 Lehrbauhöfen ist im Gange.

Grundlegend für alle vorgenannte Arbeit ist die Tätigkeit in den **Planungsämtern.** Neben den Hauptämtern bestehen die Planungsämter in den Bezirken und die Einrichtung der Bezirksarchitekten. Ihre Arbeit wird sein, die durch die Kriegseinwirkungen geschaffenen

Stadtteile, die Grundlage der neuen Planung sein werden, abzurunden, zu entflechten und zum gewerblichen Raum, zu den Schulen und Krankenhäusern usw. neu in Beziehung zu setzen. Zunächst wird durch Strukturforschungen die Grundlage für diese Arbeit geschaffen, um so auch zur Bildung einer neuen Stadtmitte Stellung nehmen zu können. Der Herauslösung Berlins aus der Isolierung und einer neuen Verknüpfung von Stadt und Land dient — in Zusammenarbeit mit der Provinzialverwaltung — ein Struktur-Forschungsinstitut, das der Technischen Hochschule angegliedert ist.

Von den Planungsämtern ist das **Amt für Grünplanung** das Amt, dessen Tätigkeit schon heute sichtbar wird. Es gab bisher 75 Millionen Quadratmeter Grünflächen, die mit der fortschreitenden Enttrümmerung erheblich an Umfang zunehmen werden. Rund 7,5 Millionen Quadratmeter Grünflächen befinden sich zur Zeit in der Umformung, sie werden teils für den Hackfrucht- und Gemüseanbau vorbereitet, teils werden Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten getätigt. Nach Möglichkeit werden auf allen geeigneten Freiflächen Gemüsekulturen errichtet. Wissenschaftliche Untersuchungen und Versuche über die Bepflanzung von Schuttmassen sind im Gange; desgleichen Untersuchungen über die Verwendung von Müll und Abwässern in Erdbereitungsanlagen.

Die **Vermessungsämter** der Stadt sind zur Aufstellung der Schadenspläne von Berlin mit herangezogen. Zur Zeit werden die Katasterämter, die bisher als Organisationen neben den Vermessungsämtern standen, in die städtischen Vermessungsämter eingegliedert.

Zur Tätigkeit der **Ämter für das Bauordnungswesen** ist zu sagen, daß sich neben den täglichen Aufgaben auf Grund der völlig veränderten Struktur Berlins die Notwendigkeit ergibt, umfangreiche Änderungen im Bauordnungswesen, am Bau- und Bodenrecht vorzubereiten, die der neuen Möglichkeit der Planung und Durchführung die gesetzliche Grundlage geben.

Viele Arbeitsgebiete konnten nur kurz gestreift, andere mußten ganz außer acht gelassen werden, aber ich glaube, daß der angedeutete Umfang der Arbeiten Beweis genug dafür ist, daß diese Arbeit nur durch den vorbehaltlosen und über das übliche Zeitmaß hinausgehenden Einsatz aller Mitarbeiter bewirkt werden konnte.

Der Leiter der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen
Prof. **Hans Scharoun,** Stadtrat

Bericht der Abteilung für Volksbildung

Die Abteilung für Volksbildung stand von Anfang an vor besonders schwierigen Aufgaben. Die militärische Vernichtung des Nazismus durch die alliierten Armeen bedeutete noch nicht seine ideologische Ausrottung. Das Gift der Rassenhetze, des preußisch-deutschen Militarismus und der imperialistischen Raubideologie



Otto Winzer, Stadtrat
Leiter der Abteilung für Volksbildung

mußte in den Köpfen breiter Schichten des Volkes noch nachwirken. Das geistige Trümmerfeld ließ sich nicht einfach wegräumen, nicht einfach reparieren. Hier handelt es sich nicht nur um einen Wiederaufbau, sondern einen Neuaufbau des geistigen und kulturellen Lebens unseres Volkes. Es geht um die geistige Erneuerung unseres Volkes. Die Aufgabe ist so umfassend und schwierig, daß sie Jahre, vielleicht auch Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Sie umfaßt die S c h u l e n ebenso wie die U n i v e r s i t ä t e n, die T h e a t e r

und Kinos ebenso wie die Museen und Bibliotheken, die Presse ebenso wie die Leihbüchereien, die Chöre und Laienspieler ebenso wie die Sportler und die Jugend. Alle diese Arbeitsgebiete fanden ihre Vereinigung in der Abteilung für Volksbildung. Hier sollte und mußte der Versuch gemacht werden, alle geistigen Kräfte unserer Berliner Bevölkerung zusammenzufassen, um sie einzuordnen in das große, schwierige Werk der demokratischen Erneuerung Deutschlands. Das bestimmte den Umfang und den Inhalt der Arbeit der Abteilung für Volksbildung.

Über das Berliner Schulwesen

Es konnte gar nicht anders sein, als daß die erste und hauptsächliche Sorge dem Berliner Schulwesen galt. So maßlos die Verbrechen des Nazismus am deutschen Volke und der Welt auch sind, das größte und schlimmste hat er doch an der deutschen Jugend begangen. Die Schulen hatte er zu Drillanstalten des Menschenhasses und Militarismus gemacht. Vom Ungeist des Rassenhasses, des Chauvinismus und der Kriegshetze waren alle Schulbücher und das Anschauungsmaterial, die Lehrpläne und ein großer Teil des Lehrkörpers durchsetzt, und zu dem geistigen Verfall war noch die Zerstörung der Gebäude, ihrer Einrichtungen und des Lehrmaterials hinzugekommen. Sämtliche Personalakten, Karteien und sonstigen Unterlagen waren vernichtet. Von 649 Berliner Schulen waren 149 völlig zerstört, 127 so schwer beschädigt, daß sie auf lange Zeit ausfallen, 81 waren durch Krankenhäuser, Lazarette, Verwaltungsstellen usw. besetzt und der Rest von 292 auch noch beschädigt und verwüstet. So war der Zustand, als im Mai die ersten Verwaltungsbezirke den Schulbetrieb wieder aufnahmen. Damals gab es kein einziges Schulgebäude, das winterfest genannt werden konnte. In Klassenräumen, die allen Unbilden der Witterung offenstanden, ohne Lehrbücher, ohne Lehrpläne, ohne Anschauungsmaterial, so begann, inmitten der Trümmer, der erste behelfsmäßige Schulbetrieb, der mit dem Aufräumen und Großreinemachen anfangen mußte. Mit den Hitlerbildern und Naziemblemen mußten auch die Nazis selbst aus den Schulen verschwinden. Rund 2500 Nazilehrer wurden nicht wiedereingestellt oder entlassen.

Weniger noch als auf anderen Gebieten aber war es hier mit dem Aufräumen und der Säuberung getan. Neben der Erledigung der dringendsten Verwaltungsaufgaben mußten von Anfang an die Grundrisse eines neuen demokratischen deutschen Schulwesens klargestellt und schon die ersten Maßnahmen nach ihnen bestimmt werden. Diese Aufgabe war um so schwieriger, da die Zerstörungen sich immer katastrophaler bemerkbar machten. Als am 11. Juni der Magistrat „Vorläufige Richtlinien für die Wiedereröffnung des

Schulwesens" annahm, waren von den Schulen etwa 128 000 Kinder und Jugendliche erfaßt. Diese Zahl stieg im August auf 234 000, im September auf 260 000 und hat jetzt 317 000 erreicht. Ende August, Anfang September aber standen erst 1300 Räume für etwa 90 000 Schüler zur Verfügung. Damals schlug die Abteilung für Volksbildung Alarm. Heute kann zur Ehre mancher Bezirks-



Karl Schulze
Vierter stellv. Oberbürgermeister
Leiter des Hauptschulamtes

verwaltung, Hunderter von Schulleitern und Lehrern, zahlloser Schüler und Eltern gesagt werden: Dieser Alarmruf ist nicht ungehört verhallt. In aufopfernder Arbeit wurden mit den primitivsten Mitteln Schulen hergerichtet, und heute kann ich melden, daß 4278 Räume für 273 984 Schüler so weit winterfest sind, daß bei Versorgung mit dem erforderlichen Heizmaterial der Unterricht im Winter für die Hauptmasse der Berliner Kinder, nämlich für 86 % gesichert ist. Die Fürsorge der Besatzungsbehörden, die für die gesamte Schuljugend die Lebensmittelration auf 1550 Kalorien täglich heraufgesetzt haben, hat es ermöglicht, noch einen weiteren großen Schritt zur Sicherung unserer Kinder im Winter zu tun. Seit dem 19. November erhalten die meisten der Berliner Kinder zusätzlich zu ihrer bisherigen Lebensmittelration täglich eine warme Mahlzeit in der Schule. Winterfeste Räume und

verbesserte Ernährung werden unseren Kindern die Kraft geben, das geplante Lehrprogramm auch wirklich aufzunehmen.

Die neuen Lehrpläne liegen jetzt fertig vor und werden gerade in diesen Tagen als ziemlich umfangreiches Buch in Druck gehen. Sie bauen auf die Lehrpläne der Weimarer Republik auf, enthalten aber wesentliche Änderungen, die nicht nur die Ausmerzung aller militaristischen und chauvinistischen Gedanken bezwecken, sondern durch die Hebung des Niveaus der Volksschule auch die künftige große Schulreform anbahnen sollen. In dieser Richtung liegt die Einführung einer Fremdsprache ab der 5. Klasse sowie von Geometrie, Algebra und Physik in den höheren Klassen. So erfolgt eine erste Abstimmung der Volks- und Höheren Schulen aufeinander, die künftig jedem wirklich befähigten Sohn unseres Volkes den Weg zu den Hochschulen erschließen soll.

Aber Lehrpläne sind nichts ohne Lehrbücher. Auch hier halfen in dankenswerter Weise die Besatzungsbehörden. Vom Berliner Schulamt wurden gute Lehrbücher aus der Weimarer Zeit durchgesehen, militaristische Elemente und hohenzollernsche Geschichtsklittereien daraus entfernt und durch zeitgemäße Stoffe ersetzt. Diese und andere Lehrbücher wurden von der Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Zone in Leipzig gedruckt und bis jetzt in 300 000 Exemplaren nach Berlin geliefert. Von der amerikanischen Besatzungsbehörde wurden 15 000 aus der Weimarer Zeit nachgedruckte Naturkundebücher geliefert. Jedenfalls wird die Volksschule in Kürze ausreichend mit Lehrbüchern versehen sein, während bei den Höheren Schulen noch größere Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Ein schwieriges Problem bildet nach wie vor die Lehrerfrage. Während vor dem Kriege 450 000 Kinder von rund 14 000 Lehrern unterrichtet wurden, stehen heute für rund 320 000 Kinder nur 6617 Lehrer zur Verfügung. Von ihnen sind 1500 Neulehrer, d. h. Antifaschisten, die in sich die Berufung zum Erzieher fühlen und sich in diesen schweren Wochen und Monaten in den Dienst des Neuaufbaues des Schulwesens gestellt haben. Von ihnen sind nicht weniger als 70 % Frauen. Ihnen allen mußte neben der praktischen Tätigkeit in der Schule in besonderen Kursen das nötige pädagogische und methodische Rüstzeug vermittelt werden. In der ersten Zeit war diese Ausbildung in den 20 Berliner Verwaltungsbezirken sehr unterschiedlich, jetzt aber ist durch das Hauptschulamt eine einheitliche Stundenverteilung erwirkt, und einheitliche Lehrpläne werden vorbereitet. Ein Mitteilungsblatt, das in kurzer Zeit herauskommen wird, soll diese Arbeit weiter vereinheitlichen und vor allem dem gegenseitigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch der Neulehrer dienen. Ihre Zahl muß noch weiter erhöht werden. Das vom Magistrat beschlossene „Pädagogische Institut" wird als erste dringende Aufgabe die Ausbildung von

weiteren 500 Neulehrern aufnehmen müssen. Aber auch die Vorbereitung der ordentlichen Lehrerausbildung ist in vollem Gange und wird im ersten Quartal 1946 aufgenommen werden können.

Über das Berufsschulwesen

Besondere Aufgaben ergeben sich aus den maßlosen Zerstörungen und den tiefgehenden strukturellen Veränderungen des deutschen Wirtschaftslebens auch für das gesamte Berufs- und Fachschulwesen. Im Vordergrund stand in den vergangenen sechs Monaten die Umschulung vom Metall- zum Baugewerbe. Ganz neue Wege geht das Schulamt mit der Schaffung von Siedlerschulen, die im Zusammenhang mit der Bodenreform besondere Bedeutung gewinnen. Solche Schulen sind in Köpenick, Neukölln, Zehlendorf, Spandau, Pichelsberge, Pankow, Borsigwalde und Weißensee im Aufbau.

Die Deformation von Industrie und Handwerk durch die nazistische Kriegs- und Zwangswirtschaft, die Zerstörungen und das Daniederliegen der Wirtschaft lassen gegenwärtig fast keine geordnete Lehrlingausbildung zu. So hat das Berufsschulamt seine Aufmerksamkeit dem Aufbau von Lehrwerkstätten für Industrie und Handwerk zugewandt und begonnen, Berufsschulen in diesem Sinne aus- und umzugestalten.

Obwohl es nicht unmittelbar zu den Aufgaben des Schulamtes gehört, hat dieses sich doch in Zusammenarbeit mit dem Hauptversicherungsamt der Versehrtenausbildung angenommen. Musterwerkstätten befinden sich in Neukölln und Niederschönhausen. Lehrgänge finden in Handelsschulen, Berufsschulen und Bastelwerkstätten statt.

Zu diesen vielseitigen Arbeitsgebieten kommt noch die sozialpädagogische Abteilung, die Wirtschafts- und Haushaltsabteilung, die statistische Abteilung, die Landesbildstelle. Obwohl also die Arbeitslast des Hauptschulamtes so groß ist wie nie zuvor, obwohl es ganz neue Aufgaben zu lösen hat, umfaßt es heute doch nur 62 Personen, die in denkbar engsten Räumen mit vorbildlicher Hingabe arbeiten. Setzt man in Vergleich dazu, daß das Hauptschulamt 1939 nicht weniger als 280 Mitarbeiter hatte, so kann man ermessen, welche Leistung hier vollbracht wurde. Sie verdient den Dank und die Anerkennung der ganzen Berliner Bevölkerung.

Wissenschaft und Hochschulen

Das nächste große Arbeitsgebiet der Abteilung für Volksbildung, von dem hier zu sprechen wäre, ist die Abteilung Wissenschaft und Hochschulen. Ihre Arbeiten gehörten früher nicht zu den Aufgaben des Magistrats. Der Zusammenbruch des Reiches und der Länder brachte es mit sich, daß die Stadt

Berlin, sollten nicht unersetzliche Werte unwiederbringlich verlorengehen, auch die Universität, die Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungsinstitute unter ihre Obhut nahm. Die erste Aufgabe bestand in einer Bestandsaufnahme, die Hand in Hand mit den ersten Vorarbeiten für eine künftige Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit an den Hochschulen und der wissenschaftlichen Forschung ging. Diese Arbeit wurde einem Leitenden Ausschuß für Wissenschaften beim Magistrat übertragen, der aus führenden Professoren und Mitarbeitern der Abteilung für Volksbildung gebildet wurde. In den Haushaltsplänen des Magistrats wurden die Ausgaben für die Universität und 15 weitere Hochschulen und Forschungsanstalten für die Zeit von Juni bis Dezember mit mehr als 7½ Millionen Reichsmark veranschlagt.

Durch diese Unterstützung wurde es möglich, daß die Hochschule für bildende Künste schon in den Sommermonaten und die Musikhochschulen im Herbst eröffnet werden konnten. Schwieriger ist die Situation bei der Universität, der Technischen Hochschule und der Wirtschaftshochschule, und das nicht nur, weil hier in höherem Maße die Gebäude, Einrichtungen und Laboratorien zerstört sind, sondern auch, weil endlich einmal die Hochschulen aufhören müssen, Herde der Reaktion, zu sein. Die erste Voraussetzung dafür war eine Säuberung der Professoren wie der Studentenschaft von allen Nazis. Dafür ist durch die Tätigkeit des Leitenden Ausschusses eine große Vorarbeit geleistet, die zugleich Vorarbeit für die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes war.

Neue Kräfte aus der deutschen Intelligenz sind schon herangezogen und werden noch weiter hinzutreten. Die Demokratisierung des Hochschulwesens heißt, die Hochschulen den Befähigten und Erprobten aus allen Schichten der Bevölkerung zu erschließen. Darum wurde schon jetzt der Zugang zum Studium einer Reform unterzogen. Für diese neuen Studenten werden Förder- und Vorkurse im Rahmen der Universität geschaffen. Zur Unterstützung aller notleidenden Studenten hat der Magistrat schon vor einiger Zeit 250 000 RM bewilligt und einen Sozialausschuß geschaffen, der darüber zu entscheiden haben wird, wer Mittel für das Studium erhalten soll.

Zu erwähnen wäre hierbei, daß auch die wissenschaftlichen Bibliotheken durch die Stadt betreut werden mußten. Zieht man in Betracht, daß sich gerade hier die Verheerung durch den Hitlerwahnsinn besonders katastrophal auswirkte, so verdient hervorgehoben zu werden, daß die Bergungsstelle der Büchereiabteilung in den vergangenen Monaten mehr als eine Million Bücher aus Trümmern und Kellern sowie herrenlosen Bibliotheken geborgen hat, die schon teilweise den

Bibliotheken zugeführt wurden. So wurde es möglich, die Ratsbibliothek wieder zu einer modernen Verwaltungsbibliothek mit rund 300 000 Bänden auszubauen.

Über Volkshochschulen

Völlig neue Wege gingen nach dem Zusammenbruch die Volkshochschulen. Sie wurden in den Verwaltungsbezirken aufgebaut und bei der Abteilung für Volksbildung in einem besonderen Referat „Volkshochschulen" zusammengefaßt. Heute sind in 19 Verwaltungsbezirken 23 Volkshochschulen tätig. Sie haben 26 000 Hörer aus allen Bevölkerungsschichten, wovon mehr als die Hälfte Frauen sind. Die Volkshochschulkurse umfassen wissenschaftliche, künstlerische, fachliche und aktuelle politische Themen. Sie sind schon heute und müssen immer mehr Pflanzstätten einer fortschrittlichen demokratischen Ideologie werden. Für die nächste Zeit ist die Schaffung einer zentralen Berliner Volkshochschule geplant, die zu einer Musterschule werden muß.

Volksbüchereien

Aus der wichtigen Arbeit der Volksbücherei-Abteilung, die an und für sich eine eingehendere Würdigung verdiente, seien nur einige Zahlen erwähnt: Von den 106 Volksbüchereien, die 1939 über 900 000 Bände verfügten, ist eine beträchtliche Zahl ausgebombt oder ausgebrannt. Der verbleibende Rest war aber auch noch stark mit faschistischen und militaristischen Büchern durchsetzt. Bis jetzt wurden in 19 Verwaltungsbezirken 137 799 faschistische Bücher ausgeschieden. Ausleihbar sind heute in 51 Bibliotheken schon wieder rund 426 000 Bücher. Bei weiteren 26 Bibliotheken ist die Überprüfung noch nicht abgeschlossen, während noch weitere 16 sich im Aufbau befinden.

Museen und Sammlungen

Die Gebäude der Berliner Museen waren größtenteils zerstört oder aufs schwerste beschädigt. Ein großer Teil der Kunstgüter und Museumswerte war bei den Bombenangriffen zugrunde gegangen. Noch in den letzten Tagen hat sich die SS zum Teil gerade in den Museen festgesetzt und dadurch zu weiteren Zerstörungen Anlaß gegeben. Der Magistrat der Stadt Berlin mußte sich also auch der Museen annehmen, die früher zum größten Teil unter staatlicher Verwaltung standen. Die erste Aufgabe war, zu sichern, was noch erhalten geblieben war. Aus Schutt, Trümmern und Asche mußten kostbare Museumswerte gerettet werden. Der Grad der Zerstörungen ist so groß, daß bisher nur das Zoologische Museum wieder eröffnet werden konnte. Die Arbeiten an den anderen Museen sind so weit vorgeschritten, daß die vorläufigen Museumsleitungen planen können, im kommenden Frühjahr mehr oder weniger umfangreiche

Schausammlungen dem Publikum wieder zugänglich zu machen. Auch bei der Abteilung Museen und Sammlungen gibt es eine Zentralstelle zur Erfassung und Pflege von Kunstwerken, die aus Nazibesitz, aus Trümmern, Schutt und Asche schon gewaltige Werte gerettet hat.

Theater, Film, Musik

Von den Kulturstätten in öffentlicher Hand waren im Mai 1945 19 Theater und Konzertsäle, darunter die Philharmonie, völlig und 13 teilweise zerstört. Inmitten dieser Ruinen mußte die Neugestaltung des Berliner Kunstlebens erfolgen. Dabei war sich die Abteilung für Volksbildung von vornherein darüber klar, daß die Erneuerung der Kunst nicht befohlen, kommandiert oder von oben her ausgerichtet werden konnte. Die Erneuerung der deutschen Kunst muß das Werk der Künstler selbst sein. In Übereinstimmung mit den Besatzungsbehörden schuf darum der Magistrat als Organ der Sammlung der Berliner Künstler und für den Neuaufbau des Kunstlebens die Kammer der Kunstschaffenden. Unter dankenswerter Förderung der Besatzungsbehörden und mit aktiver Hilfe der Künstler gelang es, eine Reihe der führenden Theater Berlins wieder zu eröffnen.

Unter der Verwaltung des Magistrats stehen heute die Staatsoper, Max Reinhardts Deutsches Theater, das Hebbel-Theater, die Städtische Oper und das Metropol-Theater. Der Spielplan dieser Theater ist bis jetzt gekennzeichnet durch eine gesunde Mischung des klassischen Erbes der deutschen und der Weltliteratur mit zeitgenössischen Stücken. Das große Problem besteht gegenwärtig darin, wie die wenigen Theater den kulturellen Bedürfnissen der Berliner Bevölkerung gerecht werden sollen. Der Ausweg besteht einerseits in der Förderung der gesunden Theaterunternehmen in den Verwaltungsbezirken und in Gastspielen der führenden Theater in den Außenbezirken. Dafür sind alle Vorbereitungen getroffen und werden schon in diesen Tagen verwirklicht. Es ist fernerhin die Absicht des Magistrats, allen Werktätigen, die sich in der Wiederaufbauarbeit besonders auszeichnen, auch den Zugang zu den besten Kulturstätten der Stadt zu öffnen. Diese Aufgabe wird in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gelöst werden müssen.

Aber neben diesen gesunden Ansätzen, vom Kitsch und der parteipolitischen faschistischen Verkrüppelung des Kunstlebens zu den wirklichen Kulturwerten zurückzufinden, gibt es leider auch unerfreuliche Erscheinungen. Beim Theaterdezernat der Abteilung für Volksbildung liegen nicht weniger als 1000 Anträge auf Zulassungen konzessionspflichtiger Unternehmungen vor. Davon entfallen auf Theater, Varieté und Kabarett rund 400, auf Bühnen- und Artistenvermittlung rund 75 und Konzertdirektionen 25. Es ist

ganz offenkundig, daß es sich hier zum Teil um Konjunkturritter handelt, die Kräfte und Mittel für plattesten Unterhaltungskitsch in Anspruch nehmen, die für wichtigere Wiederaufbauarbeiten dringender gebraucht werden. In der Abwehr dieser Unterhaltungsinflation kommt man mit behördlichen Maßnahmen allein nicht zu Rande, und der Magistrat rechnet hier nicht nur auf die Unterstützung durch die öffentliche Kritik der Presse, sondern auch durch die Berliner Bevölkerung, deren gesundes Gefühl sie vor diesem Unterhaltungskitsch fernhalten sollte. Damit soll allerdings durchaus nicht gesagt werden, daß es nicht auch künstlerisch einwandfreie Varietés und Kabaretts von hohem Niveau in Berlin gäbe.

Was die Lichtspiel-Theater betrifft, so waren nach dem Stand vom 6. November in Berlin etwa 170 Lichtspiel-Theater in Tätigkeit, während es früher einmal 400 waren. Um den Wiederaufbau und die Neueinrichtung der Lichtspiel-Theater haben sich besonders die Bezirksverwaltungen große Verdienste erworben.

Der Berliner Sport

Zum Tätigkeitsbericht des Volksbildungsamtes gehört auch der Sport. Die Tätigkeit der alten Sportvereine ist durch die Befehle der Besatzungsbehörden verboten. Es liegt aber durchaus im Sinne der Besatzungsbehörden, daß die Berliner Bevölkerung einen gesunden, von militaristischen und faschistischen Einflüssen freien Sport betreibt. Dieser neue Volkssport wird durch die Sportausschüsse bei den Volksbildungsämtern und das Zentrale Sportamt organisiert. Aber um überhaupt Sport betreiben zu können, mußte erst einmal eine große Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeit geleistet werden. Von 416 Berliner Turnhallen waren 301 völlig bzw. teilweise zerstört. Sie konnten nur durch aufopferungsvolle Arbeit der antifaschistischen Sportler und insbesondere der Jugend so weit wiederhergestellt werden, daß sie für den Übungsbetrieb wieder benutzbar sind. Ähnlich war es mit den Sportplätzen, die von Splitter- und Verteidigungsgräben durchzogen und mit Kriegsmaterial übersät waren. Vorwiegend durch den Einsatz Jugendlicher ist es gelungen, von 151 Sportplätzen 111 bereits wieder in Betrieb zu nehmen. Von 12 Schwimmhallen konnten bis jetzt nur 3 dem Sportbetrieb wieder übergeben werden. Das Ziel unserer Arbeit ist, einen einheitlichen, freien deutschen Volkssport zu schaffen, und obwohl ein Teil der früheren Vereinsanhänger noch abwartend beiseite steht, wurden doch schon in dieser Richtung große Fortschritte gemacht. Das zeigt die Zahl von 25 000 aktiven Sportlern in Berlin, die sich auf 29 verschiedene Sportarten verteilen. Es gibt bei den Fußballern schon wieder Kämpfe um die Berliner Stadtmeisterschaft, und auch im Handball und Hockey werden jeden Sonntag Serienkämpfe ausgetragen.

Jugendausschüsse

Stand am Anfang des Berichtes über die Volksbildungsarbeit das Schulwesen, so sollen am Schluß die Jugendausschüsse stehen. Die Jugendausschüsse stehen vor einer gewaltigen Aufgabe. Sie sollen den jungen Menschen, die häufig nichts anderes als faschistische Schule, Hitlerjugend und militärischen Drill kennengelernt haben, helfen, endlich freie, aufrechte Menschen zu werden. Dazu kommt, daß gerade die Jahrgänge von 18 bis 21 Jahren, die in einer freien Jugendbewegung stets den besten und aktivsten Teil darstellen, heute unter der männlichen Jugend fast nicht vorhanden sind. In Tempelhof entfallen auf 10 Mädels im Alter von 18 bis 21 Jahren nur ein Junge des gleichen Alters. So stellten sich der Arbeit der Jugendausschüsse anfänglich große Schwierigkeiten entgegen. Sie sind auch heute noch nicht überwunden, aber es sind doch anerkennenswerte Erfolge erzielt. Heute gibt es in Berlin fast 200 Heime mit Bibliotheken, Musik- und Spielzimmern und Aufenthaltsräumen. Neukölln allein hat 14 solcher Heime, während die anderen Bezirke fast alle in jedem Abschnitt ein mehr oder weniger gut ausgestattetes Heim aufweisen. 8000 Jugendliche fühlen sich hier heimisch und nehmen aktiv an der Arbeit teil. Durch die Veranstaltungen der Jugendausschüsse, die meist durch eigene Kräfte, durch eigene Orchester und Kapellen oder Laienspielgruppen bestritten werden, finden monatlich bis zu 80 000 Jugendliche Unterhaltung und Abwechslung. Der beste Teil der Jugend zeigt auch in ernster Arbeit seinen Willen, am Wiederaufbau Berlins teilzunehmen. Die Aktion zur Winterfestmachung der Wohnungen und öffentlichen Gebäude, insbesondere der Schulen und Krankenhäuser, fand lebhaften Widerhall bei der Jugend. Im Bezirk Prenzlauer Berg zum Beispiel wurden in Sondereinsätzen Krankenhäuser winterfest gemacht, während sich in anderen Bezirken diese Arbeiten auf die Heime und Schulen konzentrieren. Auch in den Näh- und Bastelstuben für die Aktion „Rettet die Kinder" ist die Jugend bestens vertreten. Daneben befassen sich auch die Jugendausschüsse selbst mit der Herstellung von Hausgeräten aus Holz, mit der Herstellung oder Reparatur von Schuhen, der Ausführung von Tischlerarbeiten usw. Nach den Meldungen des Hauptjugendausschusses sind heute ungefähr 10 000 Jugendliche in geschlossenen Räumen für diese Hilfsaktion tätig. Hoffen wir, daß diese guten Ansätze sich unter der Leitung des Hauptjugendausschusses bei der Abteilung für Volksbildung weiter erfolgreich entwickeln. Die Kinder und die Jugend müssen nun einmal auf allen Gebieten der Volksbildungstätigkeit am Anfang und am Ende all unserer Sorgen und Bemühungen stehen.

Der Leiter der Abteilung für Volksbildung
Otto Winzer, Stadtrat

Bericht der Abteilung für Wirtschaft

Solange es Menschen gibt, muß es eine Wirtschaft geben, und es ist jedenfalls nicht gelungen, den Fleiß und den Unternehmungsgeist der Berliner Bevölkerung, mit der wir es hier zu tun haben, zu vernichten. Diese schon sprichwörtlich gewordenen Eigenschaften haben es bewirkt, daß man jetzt, nach einem halben Jahr des Wiederaufbaus, mit Recht behaupten kann: Die Berliner Wirtschaft ist am Leben!



Dr. **Hermann Landwehr,** Stadtrat
Leiter der Abteilung für Wirtschaft

Als Bestandteil der von Marschall Shukow gewährten Selbstverwaltung der Stadt Berlin wurde Mitte Mai 1945 die Abteilung für Wirtschaft beim Magistrat der Stadt Berlin errichtet.

Die Sachaufgaben der Abteilung für Wirtschaft liegen auf dem Gebiet der Industrie; hierunter sind die überwiegend auf Maschinen-

arbeit eingerichteten größeren gewerblichen Erzeugungsbetriebe zu verstehen. Dagegen gehört das Handwerk, d. h. die überwiegend für Handarbeit eingerichteten kleineren Erzeugungsbetriebe der gewerblichen Wirtschaft, zum Aufgabenbereich der Abteilung für Handel und Handwerk. Die Betreuung und Beaufsichtigung solcher Erzeugungsbetriebe, die sich mit der Herstellung von Nahrungsmitteln befassen, fällt in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung für Ernährung (z. B. Brotfabriken, Mühlenwerke, Fleischwarenfabriken, Brauereien u. dgl.). Der Abteilung für Wirtschaft ist die Berliner Zentrale Kohlenorganisation nebst dem Beauftragten für die Brennholzbeschaffung angegliedert.

In den ersten Tagen nach dem Aufhören der Kampfhandlungen konnte naturgemäß nur an Reinigen, Aufräumen, Säubern und Enttrümmern gedacht werden; von Produktion war nicht die Rede. Doch schon sehr bald machte sich das Bestreben zu produzieren bemerkbar, zugleich mit dem Auftreten einer wachsenden Nachfrage und dem Verlangen zu konsumieren. Die Berliner Arbeiterschaft zeigte sich neben den in Berlin gebliebenen Unternehmern im besten Sinne des Wortes den vor ihr liegenden schwierigen Aufgaben gewachsen. In jedem Betrieb hatten sich sofort nach Beendigung der Kampfhandlungen die aufbauwilligen Kräfte in frischem Wagemut zusammengefunden; sie übernahmen nach notdürftiger Instandsetzung des Betriebes zunächst die in reichlichem Ausmaß gefragten Reparaturarbeiten. Damit dienten sie nicht nur einer wirtschaftlichen Notwendigkeit, sondern die Betriebe schafften sich auch auf diese Weise Mittel, um an die Lösung neuer Aufgaben heranzutreten. Dann ging eine Reihe von Betrieben dazu über, dringend benötigte Bedarfsgüter aller Art zu erzeugen. Hierbei zeigten sich viele schöne Beispiele echter Gemeinschaftsarbeit zum Wohle des Ganzen. Die Entlohnungsfragen traten in den Hintergrund. Man schaffte, um wichtige Bedarfsgüter zu fertigen. Die Findigkeit, die Überreste der Kriegsproduktion zu notwendigen und nützlichen Waren des Bedarfs der Bevölkerung umzuarbeiten, zeigte erstaunliche Ergebnisse; sie ist ein schönes Zeugnis dafür, daß Schaffensfreude und Erfinderwille der Berliner vom Naziregime nicht vernichtet werden konnten, daß der Moloch Kriegsproduktion die freie Schaffenskraft nicht erdrückt hat.

Eine Ende Juli durchgeführte Prüfung ergab, daß bereits über 600 Industriebetriebe in Berlin ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten. Das nachfolgende Zahlenbild zeigt das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen; eine stetig steigende Zahl von Industriebetrieben wurde wieder tätig. Es arbeiteten in der Berliner Wirtschaft (Stand zum Monatsende):

Produktionsgruppen	August 1945	September 1945	Oktober 1945
Eisenerzeugung und -verarbeitung	163	469	477
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	240	255	267
Chemische, pharmazeutische und kosmetische Industrie, Düngemittel und Mineralöle . .	165	260	315
Steine und Erden, Bauunternehmen, Bauhilfsbetriebe	800	900	1000
Holzverarbeitende Industrie, Sägewerke, Möbelherstellung, Holzwaren	200	200	215
Keramische Industrie	1	1	2
Tabakverarbeitende Betriebe	4	4	4
Papierverarbeitung, Verpackung	227	244	278
Druckereien	162	213	286
Bekleidung, Wäsche, Textilien	435	479	500
Schuhe, Leder, technische Lederwaren . . .	75	84	98
Arbeitende Betriebe insgesamt	2472	3109	3437

Diese Zahlen dürfen natürlich nicht so verstanden werden, als wäre nunmehr eine Produktion in Angriff genommen worden, die nach den sonst üblichen Maßstäben gemessen und nach den herkömmlichen Begriffen erfaßt werden kann. Zwar lassen sie deutlich erkennen, welch großer Fortschritt im Produktionssektor seit dem völligen Aufhören jeder Produktion im Mai gemacht wurde, jedoch mußten in vielen Fällen Notprogramme an die Stelle der gewohnten Produktion treten. Hierbei konnte sich die Verantwortungsfreudigkeit der Berliner Arbeiterschaft und der örtlichen Wirtschaftsstellen besonders bewähren.

Die Ergebnisse der vereinten Bemühungen wurden in einer Reihe von bezirklichen Ausstellungen in Weißensee, Spandau, Friedrichshain, Reinickendorf, Lichtenberg, Wedding u. a. der Öffentlichkeit vorgeführt. Man fertigt Gegenstände für den dringendsten unmittelbaren Bedarf der Bevölkerung: Haushalts- und Küchengeräte, wie Töpfe, Pfannen, Eimer u. dgl., weiter einfache Stahlmöbel, Handwagen, Bettstellen, Baubeschläge; ferner unentbehrliche landwirtschaftliche Geräte, wie Hacken, Schaufeln, Gabeln, Eggen, Sensen, Sägen, einfache Pumpen u. dgl. Die Bodenreform wirkte hier anregend; die Berliner Industrie, die bisher kaum landwirtschaftliche Geräte und Maschinen fertigte, hat mit den Vertretern der Landwirtschaft der Provinz Brandenburg Fühlung genommen und stellt ihre tatkräftige Mithilfe bei diesem großen Werk dadurch unter Beweis, daß sie von den Vertretern der Landwirtschaft bereits Aufträge im Betrage von rund 450 000 RM zur Fertigung hereingenommen hat und auf neue Aufträge aller Art wartet, um sie im engsten Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Sachverständigen zu fertigen.

Bei alledem durfte niemals das Ziel aus den Augen verloren werden, die Betriebe möglichst auf diejenige Erzeugung hinzulenken, zu der sie ihrem Wesen nach bestimmt sind, so daß die genannten Erzeugnisse im Rahmen eines Notprogramms als Ausgleich der dringendsten Bedarfslücke zu betrachten sind. Inzwischen sind viele Unternehmungen zu ihren eigentlichen Produktionsprogrammen zurückgekehrt. Das gilt für den Eisenbahn-Wagenbau, die Fahrzeugindustrie, den Werkzeug-Maschinenbau, die Baumaschinenherstellung in gleicher Weise wie für die pharmazeutische Industrie, die chemische Industrie und die holzverarbeitende Industrie.

Eine solche Umstellung muß planvoll gehandhabt werden. Sie hat zur Voraussetzung, daß an einer Stelle die Nöte und Schwierigkeiten der Wirtschaft richtig erkannt und die Maßnahmen zu ihrer Behebung ermittelt werden. Das war eine vordringliche Aufgabe der Abteilung für Wirtschaft. Durch viele Einzelermittlungen in den Betrieben, bei denen die Wirtschaftsdezernate der Bezirksämter tatkräftig mitwirkten, und durch Auswertung der festgestellten Tatbestände (Maschinenausstattung, Gebäudezustand, Energiebezug, vorhandene Arbeitskräfte usw.) wurde das Bild der noch existierenden Wirtschaftskräfte mosaikartig zusammengesetzt. Maßnahmen zu einem zweckvollen Maschinenausgleich der Betriebe sind im Gange. Die hier auftretenden Rechtsfragen müssen einer späteren Zeit zur Lösung vorbehalten bleiben; jetzt heißt es zunächst, möglichst schnell die aufbauwilligen Betriebe in Gang zu setzen. Die Gewerkschaften arbeiten bei allen Fragen der Produktionsgestaltung und -lenkung maßgebend mit; jedem Unternehmer wird dringend ans Herz gelegt, den Betriebsrat und die fähigsten Mitglieder seiner Belegschaft an allen Fragen seines Betriebes mitwirken zu lassen, weil eine solche Gemeinschaftsarbeit die besten Erfolge zeitigen wird. Die Abteilung für Wirtschaft zieht ferner aus den Kreisen der Unternehmer die aufbaufreudigen Kräfte heran, um in Arbeitsausschüssen für die einzelnen Branchen zusammen mit den Vertretern der Gewerkschaften die vordringlichsten Aufgaben zu beraten und praktische Vorschläge für die Weiterarbeit auszuarbeiten.

Hand in Hand mit diesen Aufgaben der Produktion wurde der Frage der Leitung der Unternehmen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. War es doch unbedingt erforderlich, die alten Wirtschaftsauffassungen, die zum vollständigen Zusammenbruch beigetragen hatten, restlos auszumerzen und deren Vertreter aus den leitenden Stellungen zu entfernen. Die politische Bereinigung der Betriebe von faschistisch eingestellten Inhabern und Leitern wurde weitgehend durchgeführt. Daneben galt es, allen Betrieben, deren Inhaber oder Leiter geflohen waren, wieder eine Führung zu geben. Dies geschah durch Einsetzung von Treuhändern oder kommissarischen Leitern in diese Betriebe. Da hier Gesetze fehlten, wurde als Lösung die

Treuhänderschaft gefunden. Der Treuhänder wird von der ordnungsmäßig durch Befehl der Besatzungsmacht gebildeten Staatsgewalt (Magistrat der Stadt Berlin) auf Grund des bestehenden öffentlichen Notstandes, der für die Staatsgewalt eine Verpflichtung bringt, bestellt; er hat die ihm übertragenen Aufgaben solange treuhänderisch zu führen, bis entweder ein Gesetz diesen Fragenkomplex regelt oder die Staatsgewalt ihn abberuft; er hat genaue Rechnung über seine Tätigkeit zu geben. Auch hier wurde von einer Zentralisierung bewußt abgesehen; die Aufgabe wurde den Bezirksämtern übertragen, weil nur so gewährleistet erscheint, daß die Sachkenntnis der Bezirke zur Geltung kommt und betriebsnahe Entscheidungen getroffen werden. Wenn auch die Überprüfung der Industriebetriebe nach der politischen Seite noch nicht als völlig abgeschlossen betrachtet werden kann, so wird doch dieser Prozeß laufend vorangetrieben.

Die Berliner Industrie ist als reines Verarbeitungszentrum völlig rohstoffabhängig. Diese Tatsache tritt um so stärker in Erscheinung, je mehr die vorhanden gewesenen Materialbestände aufgezehrt oder auf ein Minimum zusammengeschmolzen sind. Dies wird deutlich am Beispiel der Eisen- und Metallwirtschaft. In der Fahrzeugindustrie sind nach dem Zusammenbruch etwa 3% des Werkzeug-Maschinenbestandes übriggeblieben. Von den verschütteten Maschinen konnten in mühseliger Kleinarbeit etwa 25% wieder betriebsfähig gemacht werden. 145 Fahrzeuge wurden bis 1. Oktober aus vorhandenen Teilen neu hergestellt. Nun hängt die weitere Produktion von dem Nachschub an Stahl und Metall ab. Dieses Beispiel gilt mit einigen Abweichungen für fast die gesamte Industrie. Aus diesen Gründen ist man bestrebt, die Ausweichläger der Berliner Betriebe zurückzuführen und der Produktion zuzuleiten.

Dies trifft in ganz besonderem Maße auf die Textilindustrie zu, die ganz ausschließlich auf die Zufuhr der Rohstoffe von außerhalb angewiesen ist. Handelt es sich doch hier immerhin um nahezu 1000 Betriebe, die auch unter den derzeitigen Produktionsverhältnissen infolge ihrer besonderen Struktur (Zwischenmeister) weitgehend arbeitsfähig sind. Unter Einschaltung des Beauftragten für die Bekleidungsindustrie, einer Außenstelle der Abteilung für Wirtschaft, ist es hier gelungen, eine Anzahl großer Aufträge einzubringen und auszuführen.

Wichtig für die Heranbringung der benötigten Rohstoffe ist die Mobilisierung der vorhandenen Verkehrsmöglichkeiten. Neben dem Eisenbahntransport, der durch andere Anforderungen vielfach beansprucht wird, spielt der Kraftverkehr eine bedeutsame Rolle. Es gilt, die bestehenden Treibstofflücken zu schließen. Der Generatorbetrieb und die Treibgasversorgung stehen hier in erster Linie. Sieben Berliner Firmen sind zur Zeit damit beschäftigt, aus vorhandenen Teilen Generatoren zusammenzusetzen. 25 Einbaufirmen sind für den

Umbau der Kraftfahrzeuge eingesetzt. In Kürze sollen monatlich 150 Wagen durch drei Firmen mit Treibgas-Aggregaten versehen werden.

Diese Produktionspläne weisen in die Zukunft. Ihre Verwirklichung stellt eine weitere Hilfe für die Berliner Wirtschaft dar. Was die Gegenwart angeht, so bietet eine Betrachtung der Umsatzentwicklung im August und September 1945 Anhaltspunkte für eine zuversichtliche Prognose. Dafür einige Zahlen:

Monatsumsätze der Berliner Industrie im russischen Sektor

	August 1945 RM	September 1945 RM
Eisen- und Metallindustrie	376 900	469 300
Chemie, Düngemittel, Mineralöl	847 400	1 120 100
Bekleidung, Wäsche Textilien	1 061 000	1 157 000
Tabakverarbeitung	960 800	1 436 600
Übrige Industriezweige	1 821 600	2 334 500
Umsätze insgesamt	5 067 700	6 517 500

Es wird alles darauf ankommen, daß die vorhandenen Ansätze für die Erstarkung der Berliner Wirtschaft künftighin unter dem heißen Bemühen aller Beteiligten sorgsam gepflegt und gefördert werden. Dann wird und muß es gelingen, den empfindsamen Organismus der Wirtschaft, der sich auf den Trümmern des Mai 1945 zu bilden begonnen hat, lebens- und entwicklungsfähig zu halten.

Unmittelbar nach dem Kriegsende übernahm es die Rote Armee, aus dem niederschlesischen Steinkohlenrevier und aus dem Braunkohlengebiet der Niederlausitz Kohle nach Berlin heranzuführen, die so zu verteilen war, daß sie bei den lebenswichtigsten Stellen Einsatz fand. Für diese Aufgabe richtete der Magistrat bei der Abteilung für Wirtschaft die Zentrale Kohlenstelle ein. Zunächst mußte sie sich darauf beschränken, im Wege der Improvisation die Maßnahmen der Roten Armee zu unterstützen; bereits im Juni begann sie, planmäßig die gesamte Kohlenverteilung innerhalb Berlins zu organisieren. Angesichts der bestehenden Verkehrsschwierigkeiten war diese Aufgabe außerordentlich schwierig. Es galt zunächst, den Wiederaufbau des Kohlenhandels schnellstens in die Wege zu leiten, um die wichtigste Grundlage für die transportmäßige Verteilung der Kohle zu schaffen. Die vorhandenen Fahrzeuge mußten instand gesetzt, fehlende Geräte und Handwerkszeuge soweit als möglich beschafft werden. Die notwendigen Arbeitskräfte für das Ausladen der eingehenden Ganzzüge wurden in gemeinsamer Arbeit mit den örtlichen Arbeitsämtern zusammengestellt.

Mit dem Ansteigen des Zulaufs an Kohle nach Berlin im Zusammenhang mit dem Eintreffen der westlichen Besatzungsmächte konnte dann daran gegangen werden, auch der wiederauflebenden Industrie und dem Gewerbe in bescheidenem Maße Kohle zuzuführen. Die

Zentrale Kohlenstelle wurde durch Befehl der Alliierten Kommandantur im September umbenannt und erhielt die Bezeichnung „Berliner Centrale Kohlenorganisation". Gleichzeitig wurde ihr die Aufgabe übertragen, die Bedürfnisse an Kohle innerhalb der Stadt Berlin festzustellen und je nach den Eingängen die Verteilung auf die wichtigsten Bedarfsträger zu besorgen. So wurden bei der Berliner Centralen Kohlenorganisation Statistiken über den notwendigen Kohleverbrauch bei den einzelnen Verbrauchergruppen aufgebaut, die als Unterlagen für die Verhandlungen mit dem Kohlenverteilungskomité der Alliierten Kommandantur dienen. Es ist gelungen, das Lieferprogramm der Alliierten Kommandantur für Berlin von Monat zu Monat mengenmäßig zu verbessern, was die Möglichkeit eröffnet, den Kreis der zu beliefernden Verbraucher allmählich weiter zu ziehen. Allerdings dürfen vorderhand schon im Hinblick auf die schwierigen Transportverhältnisse keine zu hohen Ansprüche gestellt werden; selbst wichtige Bedürfnisse werden nur begrenzt Befriedigung erlangen können.

Während der letzten Monate standen zur Verfügung:

	Steinkohle	Briketts
Juli	rund 10 000 t	rund 27 000 t
August	rund 69 000 t	rund 55 000 t
September . . .	rund 65 000 t	rund 28 000 t
Oktober	rund 92 000 t	rund 54 000 t
November . . .	rund 59 000 t	rund 84 000 t
Insgesamt	rund 295 000 t	rund 248 000 t

Wie diese Ziffern erweisen, sind Rückschläge zu verzeichnen, die auf außergewöhnliche Schwierigkeiten beim Bahntransport zurückzuführen sind. Es ist indes gelungen, durch strengste Planung trotz des unvorhergesehenen Ausbleibens der erwarteten Mengen ernste Rückwirkungen zu verhüten. Je mehr durch Verfeinerung der statistischen Unterlagen über den Bedarf die Möglichkeit einer genauen Steuerung gegeben sein wird, um so zweckvoller wird die Verwendung der zur Verfügung stehenden Kohle gestaltet werden können. Wenngleich es im kommenden Winter nicht möglich sein wird, jedem Berliner eine warme Wohnung und eine geheizte Arbeitsstelle zu sichern, so kann doch gesagt werden, daß für die Versorgung der lebenswichtigen Einrichtungen keine Befürchtungen gehegt zu werden brauchen. Die Beheizung medizinischer Einrichtungen und der Schulen konnte begonnen werden.

Die statistischen Feststellungen der Berliner Centralen Kohlenorganisation beschränken sich nicht auf die Erfassung der eingegangenen Mengen und Sorten an Kohle sowie auf die angemeldeten Bedürfnisse der Verbraucher, sondern es werden auch genaue Unterlagen über die Ausladezeiten für Kohlenzüge geschaffen, um damit

die Leistungsfähigkeit des Arbeitseinsatzes laufend zu überprüfen. So konnte eine Verkürzung der Ausladezeit erreicht werden. Das bedeutet den Zugumlauf verbessern und damit die Möglichkeit einer stärkeren Anfuhr von Kohle nach Berlin schaffen.

Daneben betraute die russische Stadtkommandantur die BCKO mit der Verwaltung der Kohle, die für rein russische Bedürfnisse nach Berlin kommt. Aus diesen Beständen werden neben der Roten Armee Betriebe versorgt, die im Interesse der russischen Besatzungsmacht arbeiten. Anläßlich des 28. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution hat die sowjetische Militäradministration 25 000 t aus diesen Kohlenbeständen für die Zivilbevölkerung im sowjetischen Sektor Berlins zur Verfügung gestellt, die in einer Höhe von 20 kg je Kopf der Bevölkerung in dieser Zone verteilt wurden.

Der Leiter der Abteilung für Wirtschaft
Dr. **Hermann Landwehr,** Stadtrat

Bericht der Abteilung für Handel und Handwerk

Stätten des einst so blühenden Handels und des so rührigen, fleißigen Handwerks unserer Stadt lagen unter Bergen von Schutt und Asche begraben, als die Kampfhandlungen Anfang Mai d. J. zu Ende gingen. **Handel und Handwerk standen vor dem Nichts.** Unter äußerst schwierigen Umständen und primitivsten Verhältnissen, unter



Joseph Orlopp, Stadtrat
Leiter der Abteilung für Handel und Handwerk

Aufbietung aller Kraft bei Tag und Nacht fingen nicht nur die Handwerker, sondern auch die Arbeiter, Angestellten und Inhaber der Handelsgeschäfte an, wieder aufzubauen. Mit unzulänglichem Material und Handwerkszeug versuchten Handel und Handwerk, ihre lebensnotwendige Funktion zum Wohle der Bevölkerung wieder auszuüben. Die Abteilung für Handel und Handwerk des Magistrats der Stadt Berlin griff ordnend in das von den Nazis hinterlassene Chaos ein, um Planung und Bewirtschaftung in die noch vorhandenen Güter zu bringen.

Mit Hilfe der Roten Armee wurden die allernotwendigsten Verbrauchsgüter aus der engeren und weiteren Umgebung Berlins herangeschafft und über den Handel an die Bevölkerung weitergegeben, eine Aufgabe, deren Lösung ohne Post und ohne Eisenbahn, bei fast vollkommener Zerstörung aller Brücken und des Eisenbahnnetzes fast zum Verzweifeln war.

Es galt aber, Millionen unserer Mitbürger, die von Hunger und Epidemien aufs äußerste bedroht waren, das Leben zu retten.

Durch die Auflösung der Wirtschaftskammern, Fachgruppen usw. wurden rund 3000 nationalsozialistische Angestellte entlassen. Die Arbeit dieser Mammutorganisationen wurde von der Abteilung für Handel und Handwerk übernommen und wird heute in aufopfernder Tätigkeit von etwa 200 Angestellten geleistet.

Für den Wiederaufbau wurden einheitliche Richtlinien erlassen. Dazu gehörte die Beseitigung aller aktiven Pgs aus Handel und Handwerk, da sonst die Aufbauarbeit gefährdet war. Ferner wurden einheitliche Richtlinien für die Gewerbe- und Konzessionserteilung herausgegeben.

Von 25 370 Einzelhandelsgeschäften der **Lebensmittelbranche** im Jahre 1939 arbeiteten am 1. Oktober 1945 wieder rund 20 000, so daß die Verteilung der anfallenden Lebens- und Genußmittel in Zukunft keine Schwierigkeiten mehr bereitet.

Ähnlich gelagert waren die Verhältnisse beim Handel mit **Eisen, Metallwaren** und **Haus-** und **Küchengeräten.** Hier standen am 1. Oktober 1945 wieder 1050 Betriebe zur Verfügung.

Der **Textil-, Schuh-** und **Lederwarenhandel** hat am 1. Mai 1945 mit 3200 Betrieben seine Tätigkeit begonnen und es mit dem festen Willen zum Wiederaufbau bis zum 1. Oktober auf 3510 gemeldete Geschäfte gebracht. In diesen Geschäften konnte bei der Umstellung eine besondere Initiative festgestellt werden. Unter der Parole „Aus Alt mach' Neu" konnte auf diesem Gebiet, auf dem die Warenverknappung ganz besonders zum Ausdruck kam, Erhebliches für die Bekleidung geleistet werden.

Von den 12 000 Betrieben des **Gaststättengewerbes** wurden durch Kriegseinwirkungen 9500 Betriebe vernichtet. Nach sechs Monaten sind 5000 Betriebe wieder in Gang.

Am schlimmsten war das **Beherbergungsgewerbe** getroffen, zu dem die Hotels und Pensionen zählen. Hier standen zu Beginn des Jahres 1939 rund 24 000 Betten zur Verfügung. Nach dem Zusammenbruch des Nazisystems waren nur noch rund 1000 Betten vorhanden. In der gesamten Innenstadt standen nur noch 100 Betten zur Aufnahme Obdachloser bereit. Dank des Wiederaufbauwillens der das Gewerbe Ausübenden stieg die Zahl der zur Verfügung stehenden Betriebe innerhalb der ersten sechs Monate auf 3091.

Das Berliner **Reinigungsgewerbe** (Wäschereien, Färbereien usw.), das eine äußerst notwendige hygienische Arbeit zu verrichten hat

die besonders in der Jetztzeit nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, wurde ebenfalls stark mitgenommen. Von rund 1600 Betrieben fielen 1000 Betriebe aus. Zur Zeit stehen wieder rund 700 Betriebe dieser Art in Arbeit.

Schon nach wenigen Monaten konnten außer Lebensmitteln die ersten Genußmittel, wie Zigaretten, verteilt werden. Aber auch hier ist die Fabrikation erst im Anlaufen, doch es geht wieder vorwärts. In den Monaten August und September wurden insgesamt 28 Millionen **Zigaretten,** 150 000 **Zigarren,** 100 000 **Rollen Kautabak** den Berlinern zur Verfügung gestellt. Die Belieferung geht weiter, es ist auf steigende Zuteilungsmengen zu hoffen. Vorhanden waren zu Beginn des Jahres 1939 rund 4200 Einzel- und rund 300 Großhandelsgeschäfte. Registriert wurden bis zum 1 .Oktober 1945 rund 3 900 Einzel- und 220 Großhandelsgeschäfte.

Aus dem Gebiet des **technischen Bedarfs, Maschinen, Kraftfahrzeuge** ist zu berichten, daß 480 Betriebe registriert wurden, die am 31. Oktober d. J. 1646 Angestellte und 1094 Arbeiter beschäftigten. Trotz aller Aufbauschwierigkeiten wurde in den einzelnen Sparten bisher ein Umsatz von 6 624 368 RM erzielt. Ab 1. September 1945 wurden unter anderem Automobilräder und Felgen in einer Gesamtmenge von 18 Tonnen, für die ein großer Bedarf vorliegt, aus Thüringen eingeführt. Großhändler sind nach Sachsen und Thüringen unterwegs, um Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Spezialwerkzeuge hereinzuholen. Die Lieferung von Nähmaschinen wurde in Aussicht gestellt.

Von den Betrieben des Groß- und Einzelhandels, die sich mit der Belieferung und dem Verkauf der in der **Gesundheitspflege** lebenswichtigen Artikel befassen, ist zu berichten, daß sich auch hier unverkennbarer Aufbauwille und geschäftliche Initiative gezeigt hat. **Drogerien** waren 1939 = 1829 und am 1. Mai 1945 bereits wieder 372 registriert, und am 1. Oktober 1945 stieg diese Zahl auf 1136. An **Seifengeschäften** einschließlich **Parfümerien** und **Haushaltsbedarf** waren es 1939 = 3312 Geschäfte, am 1. Mai 1945 = 1017 und am 1. Oktober 2 954. An Einzelhandelsgeschäften, die den Verkauf von **Arzt- und Krankenhausbedarf, Foto-, Kino-, Röntgenbedarf** und **Samen** tätigten, waren 1939 insgesamt 853 Geschäfte, am 1 Mai 1945 = 70 und am 1. Oktober 1945 insgesamt 791 Geschäfte vorhanden.

Für den Großhandel ergaben die Ermittlungen für das dritte Vierteljahr folgendes: Bei 862 Großhandelsbetrieben betrug der Wareneingang 12 301 717,— RM., die Umsätze erreichten eine Höhe von 20 294 201,— RM. Insgesamt waren in den Großhandelsbetrieben 3759 Personen beschäftigt.

Zur Verteilung kamen trotz der großen Schwierigkeiten auf dem Rohstoffmarkt und im Transportwesen in der Berichtszeit Körper-

seife, Waschpulver, Streichhölzer, Brennspiritus und reiner Alkohol für medizinische Zwecke.

Außerdem gelang es, die zur Rattenaktion erforderlichen Bekämpfungsmittel in ausreichendem Maße nach Berlin zu schaffen. Eine erneute Versorgung der Bevölkerung mit **Seife, Waschpulver und Streichhölzern ist** in die Wege geleitet.

Weiterhin gelang es, bis zum 1. Oktober 1945 insgesamt **59 Badeanstalten** in Betrieb zu **setzen**, wodurch ein wichtiger Beitrag zur Verhütung von Seuchen geleistet wurde.

Farben, Tapeten, Linoleumgeschäfte waren am 1. Januar 1939 insgesamt 788 vorhanden, bei der Wiederaufnahme der Betriebe nach den Kampfhandlungen 40, die sich auf 375 bis zum 1. Oktober 1945 erhöhten (85 Großhandels- und 290 Einzelhandelsgeschäfte). An Wareneingang meldete der Großhandel im dritten Quartal 1945 für insgesamt 475 967 RM, während der Umsatz mit 1 Million Reichsmark gemeldet wurde.

Von 19 **Markthallen**, die 1939 bestanden, wurden 8 durch die Kriegseinwirkungen gebrauchsunfähig. Auch hier gelang es, durch die Initiative aller interessierten Kreise 14 Hallen wieder in Betrieb zu nehmen. Den 160 Wochenmärkten, die am 1. Januar 1939 bestanden, stehen nunmehr bereits wieder 117 gegenüber.

Im **Elektro-, Radio- und Musikwarenhandel** bestanden im Jahre 1939 annähernd 120 Groß- und 1650 Einzelhandelsgeschäfte. Dagegen am 1. Mai 1945 nur 70 Groß- und 800 Einzelhandelsgeschäfte. Diese Zahlen erhöhten sich bis zum 1. Oktober 1945 auf 165 Groß- und 2200 Einzelhandelsgeschäfte.

Registriert wurden durch das Fachamt **„Sonstige Handelszweige"** 9 **Warenhäuser** mit 26 **Verkaufsstellen**, 14 **Großhandlungen** mit Waren **verschiedenster** Art. 50 **Großhandlungen** für **Blumen** und **Gärtnereibedarfsartikel** und 700 **Blumengeschäfte. Tauschgeschäfte 45, Gebrauchtwarenhandlungen** 55, **Tauschanzeigenaushänge 100.** Annähernd 2000 Personen sind als **Wirtschaftsprüfer** und in sonstigen Berufen registriert.

Die Zahl der **Möbel- und Holzverarbeitungsgeschäfte** belief sich am 1. Januar 1939 auf rund 600, am 1. Mai 1945 auf rund 200, am 1. Oktober 1945 auf rund 300.

Papierverarbeitende Betriebe und **Verkaufsgeschäfte** waren zu verzeichnen am 1. Januar 1939 rund 2500, durch Registrierungen ab Mai d. J. konnten bis zum 1. Oktober 1945 wieder 1400 festgestellt werden.

Die restlose Einschaltung des **Handwerks** war eine der vordringlichsten Aufgaben der Abteilung. In die Handwerksrolle wurden bis zum 1. Oktober 1945 40 000 Handwerksbetriebe eingetragen. Dagegen waren vor Kriegsbeginn rund 70 000 Handwerksbetriebe vorhanden, von denen bei Abbruch der Kampfhandlungen nur noch 10 000 Betriebe übrigblieben. Von einigen tausend An-

wärtern auf Teilnahme an Lehrgängen zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung konnten bisher etwa 1000 in 25 Lehrgängen untergebracht werden. Die **Lehrlingszahl** ist nach den bisher vorliegenden Innungsberichten zufriedenstellend.

Verbrauchsgüter mußten auf Bezugschein abgegeben werden, und zwar aus Beständen, die als Ausweichläger außerhalb des Kampfgebietes lagen. Nach den Feststellungen der Abteilung wurden rund **300 000 Bezugscheine** an die Berliner Bevölkerung verausgabt und auch eingelöst und damit die erste größte Not der Berliner Bevölkerung in bezug auf **Kleidung, Wäsche** und **Schuhe** gedeckt. Unter unsäglichen Mühen und großen Risiken wurden diese Verbrauchsgüter in den Handel gebracht. Nur durch diese Ausweichläger des Handels war es überhaupt möglich, in den dringendsten Fällen die Bekleidung für die aus der Gefangenschaft heimkehrenden KZ-Häftlinge und ähnliche bedürftige Personen sicherzustellen. Heute, nach sechs Monaten, läuft aber auch die Industrie wieder an, so daß die Zukunft etwas lichter aussieht.

Ein Zentralverteilungsamt für die ordnungsmäßige Verteilung aller Verbrauchsgüter ist im Aufbau. Die **Verkaufspreise** auf dem Warenmarkt wurden aufmerksam verfolgt und preissteigenden Tendenzen wird auf das schärfste entgegengewirkt, weil eine Inflation unbedingt vermieden werden muß. Hier war die Errichtung eines Preisamtes notwendig, das am 28. August 1945 von der Alliierten Kommandantur genehmigt wurde und inzwischen seine Tätigkeit bereits aufgenommen hat. Zur Bekämpfung des **„Schwarzen Marktes“** sind Tauschmärkte und Tauschgeschäfte errichtet. Eine Anordnung des Magistrats über Festlegung der Löhne und Gehälter und Verkaufspreise auf einen festen Standard ist erlassen.

Im Monat Juli stellte sich das **Umsatzsteueraufkommen** in Berlin auf 2 480 000 RM, im August wurden 3 170 000 RM erreicht, und wenn im September sogar ein Steuerumsatzaufkommen von 4 180 000 RM zu verzeichnen war, dann ist das der beste Beweis dafür, daß der Wiederaufbau vorwärtsgeht.

In Zusammenarbeit mit der Kleinindustrie, dem Großhandel und dem Handwerk wurde in der Zeit vom 9. bis 22. Oktober 1945 die erste **Friedens-Musterschau** durchgeführt. Die Anregung hierzu ergab die Notwendigkeit, nach dem kriegsbedingten Ausfall zahlreicher Hersteller neue Lieferbeziehungen anzuknüpfen und einen Erfahrungsaustausch zwischen Großhandel und Hersteller und Handwerk herbeizuführen. Die Musterschau wurde von 6750 Interessenten besucht.

Für das bevorstehende **Weihnachsfest** hat die Abteilung für Handel und Handwerk alles Erforderliche in die Wege geleitet, um den Ankauf von zeitgemäßem Spielzeug für die Berliner Kinder zu ermöglichen.

Auch die Aktion **„Rettet die Kinder"** wird durch die Abteilung tatkräftig unterstützt.

Welch eine Tragik und doch welche Hoffnung liegt in den mitgeteilten Zahlen. Welch große Tatkraft gehörte dazu, um aus diesem Chaos und den hinterlassenen Trümmern einer Wahnsinnspolitik von 12 Jahren innerhalb der äußerst kurzen Zeitspanne von nur 6 Monaten diesen Wiederaufbau von Handel und Handwerk in Angriff zu nehmen.

Der unverwüstliche Optimismus aller am Aufbauwerk Beteiligten wird dieses Werk vollenden lassen zum Wohle der Berliner Bevölkerung, die sich in der großen Not der Zeit nicht hat unterkriegen lassen und vertrauensvoll in die Zukunft blicken kann.

Der Leiter der Abteilung für Handel und Handwerk

Joseph Orlopp, Stadtrat

Bericht der Abteilung für Arbeit

Nach der militärischen Zerschlagung des Hitlerregimes, die mit der Eroberung Berlins durch die Rote Armee im Mai dieses Jahres ihren Abschluß fand, bildeten sich in den einzelnen Stadtteilen Berlins unabhängig voneinander Arbeitseinsatzstellen.

Sie stellten die Aufräumungstrupps den bezirklichen Erfordernissen und den Anforderungen der militärischen Kommandostellen



Hans Jendretzky, Stadtrat
Leiter der Abteilung für Arbeit

entsprechend zusammen. Der Aufgabenkreis erweiterte sich nach Einsetzung der Bezirksbürgermeistereien, und die Notwendigkeit von Bezirksarbeitsämtern mit registrierten Arbeitskräften ergab sich als zwingende Folge. Aus den Arbeitseinsatzstellen bildeten sich aus den kleinsten Anfängen heraus die jetzigen Bezirksarbeitsämter. Ihnen standen in den meisten Fällen nur zerstörte Räume, ohne jede

Unterlage und der gute Wille einiger Arbeitskräfte, die selbst Bleistift und Papier aus ihrem Eigenbesitz mitbrachten, zur Verfügung, um den schnell wachsenden Bedarf an Arbeitskräften in möglichst normaler und systematischer Weise abzudecken.

Um im Rahmen Groß-Berlins eine einheitliche Lenkung und Ausrichtung der Bezirksarbeitsämter zu erreichen und eine gleichmäßige Sachbearbeitung durchzuführen, wurde beim Magistrat im Mai 1945

ein Hauptamt für Arbeitseinsatz

geschaffen. Nachdem die einzelnen Phasen des organisatorischen Aufbaues durchlaufen waren, die gleichzeitig mit der stärksten Inanspruchnahme durch die Besatzungsbehörden und der Selbstverwaltungskörperschaften vor sich gingen, arbeiten jetzt nach der vorliegenden Geschäftsordnung fünf Hauptabteilungen:

1. das Hauptamt für Allgemeine Verwaltung, Personalangelegenheiten und Dienstaufsicht,
2. das Hauptamt für Arbeitseinsatz,
3. das Hauptberufsamt,
4. das Hauptamt für Arbeitsrecht, Lohn- und Tariffragen,
5. das Hauptamt für Arbeitsschutz.

Entsprechend des vergrößerten Aufgabenkreises wurde das Hauptamt für Arbeitseinsatz, da es sich hier um einen zu engen Begriff für das vorliegende Tätigkeitsgebiet handelt, durch Magistratsbeschluß umgewandelt in die **Abteilung für Arbeit.**

Der vorgelegte erste Tätigkeitsbericht der Abteilung für Arbeit verarbeitet das zur Zeit vorliegende Material, ohne den Anspruch darauf zu erheben, lückenlos zu sein. Trotzdem zeichnen sich in großen Umrissen die durchlaufenen Etappen wie auch die vor uns stehenden Probleme ab, die noch ihrer Lösung harren.

Der Tätigkeitsbericht der Abteilung für Arbeit ist daher mehr als nur zahlenmäßige Information, er soll gleichzeitig einen Überblick der verschiedenen im Ausbau befindlichen Hauptämter geben.

I. Dem Hauptamt für Allgemeine Verwaltung, Personalangelegenheiten und Dienstaufsicht

sind insgesamt die in den fünf Hauptämtern tätigen 118 Angestellten unterstellt. Diese an sich geringe Zahl von Angestellten, erklärlich aus weitgehender Dezentralisierung der bisherigen Aufgabengebiete, wird sich in Kürze um einige Mitarbeiter erhöhen durch die Vergrößerung der Abteilung für Dienstaufsicht und die Einrichtung einer ärztlichen Dienststelle.

Die Aufsicht über die Bezirksarbeitsämter wird durch nicht angemeldete Kontrollen und Überprüfungen der Gesamttätigkeit der Arbeitsämter durchgeführt. Durch die Vier-Zonen-Einteilung Groß-Berlins hat sich eine Erweiterung der Dienstaufsicht notwendig ge

macht, insbesondere auch dadurch, daß durch Befehl der Alliierten Kommandantur der Abteilung für Arbeit die Kontrolle der Löhne und Tarife übertragen wurde.

Die Schaffung einer ärztlichen Dienststelle ist mit Hilfe der Abteilung für Gesundheitswesen in Vorbereitung. Sie wird nach neuen Gesichtspunkten gegliedert und den Wünschen der Besatzungsbehörden entsprechen.

II. Das Hauptamt für Arbeitseinsatz

hat die wichtige Aufgabe, die Arbeitseinsatzlenkung innerhalb Groß-Berlins einheitlich zu gestalten, bis zu einem gewissen Grade erfüllt, doch bleibt noch eine erhebliche Arbeitsleistung übrig. Auf vielen Gebieten fehlten die gesetzlichen Grundlagen. Sie wurden durch Vorlagen für Magistratsbeschlüsse teilweise geschaffen.

So wurde z. B. durch Magistratsbeschluß vom 26. Juni 1945 die

Verordnung zur Wiedereinführung des Arbeitsbuches

herausgegeben.

Am 9. Juli 1945 erfolgte gleichfalls durch Magistratsbeschluß die Annahme der

Verordnung gegen Lohntreiberei

und am gleichen Tage wurde die

Anordnung zur Sicherung des Bedarfs an Arbeitskräften für lebenswichtige Aufgaben

angenommen.

Am 13. August 1945 wurde die

Anordnung über die Lösung von Arbeitsverhältnissen

vom Magistrat genehmigt.

Am gleichen Tage hat der Magistrat die

Verordnung über die Beschäftigung Schwerarbeitsbehinderter

sowie die

Durchführung des Arbeitsschutzes

genehmigt.

Die Registrierung der vorhandenen Arbeitskräfte ergab folgende Zahlen:

			männl.	weibl.
Juni	insgesamt	396 528	152 534	243 995
Juli	„	487 563	193 409	294 154
Anfang August . .	„	964 950	418 439	546 511
Ende August . .	„	1 367 491	581 178	786 313
September . . .	„	1 420 812	613 614	807 198

Die sprunghaft ansteigenden Ziffern der registrierpflichtigen

Männer vom 14.—65. Lebensjahr
Frauen vom 14.—50. Lebensjahr

waren einerseits auf die verschiedenen Methoden zur Erfassung aller Arbeitskräfte (Lebensmittelkartenentzug) und andererseits auf die Personenstandserhebung vom 25. August 1945 zurückzuführen, deren Auswertung noch nicht abgeschlossen ist. Es ist aber ziemlich sicher, daß die Zahl von 1,5 Millionen Registrierter die Grundlage für die Behandlung der Probleme des Arbeitsmarktes und des Arbeitseinsatzes ergeben wird.

Im **August** 1945 gab es in Berlin 510 508 Beschäftigte.

Im **September** 1945 waren es 845 824.

Die größte Aufgabe, die sich nach dem zahlenmäßigen Überblick der noch längst nicht lückenlosen statistischen Unterlagen und an Hand der täglichen praktischen Erfahrung auf den Arbeitsämtern ergibt, ist die Feststellung des **wirklichen** Bestandes an verfügbaren Arbeitskräften einerseits und den nicht zum Einsatz erscheinenden Registrierten andererseits. Schwarzer Markt, Hamsterfahrten werden in Wechselwirkung stehen mit dem knapper werdenden Geld und der sich jahreszeitlich ändernden Witterung, die Arbeiten im Freien erschwert.

III. Das Hauptberufsamt

Nach Lage der vorgefundenen Dinge mußte beschleunigt für die geordnete Berufsnachwuchslenkung Sorge getroffen werden. So ist am 2. Juli 1945 die Einrichtung des **Hauptberufsamtes** durchgeführt worden. Seine Aufgaben sind folgendermaßen gegliedert:

a) Berufseinsatz der Jugendlichen:
Diese Abteilung enthält den Aufgabenkreis, den bisher die Abteilung Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung des früheren Gauarbeitsamtes zu erledigen hatte.

b) Praktische Berufsausbildung:
Die praktische Berufsausbildung wurde dem Hauptamt für Arbeitseinsatz gemäß dem Magistratsbeschluß vom 6. August 1945 übertragen.

c) Berufliches Schulwesen:
Das berufliche Schulwesen wird zur Zeit nur insoweit in den Aufgabenkreis des Berufsamtes gezogen, als es sich entweder um Maßnahmen der Umschulung, Einrichtung auf dem Gebiete der zeitbedingten Neugestaltung von Berufsausbildungsgängen oder um den Berufseinsatz der Jugendlichen an sich handelt.

Auf dem Gebiet **Berufseinsatz der Jugendlichen** wurden folgende Aufgaben bearbeitet bzw. durchgeführt:

Zu a): Loslösung des Arbeitsgebietes Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung und Jugendlichen-Vermittlung aus der allgemeinen Arbeitsvermittlung.

Abtrennung der Kartei der männlichen und weiblichen Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr (noch nicht abgeschlossen).

Schaffung statistischer Unterlagen über den Stand der Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung und Vermittlung jugendlicher Ungelernter in den einzelnen Bezirks-Arbeitsämtern.

Einrichtung regelmäßig alle 14 Tage stattfindender Dienstbesprechungen der Berufsberater und Jugendlichen-Vermittler.

Herausgabe berufskundlicher Benachrichtigungen an die Berufsberatungsstellen der Bezirks-Arbeitsämter.

Einrichtung eines Lehrstellenausgleichs durch etwa in einem Bezirks-Arbeitsamt auftauchenden Überschuß an Lehrstellen, der anderen Ämtern, die in den gleichen Berufen Stellenmangel aufweisen, zugeführt werden soll.

Einrichtung einer psychologischen Eignungsprüfstelle und Beratungsstelle für Sonderfälle, insbesondere auf Schwerarbeitsbehinderte.

Vorbereitung einer statistischen Erhebung, deren Zweck die Gewinnung eines Gesamtbildes der derzeitigen Wirtschaftsstruktur, besonders im Hinblick auf die Möglichkeit der Durchführung praktischer Berufsausbildung, ist.

Zu b): Als wirkungsvolles Mittel zur Klarstellung der Verhältnisse des Berufseinsatzes einschließlich der Berufserziehung der Jugendlichen und Umschulung der Erwachsenen hat sich die Schaffung von Arbeitskreisen erwiesen, in denen erfahrene Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Berufs- und Fachschulen und sonstiger Stellen dem Berufsamt beratend zur Seite stehen.

Während die Durchführung der Umschulung für das Baugewerbe dem Hauptamt für Aufbau-Durchführung bei der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen übertragen wurde, obliegt dem Hauptberufsamt die Umschulung für alle sonstigen Berufe und auch für die Ausbildung der Lehrlinge in Handel und Gewerbe.

Die ehemalige Gauwirtschaftskammer, die bisher in der Abwicklung begriffen war, stellte ihre Tätigkeit ein. Es mußte daher Vorsorge getroffen werden, daß ihre Aufgaben auf dem Gebiet der Berufserziehung von einer anderen Stelle übernommen werden. Zu diesem Zweck sind die Vorbereitungen für die Schaffung eines Zentralausschusses für Berufserziehung und Berufslenkung so weit geführt worden, daß in kürzester Frist mit dem Zusammentreten dieses Ausschusses und der Bildung der erforderlichen Fach- und Prüfungsausschüsse gerechnet werden kann.

IV. Das Hauptamt für Arbeitsrecht, Lohn- und Tariffragen

befaßt sich mit den allgemeinen Rechtsfragen, und begreiflicherweise ist der Arbeitsanfall hier ein besonders intensiver. Anfragen aus der Wirtschaft und von Privatpersonen über Rechtsfragen

nehmen täglich einen wachsenden Umfang an. Es sind daher folgende Verordnungen und Anordnungen mit Hilfe des Hauptamtes für Rechtsfragen beschlossen bzw. zur Durchführung gelangt:

1. Verordnung zur Wiedereinführung des Arbeitsbuches, vom Magistrat genehmigt am 26. Juni 1945.
2. Verordnung gegen Lohntreiberei, vom Magistrat genehmigt am 9. Juli 1945.
3. Anordnung zur Sicherung des Bedarfs an Arbeitskräften für lebenswichtige Aufgaben, vom Magistrat genehmigt am 9. Juli 1945.
4. Anordnung über die Lösung von Arbeitsverhältnissen, vom Magistrat genehmigt am 13. August 1945.
5. Verordnung über die Beschäftigung Schwerarbeitsbehinderter, vom Magistrat genehmigt am 13. August 1945.
6. Durchführung des Arbeitsschutzes, vom Magistrat genehmigt am 13. August 1945.

Zur Zeit befindet sich in Vorbereitung eine gesetzliche Regelung über die Arbeits-Gerichtsbarkeit.

Ferner sind diejenigen Gesetze und Verordnungen der Vergangenheit zusammengestellt, die in Kraft bleiben mußten. Sie werden daraufhin untersucht, ob und welche Änderungen notwendig sind.

In sehr großem Umfange wurde die Rechtsabteilung vom Publikum in Anspruch genommen, von Arbeitnehmern, von Arbeitgebern und den Gewerkschaften. Die Tatsache, daß auf diesem Wege an uns aus der Praxis sehr viele Probleme herangetragen wurden, hat die Tätigkeit der Abteilung befruchtet und andererseits die Möglichkeit gegeben, durch unsere Stellungnahme die rechtliche Entwicklung und die Praxis im Arbeitsleben wirksam zu beeinflussen. Auch die Gerichte sind mehrfach an uns herangetreten und haben uns zur Stellungnahme in Zweifelsfragen aufgefordert.

Nachdem grundsätzlich eine Stellungnahme dahin erging, daß die vor der Besetzung Berlins bestehenden Tarife weiter gelten und daß die damals tatsächlich gezahlten Löhne auch weiter zu zahlen sind, bestand die entscheidende Aufgabe darin, das erforderliche Tarifmaterial zu beschaffen, die tariflichen Sätze festzustellen und darüber hinaus zu ermitteln, welche übertariflichen Löhne üblich wären. Diese Aufgabe war darum von größter lohnpolitischer Bedeutung, weil die Stadt Berlin und die Besatzungsbehörden in großem Umfange als Arbeitgeber auftraten, selbst aber kaum bzw. überhaupt nicht über entsprechendes Material verfügten. Wir mußten daher bei der Einstellung von Tausenden von Arbeitern die Gewähr für die Höhe der zu zahlenden Gehälter übernehmen.

Im Laufe der Zeit ist es gelungen — leider noch nicht vollständig —, eine recht umfangreiche Tarifsammlung zusammenzustellen. Es ist uns daher heute möglich, in fast allen Fällen über die geltenden Sätze ohne Schwierigkeiten sichere Auskunft zu geben. Schwieriger ist es, verbindliche Informationen über die Höhe der üblicherweise vor der Besetzung Berlins tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter zu geben, zumal das wenige vorhandene statistische Material über die hier entscheidenden Fragen nicht die notwendige, eindeutige Auskunft gibt.

Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erwies sich bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten als fruchtbar.

V. Das Hauptamt für Arbeitsschutz

ist erst jetzt im Aufbau begriffen. Bisher waren auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes

1. die staatliche Gewerbeaufsicht,
2. die Polizei,
3. die Berufsgenossenschaften,
4. die technischen Überwachungsvereine,
5. die feuerpolizeilichen Überwachungsstellen

und andere Stellen nebeneinander tätig.

An Stelle dieser Vielzahl von Organisationen und Behörden ist durch Beschluß des Magistrats das Hauptamt für Arbeitsschutz bei der Abteilung für Arbeit zuständig.

Dadurch wird gegen früher eine bedeutende Vereinfachung der Verwaltung möglich. Das Hauptamt für Arbeitsschutz nimmt alle Obliegenheiten der Berufsgenossenschaften auf dem Gebiet der Unfall- und Krankheitsverhütung wahr, desgleichen gehört auch der technische Schutz der Nachbarn und der Allgemeinheit gegen nachteilige Betriebseinwirkungen in sein Arbeitsbereich. Zur Durchführung der dem genannten Amt obliegenden Aufgaben sind sechs Dezernate vorgesehen.

Der Leiter der Abteilung für Arbeit
Hans Jendretzky, Stadtrat

Bericht der Abteilung für Planungen

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß wir ohne planvolle Lenkung nicht aus Not und Chaos herauskommen können. Der ungeheure Mangel an den lebensnotwendigsten Bedarfsgütern auf der einen Seite und der enorme Fehlbedarf an Roh- und Betriebsstoffen, an Produktions- und Verkehrsmitteln sowie an Arbeits-



Paul Schwenk
Dritter stellv. Oberbürgermeister
Leiter der Abteilung für Planungen

kräften auf der anderen Seite zwingen uns, in der denkbar ökonomischsten Weise zu wirtschaften. Wir dürfen es nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen, was und wie produziert wird. Eine sinnvolle Planung und Lenkung muß hier regelnd eingreifen.

Dabei ist keineswegs an die Wiedereinführung der hinter uns liegenden und mit Recht verpönten Zwangswirtschaft gedacht. Der Privatinitiative soll weitester Spielraum gelassen werden. Sie soll nur durch eine das Ganze überblickende Planung in die Bahnen

gelenkt werden, in denen sie den höchstmöglichen Nutzen bei der Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse und für den Wiederaufbau bringt.

Nun ist es selbstverständlich, daß jede Abteilung des Magistrats planen muß. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß alle diese Einzelplanungen einheitlich ausgerichtet, daß sie miteinander koordiniert sein müssen. Diese Ausrichtung und Koordinierung aller Planungen, das ist die Aufgabe der Abteilung für Planungen.

Eine solche umfassende Aufgabe läßt sich nur lösen mit Hilfe genauester Kenntnis aller Faktoren. In mühevoller und zeitraubender Arbeit trägt die Abteilung für Planungen das notwendigste Material zusammen, das für die Planung erforderlich ist. Nur in ganz bescheidenem Ausmaße konnte genutzt werden, was Wirtschaftsforschung und Statistik früher geleistet hatten. Denn die Grundlagen, von denen sie ausgegangen waren, sind teils vernichtet, teils völlig verändert. Und sie verändern sich noch mit jedem Tag.

Wir durften jedoch nicht warten, bis wir alle Unterlagen für die Planungsarbeit beisammen hatten. Wir mußten sofort an die Ingangsetzung der Wirtschaft, an die Instandsetzung der Wohnungen, an die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigsten gehen. Und wo wir auch anpackten, immer und überall machte sich die fast völlige Zerrüttung des Verkehrswesens hemmend bemerkbar. Wir mußten vieles improvisieren. Es gab zahllose Engpässe.

Die Mitarbeiter der Abteilung für Planungen haben, getreu der Anweisungen, die sie erhalten hatten, neben ihren eigentlichen Planungsarbeiten nach besten Kräften geholfen, die Anlaufschwierigkeiten zu überwinden, wo immer sie konnten. Sie haben, wo einzelne Firmen nicht arbeitsfähig waren, weil der einen dies, der anderen jenes fehlte, diese Firmen zu leistungsfähigen Betriebsgemeinschaften zusammengeführt. So im Brückenbau und bei den Schiffswerften. Sie haben mitgewirkt und tun es noch bei der planvollen Gestaltung des Eisenbahn- und Kraftwagenverkehrs, wie auch bei der Treibstoffbeschaffung.

Im Transportwesen z. B. hatte sich aus den Umständen heraus der Zustand entwickelt, daß jede einzelne Magistratsabteilung für sich ihre Transportbedürfnisse befriedigte, so gut es ging. Daraus ergaben sich unendlich viel Reibungen, Zeitverluste und Leerlauf. Die Knappheit an Laderaum verlangte aber kategorisch eine Koordinierung von Eisenbahn-, Schiffahrts- und Kraftwagenverkehr. Auf Initiative der Abteilung für Planungen ist nun eine Transportzentrale eingerichtet worden. Diese Transportzentrale hat die Aufgabe, den Güterverkehr von und nach Berlin für alle Verkehrsmittel planmäßig zu erfassen, für die Beförderung der

Güter eine Dringlichkeitsfolge aufzustellen und darüber zu wachen, daß die Pläne eingehalten werden.

Oder ein anderes Beispiel. -Bekanntlich macht uns der Mangel an Treibstoff für Kraftwagen große Schwierigkeiten. Um dem Übel etwas abzuhelfen, hat der Magistrat einige hundert Fahrzeuge auf Generatorbetrieb umstellen lassen. Aber auch das genügte noch nicht. Wir mußten zum Treibgas unsere Zuflucht nehmen, einem Nebenprodukt bei der synthetischen Treibstoffgewinnung. Die Abteilung für Planungen richtete eine Zentralstelle für Treibgasfragen ein, zu deren Leiter der Referent für Energiewirtschaft bestellt wurde. Im weiteren Verlauf ist nun auch die gesamte Treibstoff- und Mineralölwirtschaft in einer zentralen Stelle vereinigt worden.

Für die verschiedensten Zweige des Wirtschaftslebens sind Beiräte geschaffen worden. Einesteils, um zuverlässige Angaben für ihre Planungsaufgaben zu erhalten, andernteils, um mit Hilfe der Beiräte planvoll lenkend in den Wirtschaftsaufbau einzugreifen. So im Baumaschinen-, Landmaschinen-, Elektrogerätebau usw. Den Beiräten gehören neben Vertretern der betreffenden Magistratsabteilungen Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften an. Die äußerst aktive und wertvolle Mitwirkung der letzteren muß besonders hervorgehoben werden.

Eines der wertvollsten Hilfsmittel einer planvoll geleiteten Wirtschaft ist die Normung und Rationalisierung. Deshalb ist dieses Aufgabengebiet in die Hände eines der tüchtigsten Mitarbeiter der Abteilung für Planungen gelegt. Nach sorgfältiger Überprüfung sind die bisher bewährten Normen zunächst für Berlin für verbindlich erklärt worden. Dadurch soll erreicht werden, daß die Betriebe bei ihrer Umstellung und ihrem Wiederaufbau ihre Fertigung von vornherein auf Normung einstellen.

Soviel über die Spezialabteilung Wirtschaftsplanung. Auf weitere Einzelheiten dieses Tätigkeitsgebietes der Abteilung für Planungen einzugehen, gestattet der verfügbare Raum nicht. Nur das sei noch gesagt, daß alle Planung vorerst noch auf Näherungswerten, teilweise auf bloßen Schätzungen beruht und folglich lediglich das Ziel angibt, auf das wir zusteuern. In dem Maße, in dem uns die Faktoren genauer bekannt werden, mit denen gerechnet werden muß, wird auch die Planung konkreter werden.

* * *

Die Aufgaben der Abteilung für Planungen auf städtebaulichem Gebiet gliedern sich in zwei Hauptabschnitte. Der eine Abschnitt umfaßt Bauwirtschaft und Bautechnik. Der andere die Bauplanung

Was die Bauwirtschaft anbelangt, so kann es sich im wesentlichen nur um eine Koordinierung des Baubedarfs mit den Bedürfnissen der übrigen Sektoren des Wirtschaftslebens handeln.

Die Bautechnik dagegen muß auf die rationellsten Methoden hingelenkt werden, die uns gestatten, unter Verwertung des Trümmermaterials unter denkbar sparsamster Verwendung von Holz, Eisen und Fachkräften den Wiederaufbau durchzuführen. In dieser Hinsicht sind bereits ganz beachtliche Fortschritte erzielt worden. Aber es wird noch unter dankenswerter Mitwirkung hervorragender Fachleute unermüdlich in dieser Richtung weitergearbeitet.

Auf dem Gebiete der Bauplanung hat die Abteilung für Planungen die allgemeinen Richtlinien, die leitenden Gesichtspunkte herauszuarbeiten, nach denen ein Generalbebauungsplan aufzustellen ist. Eine Fülle von Problemen ist zu lösen, um Berlin in jeder Hinsicht mustergültig aufzubauen.

Auf diese Probleme hier einzugehen, ist nicht möglich. Es sei nur eines von ihnen: das Bau- und Bodenrecht, angedeutet. Der Aufbau Berlins ist unter den überlieferten Rechtsverhältnissen undurchführbar. Völlig neue Wege müssen gefunden und gegangen werden.

Die Rechtsordnung des Wiederaufbaues muß dem Magistrat als wirksames Instrument zur Erreichung der städtebaulichen Ziele freie Hand lassen, ohne dabei eine ausgesprochene Willkür zu ermöglichen. Sie muß zugleich darauf Bedacht nehmen, daß die Lasten des Wiederaufbaues auf ein Mindestmaß beschränkt und gerecht verteilt werden.

* * *

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet der Abteilung für Planungen ist die Wasserwirtschaftsplanung. Die Bedeutung dieses Zweiges der Planung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Berlin hat nicht nur einen enormen Wasserverbrauch, sondern liefert auch gewaltige Abwässermengen. Beides wirkt sich weit über die Grenzen des Stadtgebietes hin aus. Die planvolle Regelung nach den Ergebnissen modernster wissenschaftlicher Erkenntnis muß mit den bisherigen unrationellen und geradezu schädlichen Methoden einer Wassermißwirtschaft aufräumen. Dadurch und durch gleichzeitige Anwendung neuzeitlicher land- und forstwirtschaftlicher Grundsätze kann die Ernährungsbasis weit um Berlin herum ganz bedeutend verbessert werden.

Der frühere Direktor der Stadtgüter hat schon vor 20 Jahren überzeugend nachgewiesen, daß bei rationeller Verwertung der Abwässer die Berliner Bevölkerung ausreichend aus nächster Umgebung der Stadt mit Gemüse versorgt werden könnte. Dazu muß aber an Stelle der bisherigen Abwässervernichtung und der Überfütterung des berieselten Bodens mit Dungstoffen eine vernünftige Abwässerverwertung treten. Dadurch wird nicht nur der Ertrag beträchtlich

gesteigert, sondern auch die nicht zu Unrecht bemängelte Qualität des Gemüses wesentlich verbessert werden.

* * *

Die kurzen Ausschnitte aus den Haupttätigkeitsgebieten der Abteilung für Planungen können naturgemäß nur einen unvollkommenen Einblick in die Vielgestaltigkeit und den Umfang der Aufgaben gewähren. Es kommt hinzu, daß alle Planungsarbeit stets weit über das Stadtgebiet hinausgreifen muß. Die Verflechtungen unserer Stadt mit der Provinz und allen anderen Gebieten Deutschlands sind so eng und vielgestaltig, daß es kaum einen Fragenkomplex von einiger Bedeutung gibt, der isoliert gelöst werden könnte. Dieser Umstand wird von der Abteilung für Planungen auch stets in Rechnung gestellt, und es werden demgemäß alle Planungsarbeiten nicht nur mit allen in Betracht kommenden Magistratsabteilungen, sondern auch mit den Provinz- und Landesbehörden abgestimmt.

Der Leiter der Abteilung für Planungen
Paul Schwenk, dritter stellv. Oberbürgermeister

Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin

Ein halbes Jahr Berliner Volkspolizei

Zugleich mit der Errichtung des Berliner Magistrats trat auch die neue Berliner **Polizei** ins Leben. Sie hatte sofort nach dem Einmarsch der Roten Armee ihre Tätigkeit aufgenommen, so daß der Stadtkommandant der Roten Armee dem Polizeipräsidenten, Oberst Markgraf, die offizielle Ingangsetzung des Polizeiapparates zum 1. Juni befehlen konnte.

Mehr noch als auf den anderen Gebieten der öffentlichen Verwaltung mußte hier völlig aus dem Nichts heraus etwas geschaffen werden. Das gesamte Aktenmaterial war vernichtet, die notwendigen Räume zerstört, es fehlte an Einrichtungsgegenständen, Bekleidung, Fahrzeugen, kurz an allem, was zum Aufbau der Berliner Polizei notwendig war. Da die bisherige Polizeiverwaltung in ganz besonderem Maße mit Partei- und SS-Angehörigen und anderen aktiven Nazis durchsetzt war, viele der übrigen Beamten bei der sinnlosen Verteidigung Berlins den Tod fanden oder in Gefangenschaft gerieten, konnten die bisherigen Polizeikräfte nur in ganz geringem Umfange eine Verwendung finden. Es galt zunächst, zuverlässige und für den Aufbau einer wahren Volkspolizei geeignete Antifaschisten zu finden. Dabei mußten nicht nur rund 11 000 Polizeianwärter für den schweren und aufreibenden Dienst bei der Schutzpolizei, sondern auch etwa je 1000 geeignete Bewerber für den Kriminalpolizeidienst und für die vielseitigen Aufgaben der Verwaltungspolizei eingestellt werden. So wurde mit zum größten Teil neuen Mitarbeitern die Berliner Volkspolizei mit mehreren Abteilungen für verwaltungspolizeiliche Aufgaben sowie mit einer Abteilung Kriminalpolizei und dem Kommando der Schutzpolizei ins Leben gerufen.

Als Organe der **Schutzpolizei** wurde in jedem der 20 Berliner Verwaltungsbezirke eine Polizeiinspektion geschaffen. Diese leitet und beaufsichtigt die Tätigkeit der in ihrem Bezirk liegenden Polizeireviere, deren Anzahl in ganz Berlin zur Zeit 195 einschließlich 24 Revierzweigstellen beträgt. Nachdem im ersten halben Jahr des Bestehens der neuen Berliner Polizei die Aufgaben im wesentlichen vom Präsidium als Zentralinstanz und den Revieren bewältigt wurden, soll nunmehr ein Teil der Arbeit der Verwaltungspolizei

acht Polizeiämtern übertragen werden, von denen drei Ämter im russischen, je zwei im amerikanischen und britischen und ein Polizeiamt im französischen Sektor liegen. Dadurch kann sich die Bevölkerung in Zukunft besonders in Paß-, Gewerbe-, Kraftverkehrs- und Melde- sowie Fremdenamtsangelegenheiten statt an das Polizeipräsidium in der Linienstraße an die wesentlich günstiger zu erreichenden zuständigen Polizeiämter wenden.

Das in dem Befehl des Stadtkommandanten der Roten Armee gesteckte Ziel der Wiederherstellung des normalen Lebens der Bevölkerung und der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in der Stadt ist von der Berliner Polizei trotz der geschilderten großen Schwierigkeiten auf allen Gebieten in einer Weise erreicht worden, wie es vor einem halben Jahr kaum möglich erschien.

Zweifellos sind bei der Polizei auch jetzt noch Mängel vorhanden. Aber wie sollte es mit den vorhandenen Mitteln auch anders sein! Von Anfang an mußte naturgemäß die Ausbildung der Polizeianwärter mit besonderem Nachdruck betrieben werden. Auf diesem Gebiet bleibt in Zukunft noch sehr viel zu tun. Die Schulung der Polizei wird auch von den Besatzungsmächten in starkem Maße gefördert; so ist bereits in Spandau eine Polizeischule eröffnet worden, eine zweite wird in diesen Tagen in Oberschöneweide folgen.

Im Laufe der Monate hat sich das Auftreten der Polizei gebessert, die Uniformierung vervollkommnet, so daß auch auf diese Weise ein wesentlicher Beitrag zur Rückkehr zu normalen Verhältnissen in Berlin geleistet wurde.

Die Sicherung der Versorgung der Berliner Bevölkerung stand mit im Vordergrund der vielseitigen Tätigkeit der Schutzpolizei. Es sei hier auf die häufigen Razzien zur Bekämpfung des Schwarzen Marktes hingewiesen, die im Zusammenwirken mit der Kriminalpolizei und den Besatzungsmächten durchgeführt wurden. In den Außenbezirken galt es besonders, den überhandnehmenden Feld- und Forstdiebstählen Einhalt zu gebieten. Hierbei kommt dem zur Zeit noch im Aufbau befindlichen Diensthundewesen besondere Bedeutung zu. Inzwischen ist auch die Frage der Bewaffnung der Polizei von den Besaztungsmächten in Angriff genommen worden. Jetzt erhielt die Berliner Polizei in gewissem Umfang Waffen, um auf diese Weise den Kampf gegen das Verbrechertum wirksamer und gründlicher als bisher zu führen.

Als Folge des nationalsozialistischen Regimes, des jahrelangen Krieges und der furchtbaren wirtschaftlichen Not ist die Kriminalität zunächst erheblich angestiegen. Die Kriminalpolizei hat in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft in den vergangenen 6 Monaten viel geleistet und dem Überhandnehmen des Verbrechertums einen wirksamen Riegel vorgeschoben und auf manchen Gebieten

bereits einen Rückgang der Kriminalität herbeigeführt. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Kriminalpolizei der Bekämpfung und Verhütung der Eigentumsdelikte, die infolge des Fehlens aller Gebrauchsgüter einen Umfang angenommen haben, der geradezu eine Gefahr für den Wiederaufbau bildet. So betreffen mehr als die Hälfte aller kriminalpolizeilichen Vorgänge Plünderung, Raub, Diebstahl und Betrug, während Sittlichkeits- und Tötungsdelikte an nächster Stelle stehen.

Die Organisation der **Kriminalpolizei** besteht aus acht zentralen Kriminalinspektionen in der Dircksenstraße, die sich mit der Verfolgung aller gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Delikte befassen. Alle übrigen strafbaren Handlungen werden zur Zeit von den 20 örtlichen Kriminalkommissariaten in Zusammenarbeit mit den Revierkriminalbüros bearbeitet. So wurden allein im Monat Oktober 1945 rund 15 000 strafbare Handlungen verfolgt, von denen rund 8500 bereits aufgeklärt werden konnten. Etwa ein Drittel der gestohlenen Werte wurde wieder herbeigeschafft.

Weniger in der Öffentlichkeit sichtbar, aber doch ebenso bedeutsam für die Normalisierung des Berliner Lebens ist das Wirken der **Verwaltungspolizei.** So wurde der Fremden-Polizei die schwierige Aufgabe zuteil, den zahllosen Ausländern in Berlin Aufenthaltserlaubnisse, Fremdenpässe usw. zu erteilen. Ferner waren vielfach Maßnahmen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten zu treffen. Auch die Rückführung der Franzosen, Belgier und Holländer in ihre Heimat fand seitens der Berliner Polizei tatkräftige Unterstützung. Für Inländer mußten Personalausweise ausgestellt werden, was bei dem Fehlen fast sämtlicher Unterlagen besonders erschwert war. Das der Fremden-Polizei angegliederte Einwohnermeldeamt reorganisiert das gesamte Meldewesen für Groß-Berlin. Eine Auskunftserteilung in größerem Umfang kann jedoch erst erfolgen, wenn die während des Krieges verlagerten Akten dieses Amtes nach Berlin zurückgeschafft worden sind.

Die **Abteilung für Kraft und Verkehr** mit dem Kraftverkehrsamt hat wesentlichen Anteil an dem Wiederaufbau des völlig zusammengebrochenen Verkehrslebens. Zunächst galt es, überhaupt einen Verkehr in den zerstörten Straßen der Stadt zu ermöglichen, die Fahrgeschwindigkeiten zu regeln und vor allem die Verkehrsdisziplin der Bevölkerung wiederherzustellen. Ferner mußten im Einvernehmen mit den Besatzungsmächten etwa 9000 Kraftfahrzeuge zugelassen und 6300 Führerscheine erteilt werden. Auch durch die Einrichtung von Müllabladeplätzen und die Entfernung von Munition und Kriegsgerät wurden auf weiteren Gebieten die Auswirkungen des Krieges im Straßenbild beseitigt.

Die neue **Gewerbepolizei** trug im ersten halben Jahr ihres Bestehens wesentlich zur Konsolidierung des Wirtschaftslebens bei.

Hier erfolgte insbesondere die notwendige polizeiliche Überwachung des Handels und die Säuberung von fachlich nicht geeigneten und politisch unzuverlässigen Elementen. Durch die Erteilung von Genehmigungen, Konzessionen und Legitimationsscheinen wurde, wo ein Bedürfnis bestand, die Schaffung neuer Existenzen ermöglicht. So wurden rund 6000 Schankwirtschaften, 200 Bezirksschornsteinfeger, 70 Buchmacher, 100 Dienstmänner zugelassen und rund 2000 Legitimationsscheine ausgestellt. Von Anfang an richtete die Polizei ihr besonderes Augenmerk auf die **Preisüberwachung,** die nunmehr in Verbindung mit dem **Preisamt** des Magistrats fortgesetzt wird. Der Gewerbeaußendienst führt laufend Preis- und Gewichtsprüfungen, vor allem im Lebensmittelhandel, sowie Kontrollen in Markthallen, auf den Schlachthöfen und in den Einzelhandelsgeschäften durch, die auf annähernd 500 täglich beziffert werden.

Bei den großen Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Wohnungs- und Versorgungswesens verdient auch die Arbeit der **Gesundheits- und Lebensmittelpolizei** besondere Beachtung. Ihrer Tätigkeit in Zusammenarbeit mit dem Hauptgesundheitsamt verdanken wir die allmähliche Abnahme der Krankheitsfälle.

Wie hier, so wurde auch auf anderen Gebieten von der Polizei in gutem Einvernehmen mit den zuständigen Abteilungen und Ämtern des Magistrats zusammen gearbeitet.

Hervorzuheben ist auch das rege Interesse der Besatzungsmächte an der Tätigkeit der Berliner Polizei, was insbesondere in der von den Alliierten gewährten Unterstützung der Polizei zum Ausdruck kommt.

Die bisher — in der Zeit vom 19. Mai bis 19. November 1945 — geleistete Tätigkeit der neuen Berliner Polizei hat wesentlich zur allmählichen Wiedergesundung der Stadt Berlin beigetragen. Die Erfolge sind ihr ein Ansporn, in Zukunft ihre Leistungen noch mehr zu steigern und dabei zugleich weiterhin die Ausrottung von Faschismus und Militarismus als ihre vornehmste Pflicht zu betrachten.

Bericht des Beirats für kirchliche Angelegenheiten

Es wird in der Geschichte unseres Volkes immer denkwürdig bleiben, daß sich in der Stunde der äußersten Verwirrung und hilflosen Verzweiflung Männer fanden, die den Mut hatten, neu zu beginnen, während die Trümmer des Vergangenen noch zu-



Pfarrer Buchholz
Beirat für kirchliche Angelegenheiten

sammenstürzten. Es waren dieselben, die unter dem Naziterror ihre Würde, ihren klaren Blick und ihr Vertrauen auf die Rettung unseres Volkes von der Verruchtheit des totalen Staates bewahrt hatten. Sie hatten in den Kampftagen gelernt, jedem die Hand zu reichen, der es ehrlich mit dem Volke meinte. Nun, wo der schwerste Teil der Arbeit begann, waren sie entschlossen, zusammenzubleiben, über alles Trennende hinwegzusehen und jedem, der tapfer gekämpft

hatte, die Möglichkeit zu geben, sein Bestes für den Wiederaufbau einzusetzen.

Aus diesem demokratischen Geist ist als überzeugendster Beweis für die Ehrlichkeit des Neuanfangs der „Beirat für kirchliche Angelegenheiten" beim Magistrat geschaffen worden. Man hat dieses Amt Männern der Kirche gegeben; neben mir, der ich gleichzeitig die katholische Kirche vertrete, steht Herr Propst Grüber als Vertreter der evangelischen Kirche und Herr Weltlinger als Referent für die jüdischen kirchlichen An-



Propst **Grüber**
Beirat für kirchliche Angelegenheiten

gelegenheiten. Damit hat man von vornherein eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens geschaffen, ohne die eine gemeinsame Arbeit nicht möglich ist. Echte Demokratie läßt weder die Vergewaltigung einer Minderheit durch eine Mehrheit zu, noch die Terrorisierung einer Mehrheit durch eine Minderheit. Demokratische Staatsführung lehnt es ab, wie der totale Staat eine künstliche Einheit zu erzwingen, aber sie muß ihrer Pflicht gerecht werden und dafür sorgen, daß jeder im Volke das Wohl des Ganzen nie aus dem Auge verliert. Im Beirat für kirchliche Angelegenheiten ist ein neuartiges Organ der staatlichen Führung geschaffen, das die Gefahren überwinden helfen soll, die eine geschichtlich gewachsene

tiefwurzelnde Verschiedenheit der weltanschaulichen Haltung für die Einigkeit des ganzen Volkes bedeutet.

In der sechsmonatigen Arbeit des Beirates hat sich gezeigt, daß der Grundgedanke dieses Amtes nicht nur neuartig, sondern durchaus schöpferisch und deshalb im geschichtlichen Sinne berechtigt ist. Es ist viel praktische Arbeit geleistet worden, wenngleich davon weniger die Rede war als von der naturgemäß spürbareren Arbeit der anderen Abteilungen, die die Verantwortung dafür tragen, daß unser Volk wohlbehalten durch diesen Winter kommt. Aber viele von



Siegmund Weltlinger
Referent für die jüdischen kirchlichen Angelegenheiten

denen, um deren Ernährung und Wohnung sich Ernährungs- und Bauamt, Gesundheitswesen und Hauptsozialamt, Arbeitsamt und Wirtschaft mit Einsatz aller Kräfte mühen und sorgen, sind gläubige Menschen. Für sie gehört neben der Beseitigung der Trümmer und der Beschaffung gesunder Lebensmöglichkeiten auch die Zerschlagung der Fesseln und die Beseitigung der Hemmungen im religiösen Leben, die Sorge für gottesdienstliche Räume zu den Voraussetzungen, um aus dem Chaos und der Unfreiheit der Naziherrschaft den Weg frei zu machen für den Aufbau einer neuen Zeit. In dem Sinne ist wohl auch das Wort des Generalobersten Bersarin zu verstehen, mit dem er bei der Einrichtung des kirch-

lichen Beirates auf seine Bedeutung für den friedlichen Neuaufbau Deutschlands hingewiesen hat. So hat der Beirat seine Aufgabe darin gesehen, die Wünsche und Anliegen der kirchlichen Stellen an Magistrat und Besatzungsbehörden weiterzuleiten, die von dort ergangenen Weisungen und Anordnungen den Kirchen zu übermitteln und in Rücksprachen und Verhandlungen einen Ausgleich zu suchen zwischen dem Gewünschten und Möglichen.

Die in diesem Sinne geleistete Arbeit läßt sich statistisch nicht erfassen — es kann nur stichwortartig das Wesentlichste aufgezählt werden, was getan wurde, um das kirchliche Leben in seinem äußeren Ablauf sicherzustellen und die noch als Rest aus der Nazizeit vorhandenen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Einen besonderen Raum nehmen hier ein die Bemühungen um die Wiederherstellung der in den Kriegsjahren beschädigten Gotteshäuser und die Beschaffung geeigneter Gottesdiensträume für die Gemeinden, deren Gotteshäuser völlig zerstört sind. Von 192 evangelischen Kirchen sind 65 total zerstört und 127 beschädigt, von 150 katholischen 42 zerstört und 54 beschädigt, von 50 Synagogen wurden 40 zerstört, die übrigen für andere Zwecke in Anspruch genommen. Wenn heute schon einige Kirchen notdürftig wiederhergestellt sind und andere Bauvorhaben bald in Angriff genommen werden können, und wenn den Juden für ihre Gottesdienste wieder 3 Synagogen und 3 Betsäle zur Verfügung stehen, dann ist dies neben der Selbsthilfe der Gemeinden nur möglich geworden durch die Hilfe des Magistrats und der Besatzungsbehörden.

Für die vordringlichsten Arbeiten hat der Magistrat unter Zustimmung der Alliierten Kommandantur der evangelischen Kirche einen Kredit von 550 000 RM und der katholischen von 220 000 RM gewährt, ferner durch einen Sonderkredit von 50 000 RM die Wiederherstellung der Marienkirche ermöglicht, die eines der ältesten und kunsthistorisch bedeutsamsten und markantesten Bauwerke im Stadtbild Berlins darstellt. Ebenfalls wurde die Wiederherstellung der Synagogen durch die Beihilfe der Stadt ermöglicht.

Auch für die Besoldung der Geistlichen und Kirchenbeamten wurden Kredite beim Magistrat beantragt und in angemessener Höhe bewilligt. Angesichts der ausgedehnten, seit Kriegsende zunehmend gesteigerten sozial-karitativen Tätigkeit der Religionsgemeinschaften ergab sich von selbst eine ununterbrochene Aussprache und Zusammenarbeit mit dem Hauptamt für Sozialwesen, so in der Frage der Flüchtlings- und Heimkehrerfürsorge, der Unterhaltung der Kindergärten, der Festsetzung einheitlicher Pflegesätze für die in konfessionelle Heime eingewiesenen Pfleglinge, bei der Einrichtung eines zentralen Suchdienstes, bei der Durchführung von Volksspeisungen und vor allem auch bei der Abhaltung von Gottesdiensten, kirchlichen

Veranstaltungen aus Anlaß der Feier für die Opfer des Faschismus. Die Zusammenarbeit mit der Hauptstelle „Opfer des Faschismus" gestaltete sich dadurch besonders rege und vertrauensvoll, daß der stellvertretende Beirat, Propst Grüber, als Mitglied in den Hauptausschuß berufen wurde.

Für den kommenden Winter bildet das vom Hauptsozialamt ins Leben gerufene Hilfswerk „Rettet die Kinder" eine besondere Möglichkeit der Zusammenarbeit, die durch die Berufung des Beirates in das Ehrenpräsidium ihren Ausdruck findet und dadurch den Einsatz aller kirchlichen Hilfsmittel und Einrichtungen gewährleistet.

Die Bewährungsprobe des Beirates liegt zweifellos in der Abstimmung der Anliegen der Religionsgemeinschaften auf dem Gebiete des Erziehungs- und Bildungswesens mit den Aufgaben, die das Amt für Volksbildung zu erfüllen hat. Hier erwartet man mit Recht von allen Seiten eine besonders verantwortungsbewußte und sachkundige, auf das Wohl der Gesamtheit bedachte Mitarbeit des kirchlichen Beirats. Entscheidende Fragen sind bereits zur Diskussion gestellt und werden mit dem aufrichtigsten Willen bearbeitet, einen Ausgleich von Gegensätzen, die etwa auftreten könnten, zu finden.

Wir sind uns bewußt, daß es einer ausdauernden und nie verzagenden Arbeit bedarf, um nur einigermaßen die Aufgaben zu bewältigen, die sich aus der Beseitigung des schier hoffnungslosen Trümmerfeldes ergeben, das das Naziregime uns hinterlassen hat. Zweifellos wäre es leichter, von vornherein die Verantwortung abzulehnen für eine Arbeit, die angesichts der sich bergehoch auftürmenden Schwierigkeiten notwendig die Kennzeichen der Übergangszeit an sich trägt. Pionierarbeit ist immer dornenvoll und wenig dankbar. Wenn wir uns zu der Notwendigkeit bekennen, in dem Geist, in dem wir unser Amt angetreten haben, weiterzuarbeiten, so denken wir vor allem an unsere Jugend, die wieder Hoffnung schöpfen muß, um leben zu können. Wir Älteren sind mitverantwortlich dafür, daß die Jugend unserer Zeit nicht von dem sorglosen Glück besonnt ist. So belebt uns der Wunsch, den Rest unserer Arbeitskraft noch einsetzen zu können, damit unsere Jugend glücklich wird.

Schlußwort des Rechenschaftsberichtes des ersten stellvertretenden Oberbürgermeisters Maron

Damit sei die Berichterstattung über die Tätigkeit der einzelnen Abteilungen des Magistrats abgeschlossen. Angesichts der beschränkten Zeit konnten leider bei weitem nicht alle Tätigkeitszweige, die ein derartiger riesiger Organismus, wie ihn die Verwaltung der Stadt Berlin darstellt, berücksichtigt oder auch nur berührt werden. Berlin ist ja bezüglich seiner Einwohnerzahl größer als solche Länder wie Dänemark oder Norwegen. Nur das Wichtigste konnte erwähnt werden. Aber auch diese gedrängten Ausschnitte dürften gezeigt haben, daß nicht weniges geleistet wurde. Der Magistrat ist sich dabei durchaus bewußt, daß noch viele Dinge im argen liegen, daß es genügend Grund zur berechtigten Kritik an verschiedenen Mißständen in der neuen Verwaltung gibt, daß Bürokratismus und grobes Verhalten noch längst nicht ausgerottet sind. Wir können hierzu nur versprechen, daß wir bemüht sein werden, auch diese Mißstände und ihre Quellen zu beseitigen.

Wir begrüßen dabei jede Kritik, die auf diese Mißstände und ihre Ursachen aufmerksam macht und uns weiterhilft. Wir sind sogar der Auffassung, daß es ohne diese Kritik langsamer vorwärtsgehen würde und daß ein Fehlen dieser Kritik ein schlechtes Zeichen für unsern festen Willen wäre, aus dem Chaos herauszukommen. Aber die Kritik muß positiv, aufbauend, helfend sein. Sie darf nicht nur herabreißen, bewußt schlechte Stimmung und Mißtrauen hervorrufen wollen, die Tatsachen auf den Kopf stellen und dadurch das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Kraft untergraben. Oft wird der Magistrat für Dinge angegriffen, für die er absolut nicht verantwortlich gemacht werden kann, da sie aus der Eigenart der Lage und den Bedingungen der Zeit entspringen. Dabei ist es ziemlich zweifellos, daß diesen übelwollenden Kritikern die tatsächlichen Umstände sehr genau bekannt und sie sich sehr gut bewußt sind, daß sie eine unfruchtbare Kritik betreiben, die dem Wiederaufbau mehr schadet als nützt. Eine solche negative und schädliche, aus Sonderinteressen entspringende Kritik lehnen wir auf das schärfste ab, da sie nicht den Interessen der Allgemeinheit dient. Glücklicherweise ist sie nicht imstande, den gesunden Verstand und die Einsicht des weitaus überwiegenden und entscheidenden Teils der Berliner Bevölkerung zu beeinflussen. Von Drückebergern und Faulenzern, die sich nicht einreihen wollen in die Front des fried-

lichen Aufbaus, reden wir hier nicht. Mit ihnen muß man sowieso in einer anderen Sprache reden. Und wir werden sie reden.

All den vielen anderen aber, die die übergroße Mehrheit darstellen und die sich mit allen Kräften für den Wiederaufbau unserer Heimatstadt einsetzen, möchte ich von dieser Stelle zurufen: Weiter so! Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß wir ohne den glänzenden Einsatzwillen der Berliner Arbeiter und Angestellten, der Intellektuellen, Wissenschaftler und Künstler, ohne unsere Frauen und Jugendlichen niemals auf solche Fortschritte im Wiederaufbau hätten zurückblicken können, wie sie in diesen sechs Monaten erzielt wurden. Was in dieser Zeit manchmal mit den primitivsten Mitteln und unter den schwierigsten Bedingungen von allen Schichten der Berliner Bevölkerung geleistet wurde, dürfte ziemlich beispiellos dastehen. Ich danke allen an diesem Werk Beteiligten für ihre Selbstlosigkeit und ihre Aufopferung. Ich danke den Mitgliedern des Magistrats, die in den letzten sechs Monaten oft genug vor anscheinend unüberwindlichen Problemen standen und sie doch meisterten. Ich danke allen Mitarbeitern und Angestellten des Magistrats für ihre restlose Hingabe und rückhaltlose Unterstützung. Ich danke all den vielen ehrenamtlichen, namenlosen Helfern in den Bezirken und Wohnvierteln, die vom ersten Tage an unter Hintansetzung ihrer persönlichen Interessen in mühevoller täglicher Kleinarbeit so außerordentlich viel zur Überwindung des Chaos beitrugen. Ich danke den Parteien und Gewerkschaften für ihre Hilfe.

Vieles ist in den letzten sechs Monaten getan und erreicht worden. Aber noch bedeutend mehr bleibt zu tun. Die Zeit zum Ausruhen ist noch lange nicht gekommen. Die schwerste Arbeit steht erst noch bevor. Der Winter wird ein sehr harter Prüfstein werden. Die Aufgabe, die Bevölkerung über das nächste halbe Jahr hinwegzubringen, ist so groß, daß sie noch stärkeren und geschlosseneren Einsatz aller Kräfte notwendig macht. Aber auch dieses Werk wird gelingen. Diese Überzeugung können wir aus den Ergebnissen der letzten sechs Monate schöpfen. Das drohende Hungergespenst haben wir erfolgreich zurückgeschlagen. Die Seuchengefahr haben wir gebändigt und so gut wie besiegt. Verkehr, Post, Versorgungsbetriebe laufen, die Wirtschaft erholt sich. Unsere Ernährung wie auch Strom, Gas und Wasser für die nächsten Monate sind gesichert. Warum sollen wir nicht auch den Winter, die Kälte und alle anderen noch bevorstehenden Schwierigkeiten überwinden können?

Wir können es und wir werden es, wenn alle so wie bisher und noch mehr anpacken: Im eigenen Interesse, im Interesse unserer Heimatstadt, für ein demokratisches Berlin der Arbeit, des Friedens und des Fortschritts.

Bericht des Leiters des Hauptjugendausschusses beim Magistrat der Stadt Berlin

So wie auf allen anderen Gebieten unseres gesellschaftichen Lebens, war nach der Zerschlagung des Hitlerregimes durch die alliierten Truppen auch bei unserer Jugend moralisch sowie in ihrer zahlenmäßigen Zusammensetzung ein großer Niedergang zu verzeichnen.

Im Verwaltungsbezirk Weißensee gab es 1932 2036 Jungen über 14 Jahre, heute sind es nur noch 1218 Jungen. So sah es ungefähr in ganz Berlin aus. Die Einwohnerschaft des Verwaltungsbezirks Tempelhof betrug etwa 41 034, davon 1427 Jugendliche im Alter von 18 bis 21 Jahren, hiervon gehörten den Jahrgängen von 18 bis 21 Jahren 717 Mädel und 71 Jungen an, d. h. 10mal mehr Mädchen als Jungen. Aus diesen Beispielen ist ersichtlich, daß die Blüte unserer männlichen Jugend von den Hitlerbanditen für ihren Raubkrieg geopfert worden ist.

Es ist ein trauriges Erbe, das uns das Hitlerregime hinterlassen hat. Aber allen von uns war klar: sollte ein neues demokratisches Deutschland erstehen, so mußte die uns verbliebene Jugend als erste und aktivste Kraft an dem Aufbau eines solchen mitarbeiten; dies konnte nicht erreicht werden, wenn die verbliebenen kostbaren Kräfte unserer Jugend gespalten worden wären. Das war unser Leitgedanke, als wir vor etwa sechs Monaten im Einvernehmen mit dem Magistrat der Stadt Berlin den Hauptjugendausschuß ins Leben riefen. Es zeigte sich, daß unser am Anfang fast aussichtsloses Beginnen doch bald seine Früchte trug. Schon nach kurzer Tätigkeit hatten wir in fast allen 20 Verwaltungsbezirken arbeitende Jugendausschüsse. Überall erst schwach, dann immer mehr anwachsend, begann sich ein kulturelles und politisches Leben unter der Jugend Berlins zu entwickeln. Die ersten Jugendheime wurden auf Initiative der Jugendausschüsse von den Jugendlichen mit Unterstützung der Verwaltungen aus- und neu aufgebaut. Heute können wir mit Stolz sagen, daß sich die Berliner Jugend mit Hilfe der Jugendausschüsse fast aus dem Nichts etwa 200 Jugendheime zum

Teil mit Bibliotheken, Lese- und Spielräumen, in denen sich ein reges kulturelles und politisches Leben abspielt, geschaffen hat. 8000 Jugendliche nehmen aktiv an der Arbeit der Jugendausschüsse teil. 80 000 Berliner Jungen und Mädel fanden in den Jugendveranstaltungen, Heimabenden, Jugendkundgebungen Aufklärung, Zerstreuung und Freude.

Den ersten Höhepunkt und einen gewissen Abschluß der Tätigkeit der Jugendausschüsse in den ersten Wochen nach der Zerschlagung des Hitlerregimes war die zentrale Jugendkundgebung im Kolosseum am 22. Juli. 2000 Jugendliche kamen freiwillig, nicht wie unter Hitler auf Befehl oder dem Zwang der Hitlerjugendführer gehorchend, geeilt, um zu hören, welche großen Aufgaben der Jugend Berlins in Zukunft harren. Herr Oberbürgermeister Dr. Werner und Stadtrat Winzer stellten der Berliner Jugend neue Aufgaben: lernen, lernen und nochmals lernen, um besser am Aufbau einer neuen, ihrer eigenen Zukunft mitwirken zu können. Von nun an war ein ständiges wachsendes Interesse für alle neuen Probleme und Aufgaben, die vor der Jugend stehen, zu verzeichnen. Die Jugend begann, in Veranstaltungen und Heimabenden ernsthafter mit den Fragen zu ringen und mit der verderblichen Hitlerära abzurechnen. Sie rechnete nicht nur ab, sondern half tatkräftig mit, Neues zu schaffen. Keine Aktion, zu welcher die vier antifaschistischen Parteien oder der Magistrat der Stadt Berlin aufriefen, verlief, ohne daß ein wesentlicher Teil der Berliner Jugend sich mit ganzer Kraft dafür eingesetzt hat. Es ergab sich eine wesentlich andere Einstellung der Jugend zur friedlichen Arbeit, als sie unter Hitler zu finden war. Bei der Winterfestmachung der Schulen, Wohnungen und Krankenhäuser stellte dieser bewußte Teil unserer Jugend 100prozentig seinen Mann.

Bei der jüngsten Aktion „Rettet die Kinder" spielt die Arbeit der Berliner Jugendausschüsse ebenfalls eine wesentliche Rolle. Etwa 115 Näh- und Bastelstuben wurden von diesen eingerichtet. Viele Bezirksjugendausschüsse haben schon eine Reihe von Musterausstellungen der von ihnen angefertigten Sachen durchgeführt, z. B. Prenzlauer Berg, Schöneberg, Neukölln, Wedding usw. Man könnte viele socher Beispiele anführen von Schusterstuben, Tischlerwerkstätten usw., die auf Initiative der Jugedausschüsse mit Unterstützung der Sozial- und Arbeitsämter eingerichtet wurden.

Die neue Einstellung bei einem großen Teil der Berliner Jugend zur Arbeit ist die erste Frucht der kulturellen und politischen Aufklärungsarbeit der Berliner Jugendausschüsse. Es ist ein Anfang, denn sechs Monate sind erst verflossen. Aber es ist ein vielversprechender Anfang, wenn es auch noch viele Jungens und Mädels gibt, die noch abwartend beiseite stehen. Aber wir werden alles tun, um alle zu gewinnen für den Aufbau eines neuen demokratischen

Deutschlands. Und wir sind überzeugt, wenn uns die Verwaltungsstellen weiter wie bisher und noch mehr bei dem Bestreben, die Jugend wirklich zu aktiven Kämpfern für eine neue bessere Zukunft zu mobilisieren, helfen, so werden wir es schaffen. Der Jugend von Groß-Berlin und allen unseren Freunden rufen wir zu: „Wir haben schon vieles geschafft und erreicht, aber noch lange nicht genug. Zeigen wir, daß wir das in uns gesetzte Vertrauen durch unsere aktive Mitarbeit zu würdigen wissen. Lernen wir alle noch mehr als bisher und packen wir an, wo Not am Mann ist."

Der Leiter des Hauptjugendausschusses
H. Keßler

Bericht über die Arbeit der Frauenausschüsse

Der Zentrale Frauenausschuß beim Magistrat der Stadt Berlin und vor allem die Frauenausschüsse bei den Magistraten der Verwaltungsbezirke haben sich durch ihre aufbaufördernde Tätigkeit in der Berliner Bevölkerung bereits einen Namen verschafft. Die Frauen und Mütter Berlins, die noch in den letzten Tagen der wahnsinnigen hitlerschen Verteidigungsmaßnahmen den Krieg mit allen seinen Schrecken zu spüren bekamen, atmeten auf, als ihnen am 3. Mai die Besetzung Berlins durch die Rote Armee endlich den Frieden brachte. Aus eigener Initiative haben sich dann Hunderte Berliner Frauen freiwillig zur Verfügung gestellt, um zunächst die Straßen von den Trümmern freizumachen. So entstanden die ersten antifaschistischen Frauengruppen. Bald wurde der Wunsch zur Schaffung beständiger Frauenausschüsse bei den Selbstverwaltungen laut. So kam der Beschluß des Berliner Magistrats zustande, wonach Frauenausschüsse bei den kommunalen Verwaltungen geschaffen werden sollten. Durch einen Befehl Marschall Shukows erhielten diese Frauenausschüsse ihre Bestätigung.

Heute gibt es in Berlin keinen Verwaltungsbezirk, wo nicht ein Frauenausschuß besteht. Dort, wo bereits Frauenberatungsstellen bei den Dienststellen eingerichtet wurden, haben sie den Bürgermeistern und Dezernenten im Publikumsverkehr eine sichtliche Entlastung gebracht, da sich die Frauen zunächst an die Frauenberatungsstellen wenden. Hier finden sie meistens schon den Rat und die Hilfe, deren sie bedürfen.

Die durch die Frauenausschüsse eingerichteten Nähstuben haben in Berlin bereits eine Zahl von über 200 erreicht. Die Nähstuben arbeiten mit ehrenamtlichen Kräften und sind jetzt mit Hochdruck für das Hilfswerk „Rettet die Kinder" beschäftigt. Es soll möglichst jedes Berliner Kind zu Weihnachten mit einem warmen Kleidungsstück und mit einem Spielzeug beschenkt werden. In Frauenversammungen, in Gechäften und Schulen finden ständig Ausstellungen der von den Frauenausschüssen angefertigten Kleidungsstücke und Spielzeuge statt.

Die Frauenausschüsse helfen heimgekehrten Kriegsgefangenen, indem sie aus alten Uniformen Zivilkleidungsstücke herstellen. In Wilmersdorf konnten vom Frauenausschuß über 200 heimgekehrte

Kriegsgefangene eingekleidet werden. Die Frauenausschüsse haben auch bei der Schaffung von Kinderheimen, Kindergärten und Waisenheimen mitgeholfen. Der Lichtenberger Frauenausschuß hat sich besonders eines Flüchtlingswaisenlagers angenommen. Dort waren 180 Flüchtlingswaisen notdürftig untergebracht. Ihre Bekleidung war äußerst mangelhaft. Der Frauenausschuß hat nicht nur durch eine schnell durchgeführte Sammlung Kleidungsstücke herangebracht, es wurden auch innerhalb von 10 Tagen für 160 dieser Waisenkinder Elternstellen geschaffen. Man kann sagen, daß die Frauenausschüsse überall dort erfolgreich eingreifen, wo es gilt, die durch den Hitlerkrieg hervorgerufene Not zu lindern.

Die Frauenausschüsse haben sich vor allem die große Aufgabe gestellt, die politisch-erzieherische und kulturelle Aufklärungsarbeit unter den Frauen im antifaschistisch-demokratischen Geiste durchzuführen. Auch der letzte Rest der Naziirrlehren muß aus den Köpfen der Frauen und Mütter getilgt werden. Hier hat vor allem die Schaffung von Frauenheimen unter Leitung der antifaschistischen Frauenausschüsse eine große Bedeutung. Leider gibt es in Berlin erst in 8 Verwaltungsbezirken antifaschistische Frauenheime. Diese Frauenheime sollen zum Sammelpunkt sowohl für das politisch-erzieherische wie auch für das kulturelle und gesellige Leben breitester Schichten von Frauen und Müttern werden. Das geschmackvoll und behaglich eingerichtete Frauenheim kann der Anziehungspunkt für viele Frauen und Mütter sein, die im Hitlerkrieg ihre Kinder und den Ehegatten, oft auch Heim und Habe, verloren haben und nach neuen Lebensformen und einem neuen Lebensinhalt suchen.

Die Frauenausschüsse sollen die Bedeutung haben, die den Frauen und Müttern — nach den furchtbaren Verlusten an Männern und männlichen Jugendlichen — im neuen Deutschland zukommt. Die Frauen sollen aktiv am öffentlichen Leben, an der demokratischen Umbildung unseres Landes mithelfen. Sie sollen auf allen Gebieten, im öffentlichen Leben wie im Beruf, den Platz einnehmen, der ihnen nach dem demokratischen Prinzip der Gleichberechtigung beider Geschlechter gebührt. Die Frauenausschüsse sollen das Selbstbewußtsein der Frauen stärken und sie dazu erziehen, die staatsbürgerliche Rolle zu erfüllen, die der Frau im neuen demokratischen Deutschland obliegt. Die Frauenausschüsse haben die Aufgabe, die breitesten Schichten der Frauen und Mütter mit den neu geschaffenen demokratischen Einrichtungen vertraut zu machen und sie zur aktiven Teilnahme am Kampf für die Sicherung des Friedens und der Volksfreiheit zu mobilisieren. Eine besonders hohe Aufgabe erwächst den Frauenausschüssen darin, die Mütter anzuleiten, ihre Kinder in einem neuen Geist, im Geiste der Demokratie und des Friedens, der Freundschaft unter den Völkern und der friedlichen Arbeit zu erziehen.

Wir können heute sagen, daß durch die Frauenausschüsse in Berlin bereits zehntausende Frauen erfaßt und in die aktive Aufbauarbeit eingegliedert sind. Das ist für die demokratische Erziehung der Frauen von größter Bedeutung.

Die Mitglieder des Zentralen Frauenausschusses beim Magistrat der Stadt Berlin wurden auf folgende wichtige Arbeitsgebiete aufgeteilt:

1. Ideologische Aufklärung durch Presse, Schrifttum, Rundfunk, Film usw.
2. Förderung der allgemeinen und beruflichen Bildung der Frauen, der Umschulung, Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung.
3. Soziale Fürsorge für Frauen, Mütter und Kinder, alte Leute sowie für heimkehrende Soldaten, Umsiedler und Opfer des Krieges.
4. Erziehung der Kinder und Jugendlichen und enge Zusammenarbeit zwischen Elternschaft und Jugendausschüssen.
5. Kulturelle Betreuung der Frauen und Mütter, besonders der Berufstätigen; Pflege der Geselligkeit.
6. Fragen der Hauswirtschaft und Ernährung.

Die regelmäßigen Zusammenkünfte des Zentralen Frauenausschusses mit den Vertretern der Frauenausschüsse der Verwaltungsbezirke ermöglichen einen regen Erfahrungsaustausch.

Elli Schmidt

Bericht des Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates der städtischen Betriebe und Verwaltungen

Über das, was die Arbeiter und Angestellten in der Stadt Berlin nach dem schrecklichen Ende dieses Krieges in ihren Betrieben und Dienststellen vorfanden, ist heute von berufener Seite schon genügend gesagt worden, so daß es nicht wiederholt zu werden braucht.

Ich kann mich als **Vertreter der Arbeiter und Angestellten** im wesentlichen damit beschäftigen: Was ist an positiver Aufbauarbeit geleistet worden, um für die Bevölkerung der Stadt Berlin wieder einige erträgliche Momente herauszustellen, die ein Weiterleben überhaupt erst ermöglichen?

Ich denke dabei an die Kollegen der Stadtentwässerung und Wasserwerke, die besondere Arbeitsleistungen vollbrachten, von denen sich der Außenstehende kaum ein Bild machen kann. Unter den allerschwierigsten Arbeitsbedingungen; denn es gab ja keine Verkehrsmittel — die Menschen mußten stundenlange Wege von und zur Arbeitsstelle zurücklegen, ja sie mußten oft Tag und Nacht auf der Arbeitsstätte bleiben, um den Anforderungen gerecht zu werden. Trotzdem war es möglich, tausende von Rohrbrüchen der kompliziertesten Art wieder zu reparieren, dabei bis über die Knie im Schlamm stehend, mit nassen Kleidern, frierend und unzureichend ernährt. Die Arbeit wurde und mußte geschafft werden, denn die Gefahr der Seuchen war durch die mangelhafte Wasserversorgung immer drohender geworden.

Die Kollegen der E-Werke waren etwas günstiger daran; denn sie fanden ja wenigstens ihren Betrieb im Kraftwerk Klingenberg noch einigermaßen unbeschädigt vor. Aber auch hier zeigte sich, daß durch die Initiative und Tatkraft der Beschäftigten in kürzester Frist die Stromversorgung für die Berliner Bevölkerung gesichert werden konnte und gesichert worden ist.

Viel schwieriger lagen die Verhältnisse in den Gaswerken. Hier bedurfte es der ganzen Entschlußkraft der Funktionäre und der Belegschaft, um die Riesenzerstörungen möglichst schnell so weit zu beseitigen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Gas wenigstens zu einem Teil sichergestellt werden konnte. Ähnlich wie in diesen drei Betrieben lag es in allen anderen Eigenbetrieben und Werken

Immer wieder muß festgestellt werden, daß die Entschlußkraft und der Arbeitswille der Beschäftigten Leistungen zeigten, die weit über das Maß dessen hinausging, was man billigerweise überhaupt einem Menschen an Arbeitsleistung zumuten konnte. Hervorzuheben in diesem Zusammenhang ist weiter die Arbeit der im Post- und Fernmeldewesen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, die mit den primitivsten Mitteln, die im Anfang zur Verfügung standen, und unter besonders schwierigen Verhältnissen, den Postbetrieb in Gang setzten.

Eine Gruppe von Arbeitern und Angestellten muß noch besonders herausgestellt werden, die bisher wohl nicht die Beachtung fand, die sie verdiente. Ich spreche jetzt von den Beschäftigten in den Berliner Krankenanstalten, d. h. also dem Gesundheitswesen überhaupt. Hier standen neben Ärzten die Schwester, der Krankenpfleger, das gesamte Hauspersonal in vorderer Front, um Leben und Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und zu erhalten. Haben alle übrigen Arbeiter und Angestellten der Werke und Eigenbetriebe sowie der Dienststellen ihre Pflicht bis zum letzten getan, so muß man erkennen, daß hier in den Krankenanstalten doch noch mehr geleistet wurde. Der Kampf mit dem Tode direkt wurde hier in vorbildlicher Weise geführt. In den Seuchen-Abteilungen, in denen unter Hintansetzung des eigenen Lebens mit dem Tode gerungen wurde, um andere lebend zu erhalten, sowie in den Chirurgischen und Inneren Abteilungen wurde ein fortwährender Kampf geführt um jedes Menschenleben.

Ich muß als Vertreter der gesamten städtischen Arbeitnehmerschaft aussprechen, daß die Kolleginnen und Kollegen aller Betriebe und Verwaltungen ohne jede Ausnahme in diesem gigantischen Kampf des schnellen Aufbaues und Umbaues in der Stadt Berlin nicht nur voll ihren Mann gestanden haben, sondern daß die Leistung jeder einzelnen Frau und jeden Mannes so groß war, daß man ihnen nichts an die Seite stellen kann. Alle haben ihr Bestes hergegeben — das zeigt das äußere Stadtbild sowie auch die gesamte innere Verwaltung, die schneller als wohl alle glaubten, wieder in Gang gesetzt werden konnten.

Eine Riesenarbeit ist geleistet worden — weitere neue, sehr große Arbeitsenergien sind erforderlich, um das Werk zu vollenden. Ich kann die Erklärung abgeben, daß die städtische Arbeiterschaft — Kolleginnen sowohl wie Kollegen — sich der Größe ihrer Aufgabe voll bewußt sind und auch in der kommenden ernsten Zeit des vor uns stehenden Winters noch mehr ihre Pflicht erfüllen werden, bis alle Schwierigkeiten beseitigt und wir wieder einer besseren Zukunft entgegensehen können.

Schwanebeck

Bericht des Vorsitzenden des Betriebsausschusses der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

Die Verkehrsbetriebe der Stadt Berlin waren bis April 1933 in der Verkehrssicherheit vorbildlich; sie waren auch vorbildlich in den sozialen Einrichtungen für die Arbeiter und Angestellten. Die Belegschaft war zu 80 % freigewerkschaftlich organisiert. Auch politisch war das Verhältnis als gut zu bezeichnen, und doch gelang es Hitler, alles zu zerschlagen, was der Arbeiterschaft diente. Die Funktionäre wurden entlassen, verhaftet, in Gefängnisse oder Konzentrationsläger gebracht, die Faschisten mordeten und schleppten aufrechte Männer aufs Schaffot. Die Arbeiterschaft war ohne Führung und wurde versklavt.

Der von Hitler entfesselte Raubkrieg führte besonders durch die Kriegshandlungen in Berlin selbst noch zu einer in weiten Teilen vollständigen Vernichtung der Berliner Verkehrsanlagen, der Rest wurde durch den schnellen Vormarsch der Truppen der Alliierten gerettet. Nach dem Abschluß der Kampfhandlungen um Berlin begannen die Arbeiter und Angestellten der BVG sofort mit dem Wiederaufbau. Sie warteten nicht auf Befehle und Anweisungen, sondern holten sich von der Kommandantur die Erlaubnis, den Verkehr in Gang zu bringen. Am 10. Mai liefen bereits die ersten Wagen.

Was von den Arbeitern und Angestellten der BVG in den sechs Monaten nach dem Kriegsende an Aufbauarbeit geleistet wurde, kann nicht mit Worten geschildert werden. Ohne Hilfsmittel, ohne ausreichende Werkzeuge wurde gearbeitet, nur von dem Gedanken beseelt, der Verkehr, die Hauptader der Stadt Berlin, muß laufen. Die U-Bahnschächte standen zum Teil voll Wasser und waren an vielen Stellen von Bombenkratern aufgerissen, die Omnibusse waren ohne Reifen und Treibstoff, die Straßenbahn ohne Strom. Das war die Lage des Berliner Verkehrsbetriebes — aber es wurde geschafft.

Jeder konnte die täglichen Fortschritte sehen. Auch die Werkstätten haben unter Beweis gestellt, daß der Aufbau und die Fertigung in voller Entfaltung stehen. Hier hat sich die Produktion um 40 % gegenüber der Nazizeit gesteigert. Die Belegschaft hat somit ein Zeichen ihres demokratischen Wollens gegeben, was auch anerkannt werden muß.

Einige Zahlen zeigen den Verlauf der Aufbauarbeit:

Betriebsergebnisse (1945)

Monat	Straßenbahn	Omnibus	U-Bahn	BVG (Insgesamt)
Beförderte Personen (Gesamtverkehr)				
Mai	698 756	362 272	1 413 918	2 474 946
Oktober . .	34 185 467	2 194 344	24 593 332	60 973 143
Wagenkilometer				
Mai	89 599	21 692	148 608	259 899
Oktober . .	3 702 159	242 570	1 824 553	5 769 282
Linienlänge (in Kilometern)				
Mai	49,1	57,6	20,9	
Oktober . .	312,1	72,0	66,6	
Offene Bahnhöfe U-Bahn (Gesamtzahl der U-Bahnhöfe: 101)				
Mai		31		
Oktober . .		91		

Eine Sonderwerkstatt wurde eingerichtet, in der Körperbehinderte beschäftigt werden.

Der Lehrlingswerkstatt wurde die größte Aufmerksamkeit zugewandt, so daß eine fachlich einwandfreie Ausbildung gewährleistet ist.

Das ist das Ergebnis der Aufbauarbeit, die vom Arbeiter bis zum 1. Direktor in einmütiger Übereinstimmung durchgeführt wurde. Die Reinigung des Betriebes von nazistischen Elementen lief neben dieser Aufbauarbeit und kann als abgeschlossen gelten.

Schmidt

Bericht des Intendanten der ehemaligen Staatstheater, Ernst Legal

Am Sonntag, dem 27. Mai 1945, — an einem frühsommerlichen Vollmondtage — hob sich in Berlin zum ersten Male wieder nach der größten Katastrophe, der die Stadt im Laufe ihrer Geschichte jemals ausgesetzt war, zum ersten Male wieder der Vorhang vor den Brettern, die, wie es beim Dichter heißt, die Welt bedeuten. Es war im Renaissance-Theater und gegeben wurde, weil dafür einzig und allein Dekoration und Kostüme vorhanden waren, der alte Schwank „Der Raub der Sabinerinnen". Es war bestimmt kein besonderes künstlerisches Ereignis, aber bei näherer Betrachtung gewinnt der Vorfall doch an tieferer Bedeutung. Denn in diesem Zusammenhang wird die ewige, durch nichts zu erschütternde Spielfreudigkeit des deutschen Bühnenkünstlers gefeiert und in das hellste Licht gerückt, und so wurde denn dieser Nachmittag zu einem Bekenntnis der Berliner Bühnenkünstler, sich durch keine noch so bedrohlich auftürmenden Schwierigkeiten in dem Drang zum Leben und im Aufbauwillen beirren zu lassen.

Voraussetzung zu dieser Offenbarung eines sich stürmisch äußernden Lebenswillens war jedoch die nicht minder freudige Bereitschaft der öffentlichen Stellen, die Vorbedingungen zu schaffen und sich als Beschützer und Förderer des gesamten Lebenswillens zu bekennen und zu dokumentieren. Denn schon vorher, sozusagen noch unter rauchenden Trümmern, hatte der neu sich zusammensetzende Magistrat der Stadt Berlin, ohne zu zögern, den historischen Entschluß gefaßt, auch die Kunst der Bühne unter seine Obhut zu nehmen, um sie der Stadt und somit dem Volke zu erhalten. In dem festen Vertrauen auf die tätige Mithilfe der Künstlerschaft übernahm er ein absolutes Nichts zur Wahrung der Idee und der hohen Aufgabe, die die Schaubühne der Nation gegenüber zu erfüllen hat.

Unter dieser Parole standen Männer auf, die hier und da in den verschiedensten Bezirken der Stadt Sammelpunkte schufen für alle arbeitsfreudigen Kunstelemente. Trümmer wurden beseitigt, aus fenster- und türlosen Höhlen entstanden wieder Räume, in denen sich arbeiten ließ. Die Bürgermeistereien entfalteten eine rastlose Tätigkeit und bald herrschte wieder Leben und Bewegung in verödeten Gängen und Sälen, in denen sich auch bald das Chaos eines

geschäftigen Durcheinanders sinnvoll zu lichten begann. Innerhalb des unvergleichlichen Verdienstes, das die Tatkraft der Behörden in diesem Monat Mai und das die Förderung dieser Tatkraft durch die Führung und den Schutz der Roten Armee erfahren, ja ihr zu einem großen Teil zu verdanken hat, fiel der improvisatorische Charakter der ersten Maßnahmen nicht ins Gewicht, zumal ihm in der Kammer der Kunstschaffenden, wenn ich so sagen darf, eine Klärungsanlage geschaffen wurde, die als beratender Faktor dem Magistrat wertvollste Dienste zu leisten imstande war.

Nachdem einmal der Anfang gemacht war, entwickelten die Ereignisse sich sehr schnell. Die Stadt übernahme die wichtigsten Theater ganz, um ihre Erhaltung und ihren durch nichts zu ersetzenden inneren Wert zu schützen; die Männer der Praxis stürzten sich in die Arbeit und suchten die ihnen von der Militärbehörde und der Stadt auferlegten Aufgaben aus dem Nichts heraus zu entwickeln. Ich brauche im einzelnen nicht auszuführen, was uns zeitlich noch so nahe ist. Gewiß alle Dinge sind noch im Fluß, alles ist noch im Wachsen. Es müssen Umwege gemacht werden, um zum Ziel zu gelangen. Maßnahmen, die im ersten Augenblick durchaus richtig waren, erhalten durch die Entwicklung ein anderes Gesicht, müssen infolgedessen abgeändert werden; wir stehen also auch heute noch, wie es auch gar nicht anders sein kann, im Werden.

Etats- und Materialnöte aller Art, Bauprobleme schwierigster Observanz, das Heizungsproblem, Raummangel, Ernährungsfragen, schwierige Personalfragen, in denen sich Politik und Kunst kreuzen. Personalmangel auf der einen Seite, dem gegenüber gewisse Massierungen auf der anderen, die sich aus dem Hin- und Herfluten der Bevölkerung immer noch ergeben. Transportschwierigkeiten, die Unmöglichkeit, alles auf einmal instand zu setzen, und die Notwendigkeit, trotzdem oder gerade deswegen an eisernen Arbeitsmethoden festzuhalten. Das alles sind Schwierigkeiten, von denen sich der Außenstehende und der Genießende keine Vorstellung machen kann.

Daß wir sie aber bis zum heutigen Tage in irgendeiner Weise gemeistert und überstanden haben, und daß wir sie weiterhin überwinden werden, das, meine Damen und Herren, ist die historische Aufgabe, der wir alle unsere Kräfte zu widmen haben, und daß wir hier heute so weit sind, in diesem hellglänzenden Raum Rechenschaft ablegen zu können über geleistete Arbeit, daß die ehemaligen Staatstheater und Max Reinhardts Deutsches Theater in ihrem Bestande und ihrer Idee erhalten bleiben, daß die Städtische Oper segensreiche Arbeit leisten und das Hebbel-Theater seine Kräfte den dichterischen Bestrebungen der Zeit widmen kann, daß das Metropol-Theater Freude zu verbreiten imstande ist, und daß so viele andere künstlerische Unternehmungen in allen Teilen der Stadt eine Mission fanden, daß all dieses Beginnen sich mutig in die Bresche

wirft, die ein schweres Schicksal in unser Dasein gerissen hat, das verdanken wir dem Fleiß und dem Lebenswillen der Bürgerschaft, die sich im Magistrat manifestiert, die mutig ausgehalten hat, als es hart auf hart ging und ihrer geliebten Stadt treu geblieben ist, das verdanken wir dem Mute und der freudigen Entschlossenheit jedes einzelnen, sein Los auf sich zu nehmen und aus ihm zu machen, was sich aus ihm machen läßt, das verdanken wir der Haltung und Entschlossenheit unseres Magistrats, und das können wir heute mit froher Aufrichtigkeit aller Welt zur Prüfung vorlegen in der Hoffnung und Zuversicht, daß das so auch beim Abschluß des nächsten, vielleicht schwersten halben Jahres im Zeichen desselben Vertrauens und derselben Zuversicht sein möge.

Ernst Legal

Ansprache des Rektors der Berliner Universität und Präsidenten der Akademie der Wissenschaften. Prof. Dr. Stroux

Universität und Akademie der Wissenschaften, die beide im Stufenbau der Einrichtungen, die der Volksbildung und Wissenschaft dienen, an der Spitze stehen, melden sich als dankbare Zeugen der Tätigkeit, die der Magistrat und sein Amt für Volksbildung zu ihrer Erhaltung und zur Sicherung ihrer Weiterarbeit entfaltet hat. Er übernahm an Stelle der in Fortfall gekommenen früheren Behörden die Verwaltung und schuf in Zusammenarbeit mit den zum Wiederaufbau in antifaschistischem und demokratischem Geiste geeigneten Persönlichkeiten beider Institute die doppelte Voraussetzung für ihr Weiterbestehen, eine neue, in der Abkehr von aller nazistischen und kriegerischen Ideologie wie in dem Bekenntnis zur neuen politischen und geistigen Haltung des deutschen Volkes gleichentschlossene Körperschaft.

Diese personelle Reinigung geschah auf Grund sorgfältiger Überprüfung, um die sich namentlich der vom Magistrat eingesetzte, seit dem 2. Juni 1945 bestehende „Leitende Ausschuß für Hochschulfragen" verdient gemacht hat. Mit einer Energie, die viel vom Untergang Bedrohtes zu retten wußte, stellte der Magistrat die erhaltenen Institute, Forschungs- und Lehrmittel sicher und schuf damit die zweite neben der personellen nicht minder wichtige Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Lehr- und Forschungstätigkeit. Die reichen Bestände an Büchern und Apparaten solcher Institute, die ihres politischen Programms wegen verschwinden mußten, wurden nach Sichtung neuer Verwendung zugeführt. Aus den ersten chaotischen Zuständen wurde durch den Einsatz aller dafür eingesetzten Stellen eine Neuordnung geschaffen, und zwar in verhältnismäßig kurzer Zeit, aus der nun die neue Arbeit hervorwachsen kann. Die großen Geldmittel, die für den Lehrkörper wie für die schweren Aufgaben der Verwaltung der Universität und Akademie und die ersten Aufgaben des Wiederaufbaues nötig waren, sind, so belastet auch der gegenwärtige Etat Berlins ist, bereitgestellt worden.

Das Ziel, das nach der ersten Periode, die der Rettung und Sicherung des noch Vorhandenen galt, in den Vordergrund trat, war die baldige Eröffnung der Universität. Die gewesenen Studenten und die lange Jahre vom Studienbeginn zurückgehaltene Jugend sehnt diese Eröffnung herbei, und zwar in solchen Scharen, daß ihre Aufnahme ohne Einschränkung der Zahl ein Ding der Unmöglichkeit ist. Der Magistrat sorgte für eine erste Sichtung und prüfte die Möglichkeiten räumlicher Unterbringung. In der Charité, in den Kliniken, in Instituten, deren räumliche Verlegung nicht in Betracht kam, wurden die überall notwendigen baulichen Ausbesserungsarbeiten ausgeführt oder begonnen. Für die Hörsäle und Seminare war die Unterbringung in der in Trümmer gelegten Stadt besonders schwierig, und Projekt auf Projekt wurde geprüft.

Jetzt erscheint die natürlichste Lösung der Raumfrage, die Unterbringung in den noch verwendbaren Teilen der Ruine des Universitätsgebäudes und in einer Reihe dem Gebäude Unter den Linden verhältnismäßig naheliegender und einer baulichen Instandsetzung fähiger Gebäude das Richtige. Ausführbar wurde der Plan allerdings nur dadurch, daß die Professoren der Medizinischen Fakultät ihre verwendbaren großen Hörsäle in der Zeit, in der sie von ihrem Lehrbetrieb nicht in Anspruch genommen sind, den anderen Fakultäten zur Verfügung stellten. Auch in der früheren Landwirtschaftlichen Hochschule in der Invalidenstraße und ihrer Umgebung kann ein Teil des Lehrbetriebes der Universität Unterkunft finden. An diesem Vorbereiten und Planen sind die Baubehörden des Magistrats fortlaufend beteiligt und die vom Magistrat gewährten Mittel die Voraussetzung für das Gelingen.

Eröffnung einer Universität mit einem Lehrkörper, der mit fortschrittlichen Kräften besetzt ist, einer Universität, die sich selbst für eine zeitgemäße Reform des Hochschulwesens nach den Grundsätzen der neuen Demokratie einsetzt, einer Universität, die durch den Wert ihrer wissenschaftlichen Ausbildung, durch den humanistischen Geist der von ihr vermittelten Bildung und durch ihre dem neuen politischen Leben verpflichtete Haltung aus allen dafür geeigneten Kräften der deutschen Jugend ohne soziale Unterschiede eine neue deutsche Intelligenz schafft, einer Universität, an der die studierende Jugend durch eine großzügige soziale Fürsorge, für welche eine Stiftung der Stadt Berlin die finanzielle Grundlage bereits gelegt hat, der Not und dem Zwang zu Nebenverdiensten, bewahrt bleiben soll, das ist das Ziel der mühevollen Arbeit und der finanziellen Opfer, die der Magistrat und seine Behörden für den Wiederaufbau geleistet haben.

Nur, wer an dieser Arbeit auch im einzelnen beteiligt war, kennt die Energie und die zähe Geduld, mit der die Schwierigkeiten überwunden wurden, kennt die Unsumme an Zeitopfern, die die mit

Geschäften belasteten Behörden für diese Aufgabe gebracht haben. Aber es war ein hohes Ziel, es galt der Erhaltung und Erneuerung der mit der Stadt Berlin und ihrem Ansehen unter den deutschen Städten aufs engste verwachsenen Universität.

Auch die Akademie der Wissenschaften, deren Arbeiten sich in der Stille ihrer wissenschaftlichen Forschungsstätten vollziehen, wird durch die Werke, die daraus hervorgehen, das Ansehen der deutschen Wissenschaft in der ganzen Welt verbreiten und durch ihren Anteil den Fortschritt, auf dem die geistige Kultur der Menschheit beruht, fördern und durch ihre wiederaufgenommene Tätigkeit, das, was der Magistrat an Fürsorge und Mitteln für sie aufwendet, vergelten. Wie die Akademie und die Universität das Schicksal der Stadt Berlin miterlebt und miterlitten haben, so werden sie auch dem Wiederaufstieg in der neuen Zukunft Berlins mit allen Kräften dienen.

Schlußwort des Oberbürgermeisters Dr. Arthur Werner

Meine hochverehrten Herren Offiziere
von den alliierten Besatzungsmächten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie haben nun den Rechenschaftsbericht über das erste halbe Jahr der Verwaltungstätigkeit der Berliner Stadtverwaltung vernommen. Was in diesem Bericht Ihrem geistigen Auge vorgeführt worden ist, stellt nur eine kurze, komprimierte Zusammenfassung der unendlich vielfältigen und schwierigen Aufgaben dar, die wir in dem letzten halben Jahr haben meistern müssen. Ein halbes Jahr ist im Ablauf behördlicher Arbeit gewöhnlich nur eine kurze Spanne Zeit, und im allgemeinen wird sie nicht für ausreichend befunden, zum Gegenstand eines besonderen Rechenschaftsberichtes gemacht zu werden.

Aber auch im Leben einer politischen Korporation ist alles relativ. Die sonst so kurze Spanne von einem halben Jahr war in der zurückliegenden Zeit des Überganges vom Krieg zum Frieden, in der Zeit der Überwindung des Chaos durch eine neue politische Ordnung so bedeutsam und reich an Schwierigkeiten und Aufgaben, daß sie praktische und theoretische Probleme aufgeworfen hat, wie sie sonst im gemächlichen Flusse ruhiger Zeiten oft nicht einmal im Verlauf von vielen Jahren oder Jahrzehnten entstehen. Wir mußten buchstäblich aus dem Nichts, ja noch schlimmer: aus dem chaotischen Wirrwarr eines hoffnungslosen Zusammenbruches, der alle Elemente der Ordnung verschlungen zu haben schien, mit kühner Improvisation an das Wagnis eines völligen Neuaufbaues herantreten. Wir waren wahrhaft inmitten der Brandung des Schicksals verwegene Pioniere eines neuen Lebens. Und nur der unverzagten, unverdrossenen, mühevollen Hingabe aller Dienststellen und Behörden und dem eifrigen Einsatz des in seiner Mehrheit nicht der Schicht des Berufsbeamtentums entstammenden Personals ist es zu danken, daß es gelungen ist, dieser chaotischen Brandung des

Schicksals einen festen Damm entgegenzusetzen, der den jetzt wieder über 3 Millionen Einwohnern von Berlin das Gefühl der Geborgenheit und der Sicherheit ihres täglichen Lebens und damit Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft gegeben hat.

So imposant, gemessen an den hoffnungslos erschienenen Voraussetzungen, das Ergebnis auch ist, — man darf das, was in diesem zurückliegenden ersten halben Jahr geschaffen worden ist, nicht allein am äußeren Augenscheine messen. Vielmehr muß die große psychologische Wirkung gewürdigt werden, die es für unser niedergeschlagenes, seelisch bedrücktes Volk, das sich einer lähmenden Lethargie hinzugeben drohte, bedeutet hat, mitten in dieser damaligen hoffnungslos erschienenen Situation beherzte Männer und Frauen in den Behörden zupacken und den Kampf mit dem Schicksal aufnehmen zu sehen. In den trostlosen Wochen des Mai und Juni dieses Jahres schien es fast, als sei alle private Initiative erloschen. Die müden und matten Augen unserer Berliner Bevölkerung ruhten mit banger Erwartung allein auf der Arbeit der Behörden. Schon daß die Behörden vorhanden waren und ihre zunächst ordnende und sichtende, mehr und mehr aber auch schöpferisch gestaltende Arbeit verrichteten, gab den Verzagten und Verzweifelten die erste Hoffnung auf eine sich langsam anbahnende Wiederbelebung des Daseins.

Es ist dann in der Folgezeit in den öffentlichen Behörden viel hoffnungsvolle Aktivität entfaltet worden, die vielfach überhaupt erst den Anstoß für die Wiedererstehung auch des privaten — wirtschaftlichen und kulturellen — Schöpfersinnes gegeben haben. Die Energie der behördlichen Arbeit, die sich im Kampf gegen das soziale Chaos mehr und mehr durchsetzte, spornte mit suggestiver Kraft auch jenseits der Amtsstuben zu spontanem Schaffen und Wirken an. So kann die behördliche Arbeit mit berechtigtem Stolz für sich in Anspruch nehmen, in dem verflossenen halben Jahr der erste Bahnbrecher gegen das politische, wirtschaftliche und soziale Chaos der Übergangszeit und zugleich der Inspirator der wiedererwachenden privaten Initiative und Schaffensfreude gewesen zu sein. Diese fruchtbare Wechselwirkung zwischen behördlicher Arbeit und selbstschöpferischer Privatinitiative ist ein besonders erfreuliches Ergebnis der abgelaufenen ersten Jahreshälfte der antifaschistischen Ära.

Auf die Ergebnisse, die diese sich wechselseitig befruchtenden behördlichen und privaten Bemühungen gezeitigt haben, können wir alle mit Stolz zurückschauen. Es ist in dieser verhältnismäßig so kurzen Zeit fast unwahrscheinlich viel geleistet worden, und ich möchte die Gelegenheit der heutigen Veranstaltung benutzen, allen von Herzen zu danken, die an der Errichtung dieses Ergebnisses mitgewirkt haben. Wir wollen uns aber durch die Befriedigung über

das Erreichte in unserem Eifer und in unserer Hingabe nicht lähmen lassen, sondern alles daransetzen, daß wir in stets steigendem Maße weitere Fortschritte in der Normalisierung des Lebens und in der Sicherung eines zufriedenstellenden Lebensstandards der Berliner Bevölkerung machen. Uns allen, die wir Anteil an der behördlichen Arbeit haben, soll auch für die Zukunft als Leitstern der alte Satz voranleuchten:

„Salus publica suprema lex esto!"

„Das Wohl des Volkes ist unser oberstes Gesetz!"

Ansprache des Stadtrats Otto Winzer über den Schulfunk an die Berliner Schuljugend am 19. November 1945

Liebe Jungens und Mädels!

Es ist heute das erste Mal, daß ich zu euch spreche. Der Anlaß dafür ist ein besonderer. Am heutigen Tage ist der neue Magistrat der Stadt Berlin ein halbes Jahr im Amt. Vielleicht wird mancher von euch fragen, was ist das denn: der „Magistrat der Stadt Berlin"? Und als Antwort wollt ihr sicher keine gelehrte Abhandlung hören. Ich will euch darum mit dem Scherzwort antworten, mit dem man uns manchmal bezeichnet. Man nennt uns nämlich hin und wieder die „Stadtväter", und in diesem guten alten deutschen Wort steckt sehr viel Richtiges. So wie sich euer Vater — sofern ihr das Glück habt, daß ihn Hitler nicht in den Tod oder die Gefangenschaft geschickt hat — um euch und eure Familie sorgt, so sorgen und arbeiten wir heute für das Wohl der großen Gemeinde unserer Heimatstadt Berlin. Aber so klug ist jeder von euch schon, daß er weiß, wie groß der Unterschied ist, der zwischen der Pflicht eines Vaters und den vielfältigen Pflichten des Magistrats, also der Stadtväter, besteht. Bei uns kann sich nicht jeder um alles kümmern, bei uns mußten die Pflichten und die Verantwortung auf die einzelnen Männer des Magistrats aufgeteilt werden. So bin ich denn euren Eltern und auch euch gegenüber verantwortlich für die Schulen und alle Bildungseinrichtungen unserer Stadt Berlin. Und darum spreche ich heute nach einem halben Jahr der Arbeit zu euch.

Liebe Jungens und Mädels! Ihr habt jetzt in der Schule keinen Geschichtsunterricht. Das tut sicher manchem von euch leid. Darum werden wir auch dafür sorgen, daß ihr möglichst bald gute und wahrheitsgetreue Bücher über die Geschichte bekommt, damit ihr lernen könnt, wie unsere Vorfahren gelebt und gearbeitet haben, welche Leistungen unser Volk vollbracht hat, welche glücklichen Jahre und welche schweren Notzeiten es durchlebt hat. Aus einer dieser Notzeiten möchte ich hier ein kleines Beispiel anführen:

Ihr habt sicher alle schon einmal etwas vom Dreißigjährigen Krieg gehört, von jenen dreißig langen und schrecklichen Jahren, in denen Landsknechtshorden sengend, brennend und plündernd durchs Land zogen. Die Nazis haben diese Horden gepriesen und euch

gelehrt, diesen Mordbrennern nachzueifern. Sie haben euch aber die maßlose Not, das unbeschreibliche Elend verschwiegen, das diese dreißig Kriegsjahre über unsere Vorfahren gebracht haben.

Wißt ihr, daß die Bevölkerung Deutschlands in diesen dreißig Jahren von 18 Millionen auf 7 Millionen zurückging, also 11 Millionen Menschen, darunter auch ungezählte Frauen und Kinder, von den Landsknechten geschunden und ermordet, von der Pest und Cholera dahingerafft, blühende Dörfer und Städte in Schutt und Asche gelegt wurden? Davon hat man euch nicht gesprochen, wenn man euch ermunterte, moderne Landsknechte mit Panzern und Kanonen zu werden. In diesen dreißig Kriegsjahren wurde auch unsere Heimatstadt Berlin schwer mitgenommen. Ihre Einwohnerzahl ging von über 12 000 auf knapp 8000 zurück. Von den 874 Häusern, aus denen Berlin damals bestand, lagen am Ende des Dreißigjährigen Krieges 147 leer und verödet da. Das war schlimm genug für die damalige Zeit, als unsere heute so große Heimatstadt noch ein kleiner Flecken an der Spree war, der knapp soviel Einwohner zählte, wie es heute allein in Weißensee schon Schulkinder gibt.

Denkt doch, vor dem hitlerschen Raubkrieg hatte Berlin allein schon fast soviel Schulen, wie es im Dreißigjährigen Krieg Häuser in Berlin gab. Aber von diesen Schulen standen im Mai, als die Naziherrschaft so schmachvoll zusammengebrochen war, keine 147 leer und verlassen, nein, von den 649 Berliner Schulen waren 149 völlig zerstört, 147 so schwer beschädigt und verwüstet, daß es Jahre dauern wird, bis sie wieder aufgebaut und eingerichtet sein werden. In 81 weiteren Schulen lagen Kranke oder Verstümmelte. Nur 292 Schulen waren irgendwie benutzbar, wenn auch überall Scheiben und Türen fehlten, die Dächer abgedeckt waren und in den Wänden Einschußlöcher klafften. Dieser kleine Vergleich zeigt euch schon, daß die Folgen dieser 5½ Jahre des Hitlerkrieges viel schlimmer sind, als es die Folgen der schrecklichsten Zeit der deutschen Geschichte, des 30jährigen Krieges, waren. Denn so wie um die Schulen ist es bei vielen von euch auch um die Wohnungen bestellt, so steht es auch um die Betriebe und Werkstätten eurer Eltern, um die Straßenbahn, die Untergrundbahn, die Eisenbahn und alle anderen Verkehrsmittel. Inmitten dieses Trümmerfeldes, aus dem uns Not und Elend, die Gefahr des Hungers und der Krankheiten entgegenstarrten, mußten wir im Mai unsere Arbeit beginnen.

Aber was muß ich euch das erzählen? Unter euch gibt es ja so viele prächtige Kerle, Burschen wie Mädchen, die Ende Mai, Anfang Juni in die zerstörten und verwüsteten Schulen gekommen sind und wacker zugepackt haben. Sie haben weder Staub noch Schmutz gescheut, haben mit eigenen Händen Schutt und Trümmer weggeräumt, Mauersteine geputzt, Dachziegel herbeigetragen und so

geholfen, die Dächer wieder einzudecken. Das war nicht immer schön, wenn die Arbeit auch mit viel Lärm und manchem lustigen Streich vollbracht wurde. Manchmal gab es an ungeschickten Händen auch Wasserblasen und Schrammen. An schönen Sommertagen fiel es besonders schwer, wenn der Fußballplatz zu fröhlichem Spiel lockte. Ja, seht, das waren dann wirkliche Helden, die trotz aller Lockungen auf dem Platz blieben und ihre Arbeit verrichteten. Sie wollten wieder lernen, und um lernen zu können, mußten ihre Schulen erst wieder hergerichtet werden.

Ich weiß, es gibt viele gescheite Kerle unter euch. Sie sehen täglich die Trümmer, sie wissen, wieviel Hab und Gut vernichtet worden ist. Das alles muß wieder aufgebaut, muß neu hergestellt werden. Ja, Deutschland wird viele kluge Köpfe und geschickte Hände brauchen: Maurer und Zimmerleute, Baumeister, Techniker und Ingenieure, geschickte Handwerker und kluge Landwirte, Menschen, die mit bescheidenen und sparsamsten Mitteln viel zu leisten verstehen. Nur so wird es gelingen, unsere Heimat, unser Berlin wieder aufzubauen. Und das wollt ihr doch sicher alle. Aber dann müßt ihr viel wissen, müßt gut lesen und schreiben und vor allem rechnen können. Jedoch unter Hitler, bei den Nazilehrern, da habt ihr ja nichts gelernt, da hieß es doch immer nur grüßen und marschieren und die Bettelbüchsen schwenken.

Das soll nun anders werden. Jetzt wird wieder gelernt. Gewiß, der Anfang war schwer. Wißt ihr noch, wie so manches Mal ein heftiger Windstoß durch die glaslosen Fenster blies und Papier und Hefte von den Tischen wehte? Oder wie ein andermal der Regen durch die Fenster sprühte? Na, und heute? Heute sind die Fenster verpappt und vernagelt, es ist dunkel und kalt in den Klassen. Aber auch das wird anders werden. Das Kommando der Roten Armee hat die ersten 5000 Quadratmeter Glas zur Verfügung gestellt, die jetzt sorgsam in die Schulen transportiert werden. Weitere Lieferungen werden folgen. Dann werden die finsteren Pappen aus den Fenstern verschwinden, und es wird wieder hell und freundlich in den Klassen werden. Und warm soll es auch wieder werden. Als erste Rate von 16 000 Tonnen Koks und Kohlen haben wir von der Alliierten Kommandantur 760 Tonnen Koks und 540 Tonnen Kohlen für die Schulen bewilligt erhalten. In einigen Schulen sind schon die ersten Wagen mit Koks angerollt. Weitere werden folgen. So tun wir mit der großmütigen Hilfe der Siegermächte alles, damit ihr wieder gern in die Schule kommen könnt.

Glaubt nicht, daß wir nicht wissen, wie es bei euch zugeht. Wir wissen, wie oft in der Klasse, wenn alles still gebeugt über den Heften sitzt, plötzlich diesem oder jenem laut und vernehmlich der Magen knurrt, und wir wissen auch, daß man nicht aufmerksam sein kann, wenn man hungrig ist. Auch dem soll abgeholfen werden.

Heute seid ihr zum ersten Male in vielen Bezirken mit Geschirr und Löffel zur Schule angerückt. Von nun an sollt ihr täglich ein warmes Essen in der Schule erhalten. Das hat uns viel Sorge gemacht, und die Stadtväter im Magistrat haben sich in der letzten Zeit fast in jeder Sitzung mit eurer Schulspeisung beschäftigen müssen. Aber nun soll es beginnen. Eure Eltern und Lehrer werden helfen, damit jeder von euch zu seinem Rechte, d. h. zu seiner Portion Essen kommt.

Liebe Jungens und Mädels! Ich habe euch von der schrecklichsten Notzeit unserer Geschichte, vom Dreißigjährigen Kriege, gesprochen. Ich habe euch gesagt, daß die Folgen des Hitlerkrieges, dieses scheußlichen Verbrechens an so vielen Völkern Europas, für unser eigenes Volk noch viel schlimmer sind. Heute blickt Berlin zurück auf ein halbes Jahr schwerer, angestrengter Arbeit, um die gröbsten Folgen der Naziverbrechen zu beseitigen. Die Besten von euch, Burschen wie Mädchen, haben wacker mitgeholfen. Für diese Mitarbeit danken wir euch. Jetzt aber kommt es darauf an, zu lernen. Ihr habt durch die Verbrechen der Nazis in den vergangenen Jahren viel versäumt. Ihr habt viel nachzuholen. Die neuen Lehrbücher, die ihr in diesen Tagen erhaltet, sollen auch dabei helfen.

Prägt euch aber gut ein: Bis jetzt ist erst ein winzig kleiner Teil der riesigen Wiederaufbauarbeit getan. Viel, unermeßlich viel muß von uns und auch von euch noch getan werden. Aber dazu müßt ihr viel wissen, müßt geschickte und gebildete Menschen werden. Heute ist nur der ein guter Sohn unseres Volkes, der mit Fleiß und Ausdauer lernt, lernt und noch einmal lernt. Darum wünscht und hofft der Magistrat der Stadt Berlin, darum wünschen und hoffen auch eure Eltern und Lehrer, daß ihr weiter tüchtig und fleißig lernt. Wenn ihr das tut, dann werdet ihr auch als freie und aufrechte Menschen imstande sein, unserem Volke durch friedliche Arbeit wieder eine glückliche Zukunft zu sichern.

Inhaltsverzeichnis